

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

THEODOR SCHIEDER

Hans Rothfels zum 70. Geburtstag

ERNST NOLTE

Die Action française

WERNER CONZE

Weichenstellungen der deutschen Außenpolitik nach 1918

DOKUMENTATION

Das Zentrum und die Regierung Hitler

FORSCHUNGSBERICHT

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

Theodor Schieder

Hans Rothfels zum 70. Geburtstag am 12. April 1961 117

AUFSÄTZE

Ernst Nolte Die Action française 1899–1944 124

Werner Conze Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren 166

MISZELLE

Hartmut Lehmann Graf Berchtold und der Weihnachtsaufruf Papst Benedikts XV. 178

DOKUMENTATION

Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1955
(*Rudolf Morsey*) 182

Zentrum und Ermächtigungsgesetz 1934 (*Josef Becker*) 195

FORSCHUNGSBERICHT

Thilo Vogelsang Neuere Literatur zur Geschichte der Weimarer Republik 211

NOTIZEN 224

BIBLIOGRAPHIE 17

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 4 56 51.
Preis des Einzelheftes DM 7.— = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.— = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958.—Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei: JAHRBUCH FÜR DIE GESCHICHTE MITTEL- UND OSTDEUTSCHLANDS, des Verlages M. Niemeyer/Tübingen, SCHMIDTCHEN: DIE BEFRAGTE NATION des Verlages Rombach|Freiburg und DREI WICHTIGE POLITISCHE BÜCHER der D. V. A.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 9 (1961), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_2.pdf

VfZ-Recherche: <http://vzf.ifz-muenchen.de>

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

9. Jahrgang 1961

2. Heft/April

HANS ROTHFELS ZUM 70. GEBURTSTAG

am 12. April 1961

Lieber Herr Rothfels,

wenn diese Blätter erscheinen, werden Sie Ihr 70. Lebensjahr vollendet haben. Dies ist ein Anlaß für Ihre Freunde, Sie zu beglückwünschen, Ihnen ihre Verehrung zu bezeugen und Ihnen Dank zu sagen. Ich mache mich zu ihrer aller Dolmetsch und lasse die Vierteljahrshefte, die so deutlich von Ihrem Geist geprägt sind, ihre Mitarbeiter und Leser mitsprechen und mitdanken, indem ich Ihnen diesen „offenen“ Geburtstagsbrief schreibe.

Was bewegt uns alle zuerst, wenn wir Ihrer an diesem Ihrem persönlichen Festtage gedenken? Ich kann es am besten mit einem Worte sagen, das Sie selbst oft genug verwendet haben, um den Ort für den Historiker der Zeitgeschichte zu bestimmen: es ist das Betroffensein von der Geschichte, das Sie als Mensch, als Deutscher, als Zeitgenosse dieses schreckensvollen 20. Jahrhunderts vorgelebt und als Gelehrter uns allen vorgedacht und gelehrt haben. Sie gehören als Schüler Friedrich Meineckes und Hermann Onckens gleichsam einer Enkelgeneration der deutschen Historie an, wenn wir deren große Zeit mit den Namen Ranke, Sybel, Treitschke beginnen lassen. Zu Meinecke haben Sie sich immer am stärksten bekannt und zwei Dinge seinem Einfluß zugeschrieben, ohne die Sie Geschichte nicht als Beruf gewählt hätten: „das Vorbild eines Durchdringens des bloß Faktischen auf seine geistigen Grundgehalte hin“ und die „unaufdringlich vorgeprägte Einheit von Wissenschaft und Lebenshaltung“. Dieses Zweite wurde inmitten der immer größeren Verwirrungen des deutschen Schicksals seit 1914 zu einer Aufgabe, die sich nicht mehr nebenbei bewältigen ließ. Sie sind ihr aufrecht und mit der Unerschrockenheit, die wir an Ihnen bewundern, entgegengetreten; selbst noch nach Verwundungen und Verletzungen im physischen und menschlichen Sinne, die andere niedergeschlagen hätten und deren wir uns heute noch schämen müssen, haben Sie den Mut und die Kraft nicht verloren, das blinde Walten in der Geschichte, das Unheil durch Erkenntnis zu bändigen. Sie haben selbst in dieser Lage an der „Einheit von Wissenschaft und Lebenshaltung“ festgehalten, und Ihr persönliches Betroffensein war nur der Blitz, der Ihnen die große Bühne der Geschichte erleuchtet hat, auf der wir alle als Handelnde, als Opfer oder als Betrachter stehen.

So sind Sie zum Deuter der Geschichte aus der Gegenwart und der Gegenwart aus der Geschichte geworden. Es gibt eine geistige Genealogie auch in unserer Wissenschaft, die nichts mit Schulen im herkömmlichen Sinne zu tun hat, sondern

den geistigen Typus in seinen Wandlungen bestimmt. Nach ihr haben sich in Ihnen, wie mir scheint, zwei Linien vereinigt, die sich früher eher überschritten: der von der Geschichte betroffene Mensch, der „die Bilanz“ der Weltgeschichte mit den ethischen Maßstäben des Guten und des Bösen aufstellt – das ist der Standort, den Jacob Burckhardt für die Geschichte wiedergewonnen hat. Die Verfolgung des nationalen Prinzips in seinen verschlungenen Wegen, die aus der vermeintlichen Sekurität des Nationalstaates in das Chaos der „totalen Nation“ geführt haben – darin steckt mindestens als Ausgangspunkt die große Überlieferung der deutschen nationalpolitischen Geschichtsschreibung, die Ihnen noch in Ihrem Lehrer Oncken begegnet ist und von der auch Friedrich Meinecke ausgegangen war. Burckhardt sah das Glück, das die Geschichte gewähren kann, in der Kontemplation, in der Erkenntnis – „sie ist unsere Freiheit mitten im Bewußtsein der enormen allgemeinen Gebundenheit und des Stromes der Notwendigkeiten“ –; er bestritt es, daß die Geschichte unserer Zeit „interessanter“ sei, wir seien nur „interessierter“; es gelte, in eine Gegend der Geschichte zurückzukehren, „wo unser Blick nicht sofort egoistisch getrübt ist“. Inzwischen ist das, was Burckhardt als Gefahr auf uns zukommen sah, längst schreckliche Wirklichkeit geworden, und dem Historiker wurde der Weg verstellt, aus dieser Wirklichkeit zu entfliehen. Er war gezwungen, die großen Maßstäbe, die großen Beispiele und die großen Erfahrungen in der Vorgeschichte und Geschichte unserer eigenen Zeit zu suchen. So sind Sie mit dem Burckhardtschen Sinn für den „duldenden, strebenden und handelnden Menschen“ an die Gegenstände herangetreten, die einst die nationalpolitische Geschichtsschreibung in ein ganz anderes System der Werte gestellt hatte. Die moralischen und geistigen Krankheiten, das Altern und Absterben des nationalen Prinzips lehrten Sie eine „pathologische“ Betrachtung und keinerlei Enthusiasmus mehr, machten Sie zum Mahner an die ewigen menschlichen Werte und in Ihrem persönlichen Schicksal wie in jedem Wort, das Sie zu uns gesprochen haben, zu einem Vorbild männlicher Standhaftigkeit, geistiger Unerbittlichkeit und zugleich menschlich-hilfreichen Beistands. Das gilt für alle Stationen Ihres Lebenswegs und Ihres Wirkens, und wenn hier nur von denen die Rede ist, an denen es uns unmittelbar greifbar wurde, so schließt das die andern nicht aus, an denen Sie uns ferne gerückt waren. Wer Ihnen in Ihren reichen Königsberger Jahren begegnet ist, verspürte vielleicht am stärksten die große persönliche und geistige Kraft, die von Ihnen ausstrahlte und die über die Jahre der Verfemung hinweg lebendig blieb bis zum Untergang der Königsberger Universität und ihres Historischen Seminars in den Schrecken der Bombennächte des August 1944 und der Belagerung vom Frühjahr 1945. Haben uns nicht die wissenschaftlichen Anstöße, die von Ihnen ausgegangen waren, an der Stätte Ihres Wirkens bis zuletzt bewegt? Jeder, der an Ihrer letzten Vorlesungsstunde im Sommer 1934 und an dem ergreifenden Abschied von Ihrem Seminar teilgenommen hat, war des festen Willens, dem Ihnen angetanen Unrecht nicht den Schein der Rechtfertigung zu geben, in dem wir Ihrer und alles dessen vergaßen, was wir Ihnen verdankten. Vielleicht können wir uns selbst den Vorwurf nicht ersparen, diesen Willen nicht immer mit der Eindeutigkeit bezeugt

zu haben, die Sie von uns erwarten konnten. Hier gilt es, nichts zu beschönigen, sondern unsere Dankbarkeit auf Aufrichtigkeit zu begründen. Beide sind wir Ihnen schuldig.

Als wir nach den Schreckensjahren des Krieges wieder von Ihnen vernahmen und Sie schließlich zu uns zurückkehrten, da schaltete sich sofort der geistige Kraftstrom wieder ein, der früher von Ihnen ausgegangen war. Sie fanden ein zerschlagenes Volk, mehr noch: eine zerschlagene Welt, Verzweiflung, Ratlosigkeit und nur einige schwache Pflänzchen Hoffnung. Sie hatten ein Recht darauf, mißtrauisch und selbst unnachsichtig zu sein, aber Sie boten Vertrauen und übten Nachsicht. In höherem Maße als je zuvor wurde jetzt die Einheit von Wissenschaft und Lebenshaltung zu einer moralischen Aufgabe ersten Ranges. Sie haben sie wieder in dem Sinne wahrgenommen, daß Sie Ihr persönliches Betroffensein als Herausforderung verstanden, das ungeheuerliche Schicksal dieser Zeit durch die Sprache und den Geist der Historie zu erfassen; dieses Schicksal zu verstehen, nicht um alles zu verzeihen, sondern um die Schrecken unwiederholbar zu machen. So wurde für Sie das Amt des Historikers nicht zu einem Richteramt, aber zu einem Wächteramt. Es mag in manchen Ohren nicht immer angenehm, auch nicht immer „realistisch“ klingen, was Sie sagen und schreiben, aber es kommt Ihnen dabei nicht auf äußeren Beifall, sondern auf Nachdenklichkeit und Besinnung an. In diesem Sinne handelten Sie z. B. über den viel mißbrauchten Begriff der „Realpolitik“ und stellten ihm als Forderung für die Gegenwart eine „unpharisäische, aber durch keine Opportunitäts-gesichtspunkte ablenkbare Bemühung um das Bewußtsein für Recht und Unrecht“ gegenüber. In diesem Appell, das Bewußtsein für Recht und Unrecht wiederherzustellen, meine ich den tiefsten Antrieb Ihres Wirkens als Forscher, als Lehrer, als öffentlicher Redner zu erkennen, seitdem Sie wieder unter uns sind.

Diese Zeilen sind unversehens zu einer Würdigung Ihrer Persönlichkeit geworden, und doch waren sie begonnen worden, um Ihnen zu sagen, was Sie uns als Gelehrter, als Historiker bedeuten. Aber eben dieses Zweite ließ sich nicht ohne das Erste aussprechen. Wenn ich nun doch noch auf Ihr wissenschaftliches Wirken komme, so bitte ich Sie um Nachsicht, daß ich mich auch jetzt nicht ganz vom Persönlichen freimache, das nun einmal zur Natur eines Briefes gehört. Ich will Ihnen einfach schreiben, was uns, d. h. in diesem Falle meine Generation und vielleicht noch die nachfolgende, für die ich nicht die gleiche Legitimation zum Sprechen besitze, von Ihren Arbeiten, Ihren Gedanken und Themen am stärksten angeregt hat. Da steht zweifellos Ihre unablässige Auseinandersetzung mit Bismarck an erster Stelle. Als wir in der Mitte der 20er Jahre unsere Studien begannen, schien die Diskussion über den ersten Reichskanzler in genau den gleichen sterilen Gegensatz der bedingungslosen Verehrung und bedingungslosen Ablehnung geraten zu sein wie die deutsche öffentliche Meinung in ihrem Verhältnis zum Kaiserreich und seinem Untergang. Sie haben schon 1925, als die Friedrichsruher Ausgabe noch in den Anfängen stand, in dem Auswahlband „Bismarck und der Staat“ diese historisch und politisch unfruchtbare Fragestellung überwunden und Bismarck einfach selbst zu Wort kommen lassen. Es kam Ihnen dabei wohl darauf an, den

eigentümlichen altkonservativen und vornationalen Gehalt seiner Anschauung vom Staat und der Gesellschaft aufscheinen zu lassen. Er war in seiner Zeit gegenüber dem liberalen und nationalen Fortschritt als ein rückschrittliches reaktionäres Prinzip erschienen, aber steckten in ihm nicht in die Zukunft weisende Elemente? Diese zeigten Sie – ohne jede Verwischung der problematischen Züge – in der Sozialpolitik auf, für deren Erhellung Sie so unschätzbare Vorarbeiten geleistet haben, daß niemand außer Ihnen das abschließende Wort darüber sprechen kann. Sie lenkten das Gespräch auf dem letzten Historikertag vor der nationalsozialistischen Zeit im Jahre 1932 auf Bismarcks Nationalpolitik hinüber und stellten in Ihrer erregenden Schrift „Bismarck und der Osten“ die These von der „autonomen Ostseite des Bismarckschen Reiches“ auf; auch hier sprachen Sie von den „Unvollkommenheiten“ seiner Staatsanschauung, die doch zugleich „Ahnungen kommender Dinge (oder Warnungen vor ihnen)“ waren. Dabei hatten Sie den Nationalstaat und Bismarcks höchst distanzierendes Verhältnis zu ihm im Auge. Ihre Schrift war 1934 erschienen, im gleichen Jahre, in dem Ihnen Ihr Amt als Universitätslehrer genommen wurde. Ich kann es selbst bezeugen, daß gerade von ihr bis in die Jahre des Krieges die stärksten Wirkungen ausgegangen sind. Der alteuropäische Osten, der Osten des Wiener Kongresses wurde zerstört, alle rechtlichen Garantien in ihm schienen aufgehoben: in diesen Jahren erhielt Ihr Bild von dem Staatsmann, in dem so etwas wie historisch begründete Vernunft lebendig war, ganze neue Konturen. Sie hielten noch stand, als nach der Katastrophe des Hitler-Reiches die deutsche Geschichte insgesamt in den Strudel des Zweifels und der Verurteilung hineingerissen wurde. Damals sprachen Sie nach 17 Jahren wieder auf einem deutschen Historikertag, auf dem ersten, der nach dem Kriege im Jahre 1949 in München stattfand. Und Sie nahmen gleichsam Ihr letztes Wort im Jahre 1932 wieder auf: „Bismarck und das 19. Jahrhundert“ hieß jetzt das Thema, man könnte es auch „Bismarck und der Westen“ nennen, was die Anknüpfung an den vorausgehenden Vortrag noch deutlicher machte. Sie wollten auch jetzt, als die Geschichtsschreibung im Zeichen der Bismarck-Kritik stand, keine „Rettung“ des Helden, sondern nur seine gerechte Einordnung in den Ablauf der deutschen und der Weltgeschichte von 1866 bis 1945. Dabei bekannten Sie sich zu der These, daß das Zweite Reich im Entscheidenden und in prinzipieller Grenzsetzung genau gegen all das stand, was das Dritte Reich propagierte oder tat. Ihr Vortrag hatte den größten Beifall der Schlußsitzung des Münchener Historikertags, aber nur wer Ihnen nicht genau zuhörte, konnte mit dem Gefühl nach Hause fahren, daß alles beim alten geblieben sei. Ebensovienig wie in den Zeiten der Weimarer Republik dachten Sie mit Ihrer Bismarck-Deutung an „Restauration“, vielmehr damals wie jetzt an die Zukunft Europas. Sie meinten, daß nicht nur der Historiker bei Bismarck lernen konnte, wie Ranke einst an den Reichskanzler geschrieben hatte, sondern daß auch die Staatsmänner, die ein neues Europa zu bauen sich anschickten, dieses auf dem Boden der Geschichte ansiedeln mußten. Der Historiker sieht sich durch sein Wächteramt verpflichtet, die Politiker seiner Zeit auf die Einheit von Geschichte und Gegenwart zu verweisen; für ihn ist der Gegensatz von konservativ und liberal

längst überständig geworden, seitdem Konservatismus und Liberalismus gleichzeitig durch die Mächte der Zeit gefährdet sind. –

Ein zweiter Themenkreis, mit dem Sie uns seit langem angeregt haben, berührt sich mit dem ersten eng: ich meine alles das, was sich unter Begriffe wie Nationalität, Nationalstaat, Nationalismus subsumieren läßt. Sie haben es selbst immer wieder bekannt, wie sehr Ihr Interesse an diesen Problemen durch die Erfahrungen der Königsberger Jahre geweckt worden ist. Ich zitiere Ihre eigenen Worte: „Es war ein von Geschichte gesättigter Standort und zugleich einer der offenen Situation, in der die nationalstaatliche und bürgerliche Begriffswelt des 19. Jahrhunderts vor einer andrängenden Wirklichkeit versagte.“ Lassen Sie mich das mit einer persönlichen Erinnerung ergänzen: Als in den späteren zwanziger Jahren Ihr Name unter uns Geschichtsstudenten als der eines Mannes umging, bei dem man mehr als das Übliche lernen konnte, da wurden Sie zunächst zu den „nationalen Historikern“ gerechnet. Wer dann tiefer in Ihre Schriften einzudringen versuchte oder gar Sie persönlich an der Albertus-Universität hörte, merkte bald, wie wenig diese Klischee-Vorstellung auf Sie zutraf. Wir spürten vielmehr, daß von Ihnen ein Weg gewiesen wurde, aus der reinen Verneinung der Ordnung von Versailles zu einem neuen, positiven Ordnungsbild für die europäische Zukunft zu gelangen. In ihm war das Nationale im Hegelschen Sinne „aufgehoben“, der Nationalstaat in seiner tiefen Fragwürdigkeit enthüllt und unter den geschichtlichen Modellen gerade auf solche der Nachdruck gelegt, bei denen die nationalstaatliche Identität nicht die Norm bildete. So kam vor allem der fruchtbare Gedankenaustausch mit der deutsch-baltischen Welt zustande, die von der Katastrophe des Ersten Weltkriegs noch in ganz anderem Maße betroffen war als etwa die ostdeutsch-preußische. Ich finde immer noch unter Ihren vielen Arbeiten zum Nationalitätenproblem Ihre Abhandlung „Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken“ am gedankenreichsten, frischesten und unvergänglichsten. Diese geschichtliche Insel, die längst wie so vieles andere vom Sturm unserer Zeit weggespült worden ist, hat Sie in ihrer eigenartigen Mischung ständischer, landschaftlicher und nationaler Elemente zu den tiefsten Einsichten in das Wesen des europäischen Ostens befähigt.

Was Sie vor dreißig Jahren von der Königsberger Warte schrieben, war damals gewiß „aktuell“ im geistig politischen Sinn, aber wie erregend liest es sich heute! Die deutsche Antwort auf das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ von 1918/19 war nicht ein neues Ordnungsprinzip, das aus den tiefen Schächten der Geschichte entwickelt wurde, sondern der Über-Nationalstaat, die Zerstörung aller geschichtlichen Ordnungen, die tabula rasa, die schließlich die Wegbereitung des Kommunismus geworden ist. Alle diejenigen sind bitter enttäuscht und getäuscht worden, die zuerst vom Nationalsozialismus die Anwendung eines universalen und paritätischen Volksgedankens und daher einen übernationalen Ordnungsgedanken erwartet hatten. Sie hatten das mit voller Klarheit von Anfang an ausgeschlossen, und ich erinnere mich noch an ein Gespräch, wohl im Jahre 1934, wo Sie das Dritte Reich unter die „ephemereren Staatsbildungen“ zählten. Ephemere, vorübergehend ist es nun in der Tat geblieben, aber seine Wirkungen gerade in Osteuropa stehen

dazu in einem erstaunlichen Mißverhältnis. Das Alte, Untergegangene läßt sich nicht mehr erwecken, aber die großen Grundgedanken über die Nationalitäten und die Nationen, ihr Zusammenleben und Auskommen sind nicht außer Geltung gekommen. Gerade weil sie vom Kommunismus zum Teil usurpiert, aber anderen Ideologien untergeordnet und als Mittel zum Zweck eines gnadenlosen Herrschaftsystems mißbraucht werden, müssen sie weiter durchdacht und weiter verkündet werden. So haben Sie noch zuletzt auf einem internationalen Forum aus West und Ost, auf dem Stockholmer Historikerkongreß von 1960 in ruhiger Gelassenheit Ihre in mehr als drei Jahrzehnten entwickelte Anschauung vorgetragen. Denjenigen, die Ihre Rede als Vorbereitung zu einem dritten Weltkrieg zu mißdeuten wagten, kann nur mit Schweigen geantwortet werden. –

Aber ich spreche im Grunde schon unablässig von dem dritten Thema, mit dem Sie auf die Geschichtswissenschaft nachdrücklich gewirkt haben: von der Zeitgeschichte. Diese Blätter sind ihr vorbehalten; in ihrem ersten Heft haben Sie eine erste programmatische Erklärung über „Zeitgeschichte als Aufgabe“ veröffentlicht, die allen Lesern der Vierteljahrshefte wohlbekannt sein dürfte. Sie haben dieser Zeitschrift einen festen Platz nicht nur in der deutschen Geschichtswissenschaft, sondern in der deutschen Öffentlichkeit erobert, aber nicht jedermann weiß, wieviel eigene gestaltende, korrigierende, kommentierende Arbeit von Ihnen in sie eingegangen ist. Die Verbindung von publizistischer Gegenwartsbezogenheit und wissenschaftlicher Methodenstrenge, die in der deutschen Geschichtswissenschaft trotz Treitschke und Delbrück nicht immer beheimatet war, erklärt das starke Echo, das dieses neue Organ der deutschen Historie gefunden hat. Gewiß entsprach es einem Bedürfnis, wie man zu sagen pflegt, aber es hatte doch auch erhebliche psychologische Hindernisse zu überwinden: wenn man einst geglaubt hatte, das Beste an der Geschichte sei der Enthusiasmus, den sie erwecke, so konnte das unmöglich für die Zeit zutreffen, mit der sich die Vierteljahrshefte zu befassen haben. Wenn neben vielen unedleren Neigungen und Motiven auch manchmal die edlere der Scham den Blick abwenden läßt, so ist zu fragen, wem damit gedient wäre. Sicher nicht denen, die mit sich selbst, ihrem Lande und seiner Geschichte ins reine kommen wollen. Gerade sie sind, sollten sie noch gezögert haben, durch die Vierteljahrshefte überzeugt worden. Der Bann des Schweigens war gebrochen.

Wie ist Ihnen dieser Durchbruch gelungen? Hier muß ich auch Ihr eigenes Werk zur Zeitgeschichte, die Würdigung der Widerstandsbewegung und Ihren Anteil an der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen“ miteinbeziehen. In dem entsetzlichen Zirkel der Schuld und der Bezeichnungen, in dem die Ereignisse unseres Jahrhunderts sich bewegen, lag die Gefahr nahe, daß wir Deutsche an eine „Aufrechnung“ der Schuld gehen. Damit wäre der einzige moralische Gewinn aus den furchtbaren Erfahrungen verlorengegangen: der Mut, Unrecht in der Geschichte Unrecht zu nennen, auch wenn es im Namen des eigenen Volkes begangen wurde. Sie haben die „Aufrechnung“ immer abgelehnt, aber Sie haben stets an der Universalität des Rechtes festgehalten. Wenn ich eingangs von dem Wächteramt der Geschichte sprach, das Sie auszuüben gewillt sind, wo hatten Sie

seiner mehr zu walten als gerade hier? Sie sagten es den westlichen Nationen, daß es einen deutschen Widerstand gegen Hitler gegeben hat, solange diese ihn einfach aus dem historischen Gedächtnis streichen wollten. Sie sagten es später dem deutschen Volke in seiner Sprache, daß die Männer dieses Widerstands nicht nationale Verräter waren, sondern von tiefem Ethos erfüllte Persönlichkeiten. Als wir zuerst die englische Ausgabe Ihres Buches über den Widerstand in die Hand bekamen, haben Sie gerade diejenigen im Innersten berührt, die im Kriege den Sprung aus der nationalen Loyalität noch nicht gewagt hatten. Es ist ein schmerzlicher Gedanke, daß sich zu diesen Lesern viele nicht mehr gesellen konnten, die in schweigender Pflichterfüllung, die ein Ausdruck ihrer Verzweiflung war, als späte Opfer des Krieges gefallen sind. Ich weiß darunter manchen Ihrer Königsberger Schüler. Sie werden mir gerade in diesem Augenblick gestatten, daß ich das Gedächtnis an sie erneuere, da ich weiß, daß sie Ihnen immer verbunden geblieben sind. —

Lassen Sie mich diesen Rückblick schließen, der in uns selbst so manche Erinnerung geweckt und unseren dankbaren Gefühlen viele alte und neue Bestätigungen gegeben hat. Wenn wir uns fragen, wofür wir Ihnen am meisten Dank schulden, so zögere ich nicht zu sagen: dafür, daß Sie wieder zu uns zurückgekehrt und ganz der Unsrige geworden sind. Wir hoffen an diesem Tage, nicht dazu beigetragen zu haben, daß Sie diesen Entschluß bereuen müßten. Wir hatten und haben den aufrichtigen Wunsch, von Ihnen zu lernen, mit Ihnen als Historiker zur weltweiten Sicht auch unserer deutschen Dinge zu wachsen, und vor allem: den Sinn für das Recht und das Rechte zu üben.

In dankbarer Verehrung
Ihr
Theodor Schieder

ERNST NOLTE

DIE ACTION FRANÇAISE

1899–1944

Die Action française ist aus der Dreyfus-Affäre entstanden, wie die Regierungsbeteiligung der Sozialisten, die Trennung von Staat und Kirche, die reelle Unterstellung der militärischen Gewalt unter die zivile aus dieser unblutigsten aller Revolutionen¹ hervorgegangen sind. Aber auch die Differenzierung von Sozialismus und Kommunismus, die Entstehung des Zionismus und die Ausbildung der letzten gedanklichen Konsequenzen des Antisemitismus² sind mit der Affäre mehr oder minder deutlich verknüpft. Mit ihr beginnt in Frankreich das XX. Jahrhundert, das im übrigen Europa erst mit dem Weltkrieg seinen Anfang nimmt³.

Die Action française kann in diesem Zusammenhang nur dann von bedeutendem Interesse sein, wenn in ihr bereits wesentliche Züge der späteren, zu Recht oder zu Unrecht „faschistisch“ genannten politischen Phänomene präformiert sind, wenn sie also in gewisser Hinsicht selbst schon ein Faschismus ist: der erste von allen. Eben diese Vermutung aber stößt auf die ernsthaftesten Bedenken⁴. Bleibt der Rationalismus der Action française nicht weit entfernt von jenem ungestümen Irrationalismus, der später in Italien und in Deutschland das Handeln so gut wie das Denken zu beherrschen scheint? Ist sie als kleine, für die parlamentarische Kräfteverteilung bedeutungslose Gruppe von Intellektuellen nicht ganz anderer Natur als die gewaltigen Massenbewegungen des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus? Ist ihr Monarchismus, ihre konservative und gegenrevolutionäre Tendenz nicht geradezu das Gegenteil des revolutionären Veränderungswillens, der Hitler und Mussolini in einen gnadenlosen Kampf mit den konservativen Kräften ihrer Länder führte?

Diese Fragen sind ohne eine umfassende Analyse der Ideologien, der Organisationsformen und Aktionstendenzen nicht zu klären; sie dürfte zur Ausbildung von begrifflichen Unterscheidungen führen, die sich ebenso entfernt zu halten

¹ Vgl. Georges Sorel, *La Révolution Dreyfusienne*, Paris 1909.

² Eugen Dühring rückt in der 5. Auflage seiner Schrift „Die Judenfrage als Frage des Rassencharakters und seiner Schädlichkeiten für Völkerexistenz, Sitte und Kultur“ (Nowawes 1901) unter ausdrücklicher Berufung auf die Dreyfus-Affäre, den „Prozess der Prozesse und Skandal der Skandäler“, von jenen „Neben- und Halbmitteln“ ab, die er in früheren Auflagen empfohlen hatte, und fordert statt dessen unverhüllt „das Verschwindenlassen des ganzen fraglichen Typus“ (S. 113). Vgl. hierzu Alexander Bein, *Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage*, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 340 ff.

³ Ähnlich Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955, S. 160. Es versteht sich von selbst, daß wie jede Aussage solcher Art auch diese nur einen gewissen Annäherungswert hat.

⁴ So zuletzt Michael Curtis, *Three against the Third Republic. Sorel, Barrès and Maurras*. Princeton 1959.

hätten von unkritischer Ineinsetzung wie von der bequemen Unterscheidung, die sich nur an äußere Merkmale hält und zu wenig wagt, als daß sie zu einem Be-greifen gelangen könnte. Zunächst mag es genügen, einen ebenso kompetenten wie unverdächtigen Zeugen anzuführen. Der junge Mussolini, Marxist der intransigentesten Richtung, hatte ein sehr scharfes, aus Haß und Verachtung gemischtes Empfinden für all dasjenige, was später „faschistisch“ genannt wurde. In einem solchen Zusammenhang erwähnt er mit besonderer Akzentuierung die „Camelots du Roi“, die Kampftruppe der Action française⁵. Und als sich die italienischen Nationalisten zu ihrer Gründungsversammlung zusammenfinden, nennt er sie mit spöttischer Verachtung „Nachzügler“⁶. Aber kaum mehr als ein Jahrzehnt später ist für ihn das Bündnis mit diesen Nachahmern eine der wichtigsten Stufen auf dem Wege der Macht.

Wie die Action française ein unbedeutender Gegenstand ist, wenn man sie aus dem Horizont des „Faschismus“ herauslöst, so ist die Dreyfus-Affäre⁷ ein un-be-greifliches Phänomen, wenn sie nur eine Justizaffäre darstellt, in der einige Böse einen Unschuldigen verfolgen, einige Tapfere an die Öffentlichkeit appellieren, ihn schließlich befreien und rehabilitieren. Die Dreyfus-Affäre hört vielmehr zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt auf, eine bloße Justizangelegenheit zu sein. Dieser Zeitpunkt aber ist konstituiert durch eine Tat des künftigen Gründers der Action française, und diese Tat ist wiederum die unmittelbare Voraussetzung jener Gründung. In gewisser Weise bedingen sich also Dreyfus-Affäre und Action française gegenseitig.

Gewiß war die Affäre Dreyfus einer der eigenartigsten und erregendsten Justiz-fälle, die es je gegeben hat. Aber sie war es weder von vornherein noch stets in gleichmäßiger Weise.

Weder die Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus, von so eigentümlichen Vor-gängen sie wie umstellt war⁸, noch seine Verurteilung zu lebenslänglicher Haft

⁵ Opera Omnia di Benito Mussolini, Firenze 1951 ff., Bd. IV, S. 46.

⁶ Ebenda III, S. 280.

⁷ Die jüngste und umfangreichste deutsche Darstellung ist die von Siegfried Thalheimer, Macht und Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Falles Dreyfus (823 S.), München 1958. Thalheimer nimmt die älteste Theorie, diejenige Bernard Lazares vom antisemitischen Komplott, wieder auf. Daher erscheint bei ihm der ‚Selbstmord‘ Henrys als Beseitigung eines unbequemen Mitwissers durch die hohe Generalität. Noch immer sind die unentbehrlichsten Darstellungen die jeweiligen Geschichtswerke der feindlichen Parteien: Joseph Reinach, Histoire de l'affaire Dreyfus, 7 Bände, Paris 1901–1911; Henri Dutrait-Crozon (Pseudonym, Action française), Précis de l'affaire Dreyfus, Paris 1909; weitere Literatur bei Thalheimer und Arendt a. a. O. – Vgl. neuerdings auch Gilbert Ziebura, Die Dreyfus-Affäre und das Regierungssystem der Dritten Republik, Hist. Ztschr. 191, 3 (Dez. 1960), S. 548 ff.

⁸ Es fällt auf, daß in dem größten Erfolgsbuch des vorangegangenen Jahrzehnts, Edouard Drumonts „La France Juive“, der Name Dreyfus (der allerdings einer der verbreitetsten jüdischen Namen Frankreichs war) mehrfach genannt wird, wo von der angeblich wesentlich verräterischen Natur der Juden die Rede ist. Drumonts Zeitung „La Libre Parole“ veröffentlichte als erste die Nachricht von der Verhaftung Dreyfus¹, die man ihr zugespielt hatte, um den zögernden Ministerrat unter Druck zu setzen.

auf der Teufelsinsel, auf ein so fragwürdiges Beweisstück sie sich stützte, machten als solche schon eine „Affäre“ aus. Sie waren ein Justizirrtum oder gar ein Justizmord, aber erst der feste Wille seiner Familie, eine Rehabilitation durchzusetzen, schuf die Affäre, wenngleich zunächst nur auf negative Weise. Denn zusammen mit einigen einflußreichen jüdischen Freunden ging man an die delikate Angelegenheit heran wie an eine zweideutige Finanztransaktion. Man arbeitete im Dunkeln, kaufte auf illegalem Wege Dokumente, machte Zeitungen große Zuwendungen und mied nicht einmal den Schein, wichtige Persönlichkeiten bestechen zu wollen. War es ein Wunder, daß die Öffentlichkeit anfangs, sich zu beunruhigen, daß das Gerede aufkam vom jüdischen Syndikat, das sich verschworen habe, mit allen Mitteln den Verräter zu befreien?

Dabei war das „Syndikat“ völlig unschuldig daran, daß der Fall endlich auch im positiven Sinne zu einer Affäre wurde. Diese Wandlung war vielmehr der Aufmerksamkeit eines aufrechten Offiziers zuzuschreiben, der als neuer Leiter des Nachrichtendienstes den wahren Schreiber des fraglichen Dokuments entdeckte und seine Überzeugung allen Anfeindungen zum Trotz aufrechterhielt. Aber das Gerede vom Syndikat bot jener Feindschaft die beste Stütze, und Oberst Picquart, der wahre Held der Affäre, schien auf verlorenem Posten zu stehen.

Zolas berühmter Brief „J'accuse“ in Clemenceaus Zeitung ‚Aurore‘ (13. 1. 1898) bedeutete ohne Zweifel einen wesentlichen Punkt der Entwicklung. Er machte die Justizaffäre im vollen Sinne des Wortes zu einer öffentlichen Angelegenheit. Er faßte zusammen, was die jahrelangen Nachforschungen des „Syndikats“ zutage gebracht hatten, und das war genug des Fragwürdigen und Bedenklichen, um die Situation des Generalstabs schwierig zu machen. Aber er verwandelte die Affäre noch nicht in ein echtes Politikum, das große Massen gegeneinander in leidenschaftliche Bewegung setzt. Er enthielt zu viele Einzelheiten und faßte sie in zu kühne Hypothesen zusammen, als daß er die Menge hätte überzeugen können. Außerdem war es nicht schwer, sowohl Zola wie Clemenceau unlautere Motive zu unterstellen. Beide waren nicht weit davon entfernt, von wütenden Massen gelyncht zu werden. Noch im Sommer 1898 waren die öffentliche Meinung und das Parlament nahezu einmütig der Revision abgeneigt und dem Häuflein der „Dreyfusards“ feindlich gesinnt. Keine unmittelbar überzeugende „neue Tatsache“ war vorgewiesen worden; alles Donnergerollen, das das vorgebliche Syndikat zu erzeugen vermocht hatte, war nur das Rascheln von Papier gewesen; der jähe Blitz, der die nächtliche Landschaft neu und befremdend erhellt, war ausgeblieben.

Und als er dann einschlug, waren die Dreyfusards selbst nicht weniger überrascht als alle anderen.

Anfang September 1898 erfuhr die Öffentlichkeit, starr vor Überraschung und Schrecken, daß am 30. August auf Befehl des Kriegsministers Cavaignac der Oberstleutnant Henry, Nachfolger Picquarts als Chef des Nachrichtendienstes, verhaftet worden sei. Er habe gestanden, ein vom Kriegsminister als entscheidend bezeichnetes geheimes Beweisstück gefälscht zu haben. Einen Tag darauf habe er in seiner Zelle auf dem Mont-Valérien mit einem Rasiermesser Selbstmord verübt.

Paris, Frankreich, die Welt hielten den Atem an. Das war, für den blödesten Blick erkennbar, jene neue Tatsache, die für die Revision erforderlich war, und es war eine wahrhaft entscheidende Tatsache. Henry hatte von Anfang an in der Affäre eine große Rolle gespielt. Wenn er sich schuldig bekannte – und wie anders ließ sich sein Selbstmord verstehen? – mußte das Gebäude der Anklage in den Grundfesten erschüttert sein. Die sofortige Revision war das mindeste, was jetzt erforderlich war. Und in der Tat gab es nach dem Zeugnis kundiger Beobachter 48 Stunden lang keine Menschenseele in Paris, die die Revision nicht für unvermeidlich gehalten hätte.

Da erschien in die Verwirrung, in das Staunen, in die Erstarrung hinein ein Zeitungsartikel, der die Situation änderte. Sein Autor war Charles Maurras⁹, ein bis dahin nur in engen Kreisen bekannter dreißigjähriger Schriftsteller. Der Artikel war überschrieben „Das erste Blut“. Er sah die Dinge so, wie niemand sie zu sehen gedacht oder gewagt hatte. Er rief den Obersten als „Blutzeugen“ auf: „Ce sang fume et criera jusqu'à ce que l'effusion en soit expiée, non par vous qui avez cédé à de beaux désespoirs, non pas même par la fâcheuse coterie ministérielle, mais bien par vos premiers bourreaux, je les désigne, par les membres du Syndicat de la trahison. Dans l'état de désordre où sont les partis nationaux, nous n'avons pu vous faire les grandes funérailles dues à votre martyr. Il fallait secouer sur nos boulevards la tunique sanglante, ainsi que les lames souillées, promener le cerceuil, adorer le drap mortuaire en manière de drapeau noir. Ce sera notre honte, de ne l'avoir pas essayé. Mais le sentiment national, bien que dispersé et multiplié contre lui-même, encore incapable d'action, n'en est pas moins ressuscité¹⁰.“

Sein Leben lang haben Maurras' Gegner ihm vorgeworfen, er habe hier die Person Henrys verherrlicht und seine Fälschung als „faux patriotique“ hingestellt¹¹. In Wahrheit war das, was Maurras hier tat, von unvergleichlich größerer und unheilvollerer Bedeutung.

Er gab eine Umdeutung von unerhörtem Ausmaß. Kein Besonnener konnte verkennen: entweder fühlte Henry selbst sich schuldig, oder seine Vorgesetzten hielten ihn für schuldig. Wenn Henry wirklich mit sich selbst, seinen Kameraden und seinen Vorgesetzten in der Kenntnis und Einschätzung eines ultrageheimen Dokumentes einig gewesen wäre, so hätte er keine jammervoll ungeschickte Fälschung anzufertigen brauchen und hätte notfalls allen Stürmen der öffentlichen Meinung

⁹ Eine leicht zugängliche Zusammenstellung von Werken von und über Maurras gibt: Michel Mourre, Charles Maurras, Paris 1958. Von unübertrefflicher Gründlichkeit: Roger Joseph-Jean Forges, *Biblio-iconographie générale de Charles Maurras*, 2 Bd., 1953. Das geistvollste Buch über Maurras dürfte immer noch das von Albert Thibaudet sein, *Les idées de Charles Maurras*, Paris 1920. Nach dem letzten Krieg aus dem Schülerkreis, umfangreich, anspruchsvoll und enttäuschend: Henri Massis, *Maurras et notre temps*, 2 Bde., Paris 1951. Die jüngste Darstellung: M. Curtis a. a. O.

¹⁰ Charles Maurras, *Au signe de Flore*, Paris 1931, S. 81.

¹¹ Maurras hielt an der Version fest, Henrys Fälschung habe lediglich ein Dokument vertreten sollen, das zu geheim gewesen sei, als daß es hätte vorgezeigt werden können; ein solches Verfahren sei z. B. in der Diplomatie ganz geläufig und legitim.

trotzen können. Wer Henry von Schuld entlastete, belastete seine Vorgesetzten. Und in der Tat scheute Maurras den Vorwurf gegen die „coterie ministérielle“ nicht; aber entzog er damit nicht seiner Verteidigung der Armee und des ehemaligen Ministers selbst den Boden? Man mochte die Dreyfusards für fähig halten, Abgeordnete zu bestechen und Soldaten aufzuwiegeln; wer sie für mächtig genug hielt, dem Chef des Nachrichtendienstes das Rasiermesser zum Selbstmord in die Hand zu drücken, ohne daß er sich einer schweren Verfehlung schuldig wußte, schrieb ihnen übermenschliche Kräfte zu, von denen das Leben und die Zeugnisse nichts wissen.

Und Maurras schuf der verzweifelten Behauptung zugleich ihren Mythos, den geheimnisreichsten und gefährlichsten aller Mythen: den des Blutes. Von Feindeshand vergossen, ungesühnt, schreit es nach Rache und erscheint doch zugleich als der erste Tropfen eines Blutmeeres, das ein heimtückischer und gefährlicher Angriff, zugleich von außen und von innen geführt, Frankreich abverlangen wird. Einen Blutzauber, der den Clan zusammenschließen soll zur „dernière bataille“¹² – nichts anderes erschaut hier des vorgeblichen Rationalisten mythologisierender Blick.

Und zugleich stößt er sich selbst auf einen Weg, der dem Lyriker und Félibristen, dem Freund von Moréas und Mistral, dem Literaturkritiker und Erzähler schwerlich vorgeschrieben war. Bis zu seinem Tode wird er den Artikel rechtfertigen müssen, in dem er immer „die beste und in jedem Falle nützlichste Tat“¹³ seines Lebens zu sehen vorgibt.

Denn man kann nicht daran zweifeln, daß dieser Artikel eine Lüge war und daß Maurras sich darüber keiner Täuschung hingab. Aber er war keine Lüge im gewöhnlichen Sinne. Wäre es zu jenem Zeitpunkt und unter jenen Umständen zur Revision gekommen, so wäre die Dreyfus-Affäre als bloße Justizangelegenheit vermutlich ohne bedeutende politische Folgen beendet worden – aber für die Armee mit einem außerordentlichen Verlust an Prestige und Ansehen in *aller* Augen. Maurras konnte nicht im Ernst glauben, das Verhalten aller Armeestellen in der Affäre sei untadelhaft gewesen. Aber er war ernsthaft genug davon überzeugt, daß Frankreich von innen und von außen in seiner Existenz bedroht sei und daß die Armee in jeder Weise die letzte Garantie seines Daseins darstelle. Und insofern waren die Dreyfusards, gerade *wenn* Dreyfus unschuldig war, gefährliche Feinde. Sie versuchten, die Armee vor einen Richterstuhl zu ziehen, vor dem sie in keinem Falle bestehen kann, dem des Individuums, das auf seine Menschenwürde pocht. Die Dreyfusards haben Henry insofern getötet, als sich Ungerechtigkeit in einer Armee immer von selbst versteht. Wer allen Uriasbriefen in einer Armee nachginge, könnte vor Lesen nicht zum Handeln kommen. Das vergißt Clemenceau, und da er sich auf den Fall des Hauptmanns Dreyfus beschränkt, ist er vom Syndikat bestochen, selbst wenn er keinen Sou für seine Zeitung erhalten hat. Maurras'

¹² Titel eines Buches von Drumont.

¹³ Au signe de Flore, S. 82.

unterschwelliger Gedankengang ließe sich in der Formel zusammenfassen: Gerechtigkeit tötet das Lebendige.

Und deshalb scheint ihm seine Lüge in einem tieferen Sinne wieder die Wahrheit zu sein. Indem die Dreyfus-Affäre aus einer Justizaffäre zu einer politischen Affäre, ja zum Zentrum der französischen Politik überhaupt wird, sehen sich Armee und Kirche heftigeren Angriffen, größeren Gefahren ausgesetzt, als vorher auch nur denkbar gewesen wäre; aber die konservative Schicht des Volkes, die einzige, die positiv zählt, schließt sich um so enger und entschiedener um die Bedrohten zusammen und sichert damit deren Weiterleben.

Eine Lüge, die dem Intellekt als das erscheint, was sie ist, die aber mit der tieferen Tendenz des Lebens sich im Einklang befindet, kann eine Lebenslüge genannt werden. Es gibt Lebenslügen nicht nur des Individuums, sondern auch eines Standes, einer Epoche oder einer geschichtlichen Tendenz. Maurras' Henry-Artikel repräsentiert nichts anderes als die Lebenslüge des Kerns der französischen Armee. Ihre Folge war im politischen Bereich die Action française, und es war kein Zufall, daß sie nirgends so viel Sympathie genoß wie in der Armee (und in der Kirche).

Die Lebenslüge einer moralisch tief bedrohten Armee steht am Anfang des italienischen Faschismus: die Lüge, daß die Schlacht von Vittorio Veneto den Weltkrieg entschieden habe.

Die Lebenslüge eines moralisch *und* tatsächlich tief bedrohten Heeres ist eine der Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus: die Dolchstoßlegende.

Diese Übereinstimmung ist festzuhalten als ein Ausgangspunkt, der das Ungenügende rein geistesgeschichtlicher Kategorien bereits deutlich macht.

Man würde Maurras indessen Unrecht tun, wollte man meinen, auch für ihn fände das Problem der Wahrheit im kollektiven Nutzen seine schlichte und großspurige Auflösung. Für ihn bleiben Wahrheit und Vernunft verbunden. Eben deshalb kann die Lebenslüge des Henry-Artikels für ihn zum fortwährenden Stachel und Antrieb der Rechtfertigung und Rationalisierung werden.

Barrès hat einmal gesagt, Maurras habe sich seine Theorie „in Übereinstimmung mit seinen Instinkten“ gemacht¹⁴. Er denkt mit Recht an einen Grund unterhalb der Vernunft, naturalisiert ihn aber zu sehr durch den Ausdruck „Instinkt“. Eine bildliche Wendung scheint angemessener zu sein: Wie ein Baum, der einen Schnitt erhalten hat, Harz produziert, um die Wunde zu schließen, und um so reichlicher, je tiefer der Schnitt ist, so entwickelt Maurras über der Lebenslüge seiner „besten und jedenfalls nützlichsten Tat“ ein Gespinnst von Theorien, die rechtfertigen, erklären, begründen. Gewiß beziehen sie sich nur selten direkt auf jenen Artikel, wohl entspringen sie zum guten Teil älteren Anfängen und jüngeren Erfahrungen, zwar schließen sie sich zu einem Gebilde von imposanter Konsistenz zusammen. Manchmal könnte man meinen, das große Ziel sei erreicht, eine „Contre-Encyclopédie“ zu schreiben und gar der beneideten und gehaßten Lehre von Karl Marx

¹⁴ Maurice Barrès, *Mes Cahiers*, Paris 1929, II, S. 177.

etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Und in gewisser Hinsicht ist diese Ideologie die politische Bewegung der Action française. Im Abstand von 25 Jahren können zwei der kennzeichnendsten und geistvollsten Erscheinungen ihrer jeweiligen Kriegsgeneration (Erneste Psichari 1913, Robert Brasillach 1937)¹⁵ ihn den ersten politischen Denker seiner Zeit nennen. Aber als 1945 der 76jährige Greis dem Revolutionsgericht in Lyon gegenübersteht, vor dem Vaterland unvergleichlich schuldiger als Dreyfus, formaljuristisch jedoch ebenso unschuldig wie jener, da ruft er nach der Verkündung des Urteils, das ihm auf Lebenszeit Freiheit und bürgerliche Rechte nimmt: „C'est la revanche de Dreyfus¹⁶.“ So weit er über seine Anfänge hinausgeschritten war, sie hatten ihn festgehalten wie Ketten, und vielleicht war dies die eigentliche Rache jener Lebenslüge, daß es ihm bis zu seinem Tode nicht mehr gelang, sie und damit sich selbst und die eigene Rolle zu begreifen.

MAURRAS' ENTWICKLUNG BIS 1898¹⁷

Wer war Charles Maurras? Welche Entwicklung hatte er genommen, bis er mit 30 Jahren in die vorderste Linie der französischen politischen Welt trat, um dann ein halbes Jahrhundert lang eine ihrer auffallendsten Gestalten zu bleiben?

Diese Entwicklung ist in einzelnen Zügen völlig eigenartig, in anderen wieder charakteristisch für eine ganze Generation, im ganzen so vielfältig, daß sie nicht mit ein paar Formeln soziologischer oder psychologischer Art gekennzeichnet werden kann.

Es ist schon ungenau zu sagen, Maurras stamme aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Zwar war sein Vater ein kleiner Beamter, Steuereinnahmer, und die häuslichen Verhältnisse waren beengt. Aber der Großvater mütterlicherseits war Bürgermeister der alten Hafenstadt Martigues in der Provence gewesen, und zahlreiche Beziehungen verbanden die Familie mit der weiteren und freieren Existenz der Seeleute, Reeder und Kapitäne. Offizier der Marine zu werden war des jungen Charles erster und liebster Wunsch, noch später gefiel er sich nicht selten in dem Gedanken, nur sein Taubwerden habe ihn auf den Weg der Dichtung, der Philosophie und Politik geführt. Wie in zahllosen französischen Familien war der Vater ungläubig, die Mutter gläubig, aber selbst sie neigte in gewissem Maße liberalen Ideen zu. In der weiteren Familie gab es eine beträchtliche Variationsbreite politischer Auffassungen, und Maurras hat mit Recht gesagt, daß er nicht durch die Familientradition zu seiner politischen Doktrin gelangt sei. Es muß jedoch eine wichtige Einschränkung gemacht werden. Die Mutter, weit bedeutender für seine Erziehung als der frühverstorbene Vater, hatte es erlebt, daß ihre Mutter

¹⁵ Robert Havard de la Montagne, *Histoire de l'Action française*, Paris 1950, S. 50; Maurras, *La contre-révolution spontanée*, Lyon 1943, S. 261.

¹⁶ *Le procès de Charles Maurras*, Paris 1946, S. 371.

¹⁷ Vgl. dazu Ch. Maurras, *Au signe de Flore*; ders., *Pour un jeune Français*, Paris 1949, und *Enfances, Oeuvres Capitales*, IV, S. 7–57; ferner Léon S. Roudiez, *Maurras jusqu'à l'Action française*, Paris 1957.

bei der Nachricht von der Revolution 1848 ohnmächtig niedersank, und der Schrecken vor der Revolution prägte sich auch ihrem Sohne tief ein. Diese grundbürgerliche Revolutionsfurcht ist vielleicht das wichtigste konstitutive Moment für Maurras gewesen; es verbindet ihn in auffallender Entsprechung mit Nietzsche und stellt ihn in einen kennzeichnenden Gegensatz zu dem Proletarier Mussolini.

Ein anderer Schrecken liegt zeitlich noch voraus. Als der deutsch-französische Krieg ausbricht, ist der junge Charles Maurras knapp $2\frac{1}{2}$ Jahre alt. In frühesten Erinnerungsbildern hält er die Aufregung und die Angst jener Tage fest: Wenn er fragt, wer die vielgenannten Preußen seien, so erhält er die Antwort: „Des méchants, des barbares coiffés de casques à pointe¹⁸.“

Zu dem doppelten Schrecken tritt für den frühreifen Knaben der Trost und der Zauber der Bücher. Es ist Homer, der ihn in Bann schlägt, vor allem die Odyssee. Unverlöschlich prägen sich ihm Glanz und Größe der griechischen Götter ein.

Nach dem Tode des Vaters, 1876, siedelt die kleine Familie nach Aix-en-Provence über, wo Charles das von Klerikern geleitete Collège Catholique besucht. Er erschließt sich die geistige Welt schnell und intensiv. Den zwölfjährigen packen Lammenais' Gedanken der revolutionären Theokratie wie ein Fieber. Die romantischen Dichter¹⁹, Musset, Baudelaire vor allem, später Verlaine, sind die nächste Welle, die ihn erreicht.

Da bricht die Katastrophe, das Unbegreifliche, der widervernünftige Zufall über ihn herein. Im fünfzehnten Lebensjahr verliert er mehr und mehr das Gehör, er wird nahezu taub und kann den Lektionen nicht mehr folgen. Immer noch hatte er geträumt, Seeoffizier zu werden; diese Möglichkeit schwindet jetzt ebenso dahin wie die reellere Aussicht auf einen normalen Studiengang. Ein junger Abbé²⁰, der später Bischof wird und für den Maurras immer die größte Verehrung bewahrt, nimmt sich seiner an. Aber nicht die Religion, sondern die Philosophie tritt in den Vordergrund. Die großartige und hoffnungslose Düsternis des Lukrezschen Gedichts von der Natur der Dinge nimmt seine umdüsterte Seele gefangen; brutal auf die Frage nach dem Ursprung des Übels gestoßen, sucht und findet er in Kant nur den Skeptizismus; noch intensiver und verzweifelter aber ist die Begegnung mit dem „unheilvollen“ Pascal. Kurz: Maurras verliert den Glauben, der Katastrophe seiner physischen Natur folgt die tiefe Erschütterung und Umwandlung seiner geistigen Existenz.

Und dann geschieht etwas Überraschendes. 1885 geht der 17jährige Maurras nach Paris und wirft sich, unfertig, unerfahren, wie er ist, ganz der Literatur in die Arme. Er arbeitet fleißig an verschiedenen Zeitschriften katholischer und konservativer Richtung mit. Aber das hing von dem Zufall einiger Empfehlungsschreiben ab. Sein innerer Zustand ist alles andere als gefestigt, und jahrelang

¹⁸ „Pour un jeune Français“, S. 19.

¹⁹ Maurras' Begriff der Romantik umgreift auch die Dichter des Parnass und die Symbolisten.

²⁰ Der Abbé Penon wird später Bischof von Moulins, er wird einer der drei Prälaten sein, die 1927 die Verurteilung der Action française nicht unterzeichnen.

existiert das Verschiedenartigste in ihm zusammen. Er hat später von einer Epoche der Anarchie gesprochen, deren Grenzen jedoch nicht klar festzulegen sind. Sie ist wohl mehr ein Untergrund, eine ständig anwesende Möglichkeit während mehrerer Jahre, in keinem Augenblick aber wächst sie sich zu einer Sympathie für die politische Bewegung des Anarchismus oder der revolutionären Parteien aus. Insofern ist es *nicht* richtig, wenn Maurras sagt: „Die Literatur hat uns zur Politik geführt“²¹. Die Politik, d. h. die antirevolutionäre Position auf der nicht-royalistischen Rechten, ist vielmehr von der Krise am wenigsten berührt worden; in der Literatur aber wurde sie am entschiedensten überwunden und auf dem Boden des Klassizismus von Maurras zu einer neuen Synthese fortgeführt, die dann allerdings ihrerseits die Voraussetzung für die Theorie der Politik bildete. In der Philosophie dagegen, so leidenschaftlich und ausschließlich sich Maurras ihr in Paris zunächst widmet, bleibt ihm ein vergleichbares Gelingen versagt: „En esthétique, en politique, j'ai connu la joie de saisir dans leur haute évidence des idées-mères; en philosophie pure, non“²².

Die Begegnung mit Comte schließt sein philosophisches Suchen ab. Hier stieß er auf einen Denker, dessen Philosophie auf Gott und alle Metaphysik Verzicht tat und die dennoch jene menschliche „Ordnung“ zu retten und zu begründen versprach, die Maurras auch in seinen zweifelvollsten Stunden nicht angetastet hatte. Aber wenn Maurras im Positivismus eine geistige Heimat fand, so schied er zuvor alle Elemente aus, die man bei Comte selbst noch als metaphysisch empfinden konnte: das Dreistadiengesetz, den Fortschrittsbegriff, die Religion der Menschheit, um bloß einen „empirisme organisateur“ zurückzubehalten, der eine *philosophische* Heimat im Ernst nicht genannt werden kann.

Aus all diesen Eindrücken des ersten Jahrzehnts lassen sich ein paar Erfahrungen herausheben, die für Maurras' geistige und politische Entwicklung grundlegend geworden sind. Einige sind von ganz neuer Art, andere nehmen in auffallendem Maße Kindheitseindrücke wieder auf, verstärken und radikalieren sie.

Gleich in den allerersten Tagen seines Pariser Aufenthalts ist er „frappiert, bewegt, beinahe verletzt“²³, auf den großen Boulevards so vielen fremden Namen zu begegnen, die gekennzeichnet sind durch die abstoßenden Buchstaben K oder W oder Z. Es ist also ein ästhetischer Eindruck, der ihn den ersten Schritt auf seinen späteren Antisemitismus hin tun läßt, zugleich die naive Verwirrung und Xenophobie des jungen Provinzlers in der Weltstadt, vergleichbar den Erfahrungen Hitlers 20 Jahre später in Wien. Im nächsten Jahre hat er ohne Zweifel wie alle Welt Drumonts „France Juive“ gelesen, und der Panama-Skandal wird ihm, wie so vielen anderen, als Anschauungsmaterial für die neuen Einsichten gedient haben. Dennoch ist sein Antisemitismus weit davon entfernt, prinzipiell und intransigent zu sein: 1889 stimmt er bei der ersten Wahl seines Lebens für den Berater des Generals Boulanger, den jüdischen Senator Naquet, und 1895 er-

²¹ „Quand les Français ne s'aimaient pas“, Paris 1916, S. XIII.

²² „L'Action française et la religion catholique“, Paris 1921, S. 462.

²³ „Au signe de Flore“, S. 31.

scheint sein erstes Buch („Le Chemin de Paradis“) im jüdischen Verlag Calmann-Lévy.

Seine wichtigste Kindheitserfahrung findet indessen Bestätigung und Verstärkung, indem er nun auf die lebendige Erinnerung an die Kommune von 1871 stößt. In überaus kennzeichnender Weise bewegt ihn ausschließlich der Gedanke an die Gefährdung des Louvre²⁴ und erfüllt ihn für die Vergangenheit wie für die Zukunft mit Schauer und Entsetzen. Anders als Drumont wendet er den Massenerschießungen der entsetzlichen Repression keine Aufmerksamkeit zu. Ganz ähnlich war die Reaktion Nietzsches gewesen. Von hierher rührt offenbar beider Grundempfindung, daß die Kultur „Apfelhäufchen über glühendem Chaos“²⁵ und „verlorenes Inselchen auf dem Meer des unendlichen Chaos“²⁶ sei. Diese Empfindung verstärkt sich abermals, als ihm bald darauf aus der Zeit der Kommune erzählt wird, beim Versuch der Rettung des Louvre sei in der Menge eine Stimme laut geworden: „Que cela brûle, pourquoi pas, et tant mieux . . . à bas les esclaves des morts et vive la vie et sa flamme“²⁷. Nicht nur barbarische Unkenntnis schien also am Werk zu sein, sondern eine falsche Philosophie und ihr diabolischer Zerstörungswille. Wie ließ sich so Entsetzlichem anders begegnen als durch eine neue Lehre von der Kostbarkeit des Fragilen und der wesentlich bewahrenden Natur des Menschen? Im Rückblick nennt Maurras diese Erzählung „le point de départ des réflexions qui me mèneront où je suis“²⁸. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß damals bereits ein lebendiges Phänomen den Eindruck der Historie verstärkte: die Propaganda des Marxismus, den er bald schon als „deutsch und jüdisch“ empfand²⁹.

Und noch einmal kehrt sich seine Herkunft aus der Provinz ins Politische. Was ihm früher Lebensluft gewesen war, die heimatliche Provence, wird in Paris zu etwas schmerzhaft Vermißtem. Diese Nostalgie treibt ihn an, Provençalisch zu lernen und sich den Pariser Felibristen zu nähern, die in der Riesenstadt das Werk Mistral fortzusetzen und zu fördern suchen. Schließlich lernt er – im Tale Petrarca am Quell von Vaucluse – den Meister persönlich kennen; und jetzt geht ihm der Sinn des lateinischen Wortes auf: multa renascentur. Anders als die Pariser Felibristengruppe begnügen sich Maurras und einige Freunde aber nicht mit einem bloß ästhetischen und volkskundlichen Programm, sie erheben weitreichende politische Forderungen: Dezentralisierung des Staates, Wiederherstellung der alten Provinzen, offizielle Anerkennung der provençalischen Sprache, ja es ist sogar manchmal von „Souveränität“ für die Provinzen die Rede, und einige Regierungsstellen beunruhigen sich. Es ist nicht zu leugnen: Maurras hat mit einem Programm angefangen (und hat es nie grundsätzlich verleugnet), das das genaue Gegenteil aller faschistischen Bestrebungen darzustellen *scheint*. Aber es ist wiederum nicht

²⁴ Ebenda, S. 31 f.

²⁵ F. Nietzsche, Die Unschuld des Werdens, Kröners Taschenausgabe, II, S. 372.

²⁶ Roudiez, a. a. O., S. 229.

²⁷ „Vers l'Espagne de Franco“, Paris 1945, S. 114.

²⁸ Ebenda.

²⁹ „Pour un jeune Français“, S. 27.

zu übersehen, daß er nicht nur gegen die Uniformität überhaupt, sondern gegen die *jakobinische* Uniformität reagieren wollte. Und als alle Appelle, die er und seine Freunde an das Land und die lokalen Traditionen richteten, auf eine unerschütterliche Indifferenz stießen, reifte langsam der Gedanke, daß die notwendige Reform nur „von oben“ ins Werk gesetzt werden könne.

Ist es abermals das Wiedererwachen einer Kindheitserfahrung, der Liebe zu Homer und der lichten Welt seiner Götter, die ihn schließlich auch im ästhetischen Bereich einen festen Stand finden läßt, denjenigen eines Neoklassizismus und seiner Hinwendung zum Ewigen, Wesentlichen, Bleibenden im Gegensatz zur romantischen Verführung durch das Ephemere und Modische, seiner Aufmerksamkeit für Sinn, Syntax und Ordnung der Aussage im Gegensatz zur romantischen Emanzipation des Wortes und pittoresken Lautmalerei, seines Sinnes für Einfachheit und Klarheit im Gegensatz zum Schweifenden, Nervösen, Zerfahrenen der Romantik? Maurras' Freund und Meister bei dieser Zuwendung, Jean Moréas und dessen Gründung, die *Ecole Romane*, kennt heute nur noch die Literaturgeschichte, Maurras' eigene große kritische Arbeiten über die Romantik liegen in der Periode nach 1898. Aus der Zeit der Wandlung ist nur ein Buch bekanntgeblieben, dessen künstlerischer Wert umstritten, dessen politische und ideologische Tragweite aber außerordentlich ist: „*Le Chemin de Paradis*“, 1895 erschienen, zum Teil aber bereits 1891 geschrieben. Äußerlich gesehen ist es nichts anderes als eine Reihe von „Mythen und Fabeln“, in denen von Phidias und Kriton, von Sybaris, von Arles in der Spätantike, von Fischern und Seeleuten die Rede ist. Die Vorrede erklärt ihren Sinn: sie sollen die Notwendigkeit der Harmonie demonstrieren, indem sie die zerstörerische Macht des Einseitigen und Extremen, der zügellosen Wollust oder fanatischer Religionen darstellen. Aber die Vorrede erklärt auch ganz unverblümt, was Maurras unter fanatischen Religionen versteht: in erster Linie das monotheistische Christentum, das die lebendigen Harmonien des klassischen Heidentums zerstört und unter dessen Zeichen – dem Kreuz eines leidenden Gottes – die Nacht sich über das moderne Zeitalter gebreitet hat³⁰. Diese Nacht aber ist vornehmlich die Unruhe und der Aufstand jener Sklavenmassen, die in der Antike und im Mittelalter ihren Platz, ihre Ordnung, ihren Nutzen hatten, die sich jetzt aber unruhig, ziellos, unglücklich bewegen unter der Führung jener Narren, die nicht wissen wollen, daß „die Unmenschlichkeit nicht beim vergossenen Blute anfängt, sondern von der Störung herrührt, die willentlich an die Herzen herangebracht wird“³¹. Das haben, in der berühmten Erzählung „*Les Serviteurs*“, die Sklaven begriffen, die in der Unterwelt von ihrem Herrn getrennt waren und mit

³⁰ Zitat aus „*Anthinéa*“, Paris 1901 (später unterdrückt), vgl. Roudiez a. a. O., S. 101.

³¹ „*Le Chemin de Paradis*“, Postface in *Oeuvres Capitales*, I, S. 155. Die Erstausgabe des „*Chemin de Paradis*“, Paris 1895, ist heute kaum noch zugänglich. In allen späteren Ausgaben hat Maurras einzelne Sätze und eine Erzählung fortgelassen („*La Bonne Mort*“, die in ihrem Charakter christlichste und deshalb anstößigste von allen, die unter Verwendung autobiographischer Züge Verwirrung und blasphemischen Selbstmord eines Klosterschülers darstellt). Offenbar hing Maurras sehr an diesem Jugendwerk. Kein anderes seiner Bücher ist nahezu vollständig in die „*Oeuvres Capitales*“ übernommen worden (O. C. I, S. 19–137).

sich selbst nichts anzufangen wußten: „Les âmes des hommes n'ont pas été tirées de la même origine. Les filles de l'argile ne s'élèveront point au rang de celles que les dieux ont conçues dans les lits de pourpre.“ Es fehlt wahrhaft nicht an erstaunlichen Formulierungen in diesem Buch, ob das Unendliche ein „obscène chaos“ genannt wird, oder ob verächtlich vom „Christ hébreu“, der Torheit der Kongresse gegen die Sklaverei, den „armen protestantischen und neuchristlichen Gänsen“ die Rede ist.

Dennoch ist nicht dies in erster Linie das Bedeutende, daß Maurras selbständig jene Formeln eines radikalen Konservatismus gefunden hat, die man gewöhnlich mit dem Namen Nietzsches verbindet, die aber in der Luft lagen, seit der ursprüngliche, und das heißt christliche Konservatismus altmodisch und unzureichend geworden zu sein schien. Das Entscheidende ist vielmehr der Umstand, daß Maurras seine Auffassung „genügend heidnisch und christlich“ nennt, „um den schönen Titel katholisch zu verdienen“³², weil für ihn der Katholizismus nichts anderes ist als das durch die römisch-heidnische Form seines giftigen Gehaltes beraubte Christentum. Damit aber macht Maurras jenen radikalen und pseudo-revolutionären Konservatismus, der in der reinen Form, wie Nietzsche sie entwickelt hatte, nur literarisch existenzfähig ist, zu einer politisch handlungsfähigen Größe. Wenn es Maurras gelingt, ihm moderne Methoden zu geben und den alten Baum, in dessen Wurzelgrund die neue Pflanze aufwächst, als bloßes Mittel zu erhalten, dann hat er ein ganz neues politisches Phänomen geschaffen, für das es noch keinen Namen gibt.

Aber zugleich deutet sich eine tiefe und entscheidende Zweideutigkeit an. Ihrem eigensten Charakter nach dient die neue Partei dem Kampf gegen den universalen Sklavenaufstand, muß also selbst ebenso universal sein wie er. In diesem Sinne hatte Nietzsche von einer künftigen „Partei des Lebens“ geträumt, die sich „die Vernichtung aller Entartenden“ zum Ziel setzt³³. Aber gab es eine internationale Erscheinung, in deren Schutz und Schatten das neue Gebilde hätte heranwachsen können? Weder der Katholizismus noch die Wissenschaft noch die Industrie waren ein geeigneter Ausgangspunkt. Was sich anbot, war die einzige handlungsmächtige und mit Entschiedenheit selbstbewußte, aber eben nicht universale Gruppe, die Nation. Der Widerspruch mochte eine Zeitlang verborgen bleiben. Irgendwann mußte er notwendig ans Licht treten.

Daß für Maurras der Zweck der Politik die eigene Nation sein könnte, lag schon in einer seiner wichtigsten Kindheitserfahrungen begründet. In der Tat hatte der nationale Feind, Deutschland, nie aufgehört, ihn zu beschäftigen³⁴. Und eines Tages, 1894, liest er die kurz zuvor herausgekommene Übersetzung von Fichtes „Reden an die deutsche Nation“. Es ist wie ein Donnerschlag. Jetzt begreift er den

³² A. a. O., Préface, O. C. S. 29.

³³ F. Nietzsche, *Ecce homo*, Kröners Taschenausgabe XI, S. 325–326.

³⁴ Zum französisch-deutschen Verhältnis vergleiche das außerordentlich instruktive Werk von Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française*, Paris 1959; über Maurras: S. 434ff.

Gegner. Was ihn dumpf bedrängte, wird kohärent, die dunklen Türen öffnen sich: er hat den Schlüssel (*j'en tenais la clé*)³⁵. Dies ist der Kern des rätselhaften Wesens: die deutsche Ichbesessenheit, die Trunkenheit von sich selbst, der Monotheismus des nationalen Ich. Das ist düstere Drohung; und vom ersten Tage an erklingen auf allen Tribünen, zu denen er Zugang hat, seine Kommentare über den Prediger-Philosophen von Berlin, sein Werk, seine Aktion³⁶. Es ist aber zugleich Beispiel und Versprechen, von jetzt an wünscht Maurras nichts sehnlicher als „une troupe de jeunes Fichte“³⁷, und die deutsche Erhebung gegen Napoleon wird ihm zum Modell und Vorbild – einem ganz und gar trügerischen Vorbild, denn das Analogon zum Nietzscheschen „Sklavenaufstand“ fehlt bei Fichte durchaus, damit aber gerade das Spezifische des Jahrhundertendes.

Und eine letzte und ganz neue Erfahrung kommt hinzu, um das Gewicht der „Nation“ in Maurras' Denken zu verstärken. Im Jahre 1896 reist er für die ‚Gazette de France‘ als Berichterstatter zu den ersten Olympischen Spielen nach Athen. Er sieht die Harmonie der Eingangsfeierlichkeit, er sieht aber auch das Toben und die hemmungslose Leidenschaft der Menge bei den Wettkämpfen, wenn es einen Landsmann anzutreiben und zu feiern gilt. Ist des Barons de Couber-tin edler Idealismus nicht eine „Wolke“, die Vernunftlosigkeit der Massen dagegen die Realität? Ist der friedliche Wettkampf, der dem Sehenden so abstoßende Züge enthüllt, nicht gerade die Vorbereitung des kriegerischen Zusammenstoßes? Im panathenischen Stadion erweisen sich Maurras die ringenden Nationen als die fundamentale Realität der Zeit. Diese lebendige Anschauung wird in ihm lange Zeit mächtiger bleiben als der theoretische Abscheu vor der Revolution, die er ja mit eigenen Augen niemals sehen wird.

Zugleich aber sieht er, wie klein Frankreich in der Welt ist, wie es von Deutschen und Engländern übertroffen wird. Dem klassisch gebildeten Geiste strömen die Analogien zu: Gleicht Frankreich nicht dem durch die Demokratie geschwächten Athen vor der barbarischen Macht des mazedonischen Philipp? War es nicht einst unter seinen Königen die erste Macht und das Modell der Welt?

Maurras kommt nach Paris zurück als leidenschaftlicher Gegner der Demokratie und als entschiedener Anhänger der Monarchie. Seine Lehr- und Wanderjahre sind beendet. Endlich hat er „seinen Hafen gefunden“³⁸. – Aber noch ist unentschieden, ob er als Schriftsteller oder als Politiker dem Vaterland dienen wird. Erst die Affäre Henry treibt ihn im Kriegsschiff auf die hohe See.

Damit ist Maurras' Jugendentwicklung im ganzen übersehbar geworden. Soziale, nationale, religiöse, ästhetische Gründe und Motive mischen sich in ihr bis zur Ununterscheidbarkeit. Weder die bürgerliche Revolutionsfurcht, noch die nationale Empfindlichkeit, noch die ästhetische Hinwendung zum Begrenzten und Vollkommenen, noch der Verlust des Glaubens dürfen isoliert und allein zum Erklärungsgrund

³⁵ „Pour un jeune Français“, S. 94.

³⁶ Ebenda.

³⁷ „Gaulois, Germains, Latins“, Paris 1926, S. 25.

³⁸ „Au signe de Flore“ S. 71.

gemacht werden. Und dem diffizilen Komplex gibt erst die Herausforderung durch Ereignisse die Richtung und Vollendung. In Athen sah Maurras die Wahrheit, wenn auch vielleicht nur einen Teil von ihr. Erst als er endgültig zum Manne geworden ist, läßt er sich durch Ereignisse nicht mehr erschüttern, sondern nur noch bestätigen.

Doch diesen Überlegungen ist etwas Entscheidendes hinzuzufügen: Maurras ist – aus welchen Gründen immer – nicht, wie sein Schulkamerad Henri Bremond, Theologe geworden, obwohl das für den begabten Sohn aus katholischem Hause, der auf einem geistlichen Kolleg erzogen wurde, nahegelegen hätte. Er hat auch nicht in der Philosophie eine Heimat gefunden, wie zu gewissen Zeiten sein Lehrer Renan. Er ist ebensowenig bei der Dichtung stehengeblieben, die zwar nicht politische Stellungnahme, wohl aber das dauernde politische Engagement meidet, wie sein Gegner André Gide. Für ihn wurde die Politik zur äußersten und notwendigsten „Synthese“. Er hat damit den ganzen „Kurs“ durchlaufen, der das Kennzeichen des Abendlandes als der sich selbst säkularisierenden Gesellschaft ist. Damit unterscheidet er sich durchaus von allen Tages- und Zufallspolitikern, denen die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung bloß äußerlich anhängen. Nicht jeder Ideologe ist in diesem Sinne ein „integraler Politiker“. Integrale Politik ist aber vermutlich das Zweideutigste und Gefährlichste, was die europäische Entwicklung hervorgebracht hat. Im Rückblick sagte Maurras zu der Affäre Henry: „J'étais entré en politique comme en religion“³⁹. Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich mit Maurras möglicherweise nur Marx vergleichen. Bei beiden ist die Politik nicht aus ihrem Zusammenhang mit Theologie, Metaphysik und Ästhetik herauslösbar, auch wo sie selbst die Beziehung leugnen. Dies vor allem ist festzuhalten, wenn man sich von der geistigen Entwicklung Maurras' den politischen Ereignissen zuwendet.

DIE ACTION FRANÇAISE BIS ZUR GRÜNDUNG DER TAGESZEITUNG

Wenn Maurras der Gründer der Action française genannt wurde, so ist das im Wortsinne nicht richtig. Wohl hatte der Henry-Artikel die Dreyfus-Krise, die sich zu lösen schien, verwandelt und ganz außerordentlich verschärft. Waren die Dreyfusards ihren Gegnern bisher Glieder eines verschwörerischen Syndikats gewesen, so mußten sie hinfort des verbrecherischen Anschlags bezichtigt werden, der Staat und Gesellschaft, ja Frankreich selbst zu gefährden schien. Umgekehrt bringen die Äußerungen der Anhänger der Revision jetzt die wütende Empörung darüber zum Ausdruck, sich Menschen gegenübergestellt zu sehen, die eine Fälschung zu rechtfertigen wagen. Die kämpfenden Parteien hörten auf, Gegner zu sein: sie wurden Feinde, die Pardon weder geben noch erwarten⁴⁰. Aber nicht Maurras allein sah, was nun getan werden mußte.

³⁹ O. C. I, S. 267.

⁴⁰ Wie sehr das französische Naturell und die französische Gesellschaft aber selbst jetzt dem Unbedingten fernblieben, zeigt ein kurioser Bericht Léon Daudets über einen „Waffenstillstand“ der beiden Parteien während eines wohlgelungenen Festes: Léon Daudet, *Au temps de Judas*, Paris 1953, S. 66.

Die Massenfronten waren festgelegt. Alles, was der Armee und der Kirche anhing, die ganze gewaltige Gruppe des konservativen Bürgertums, stand mit Entschiedenheit gegen Dreyfus. Alles, was antiklerikal gesinnt war, vor allem die Massen der sozialistischen Arbeiter, fand sich im entgegengesetzten Lager zusammen. Eine erstaunliche Wandlung: 1894 hatte Jaurès in der Kammer die Regierung angegriffen, weil ihre Klassenjustiz den reichen Hauptmann Dreyfus nicht zum Tode verurteilt habe; der Urheber der Affäre, General Mercier, war antiklerikaler Republikaner; die Ralliementspolitik Leos XIII. hatte die Katholiken in zwei Gruppen, eine fortschrittliche und eine reaktionäre, geteilt. Jetzt aber verschwanden die feineren Unterschiede: die Gesellschaft polarisierte sich in zwei feindliche Blöcke, die einander verbrecherischer Anschläge bezichtigten. Die Entscheidung mußte der „Geist“ bringen, die in Frankreich so wichtige Intelligenz. Es schien, daß sie mehr und mehr der Dreyfus-Sache sich anschloß. Die Hochschulprofessoren und die Lehrer der Volksschulen erklärten sich fast einmütig für Dreyfus, das enseignement secondaire zögerte noch. Clemenceau hatte zusammen mit Reinach die „Ligue pour la défense des droits de l'homme“ gegründet und ein „Manifeste des intellectuels“ veröffentlicht. Das Eintreten für Dreyfus schien in sich selbst intellektueller Natur zu sein: Widerstand der Denkenden und Einzelnen gegen kaltherzige Staatsräson und blinden Wahn der Massen. Wenn dieser Eindruck sich durchsetzte, war die Sache der Dreyfus-Gegner verloren.

Das Notwendigste also war, eine Sammlung der anti-dreyfusistischen Intelligenz zu betreiben, und Maurras nahm wesentlichen Anteil daran. Am 31. Dezember 1898 trat die „Ligue de la patrie française“ ans Licht. Der Erfolg war überwältigend. Nahezu die ganze Académie française schloß sich an, in kürzester Frist lagen 100 000 Anmeldungen vor. Offenbar stand Frankreichs Geistigkeit doch nicht auf der Seite des Verräters und gegen das Vaterland!

Aber die Erklärung der Liga war recht zaghaft, allgemein bis zur Inhaltslosigkeit, von mannigfachen Rücksichten auf widerstreitende Auffassungen bestimmt.

Ganz anders klang das Manifest, das der junge Schriftsteller Maurice Pujo wenige Tage vorher (19. Dezember 1898) im Namen einiger Freunde in der Zeitung *Eclair* veröffentlicht hatte. Es trug den Titel „Action française“ und zog mit Entschlossenheit zu Felde gegen die „considérations humanitaires“, die „Anarchisten“, die Abstraktion der droits de l'homme, den Parlamentarismus und den Individualismus. Es endete mit der Forderung, daß Frankreich im Inneren „organisiert“, nach außen so stark wie unter dem Ancien Régime werden müsse, ohne daß man freilich auf „Formen der Vergangenheit“ zurückkommen dürfe⁴¹.

Zwei anti-dreyfusistische Sammlungstendenzen liefen also nebeneinander her: die eine akademisch, vielfältig, erfolgreich; die andere von unbekanntem jungen Männern getragen, radikal und voller Initiative.

Als die zweite Gruppe sich Mitte 1899 endgültig unter dem Namen „Action française“ konstituierte, geschah es daher in der begründeten Überzeugung, daß die

⁴¹ Havard de la Montagne, a. a. O., S. 13; „Au signe de Flore“ S. 90–91.

große „Ligue de la patrie française“ ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei. Maurras war schon seit Januar mit der Gruppe in Verbindung, aber er hat nie gezögert, das Verdienst der Gründung Maurice Pujo und vor allem Henri Vaugeois zuzuschreiben⁴².

Vaugeois war Philosophieprofessor am Lyzeum zu Coulommiers; ebenso wie Pujo⁴³ entstammte er einem radikalen Liberalismus. Beide waren Mitglieder der „Union pour l'Action morale“ gewesen, die ein Zentrum kantischer und protestantischer Gedankengänge war und sich konsequenterweise sehr bald auf die dreyfusistische Seite stellte. Vaugeois und Pujo rebellierten, aber ihre Herkunft von „links“ war ihnen noch lange anzumerken.

Was Vaugeois bewegte, war der Wunsch, Fortschritt und Beharren zu versöhnen, die Wahrheit der Monarchie und die Wahrheit der Republik in einem höheren Dritten zu vereinigen⁴⁴. Er ist nicht ohne Sympathie für den revolutionären Sozialismus und eröffnet dennoch das erste Heft der kleinen grauen Revue „Action Française“ mit einem Artikel, der überschrieben ist „Réaction d'abord“.

Aber innerhalb von zwei Jahren ließ er sich von Maurras überzeugen, daß die Monarchie Voraussetzung und Krönung der notwendigen Reaktion sei, daß nur der prinzipielle Kampf gegen das Prinzip der Republik selbst die tödlichen Gefahren beseitigen könne, die sich im Dreyfusismus manifestiert hätten. Nicht nur er ergab sich dem unermüdlichen und fanatischen Überzeugungswillen Maurras': 1899 war Maurras vielleicht der einzige Monarchist in der Gruppe, 1903 war die ganze Action française monarchistisch. Insofern kann er doch mit gutem Recht ihr Gründer heißen.

Die Action française konstituiert sich, beinahe auf den Tag gleichzeitig, mit der Regierung Waldeck-Rousseau, gleichzeitig also mit dem politischen Triumph der Dreyfusards. Dieser Triumph akzentuiert und festigt sich von Jahr zu Jahr: 1906 wird Clemenceau Ministerpräsident und Picquart Kriegsminister werden. Die Action française ist zunächst nichts als eine völlig einflußlose kleine Gruppe junger Intellektueller, die gerade über eine winzige Revue verfügen und sich regelmäßig zu langen Diskussionen im Café de Flore versammeln⁴⁵: eine Gruppe von vielfältiger geistiger Herkunft: Positivisten, Spinozisten, ein Protestant, ganz

⁴² „Tombeaux“, Paris 1921, S. 153: „Il a eu des collaborateurs, des compagnons d'armes. L'initiateur, ce fut lui.“

⁴³ Es ist bemerkenswert, daß Pujo Novalis übersetzt hatte.

⁴⁴ „Mon désir serait de raviver, en les mettant en présence, ces deux vérités pures, celle du passé et celle de l'avenir, celle du parti réactionnaire et celle du parti socialiste, de faire voir leur égale noblesse . . .“ (Zitiert nach „Au signe de Flore“, S. 130).

⁴⁵ Das erste Programm vom 15. November 1899 ist noch ziemlich unbestimmt. Es hebt den Wert der Nation als der zur Zeit vollständigsten sozialen Form hervor und betont auffallend stark, daß die Unterdrückung der Nationen einen Verlust an Zivilisation mit sich führen müßte. Ein prononcierter politischer Gegensatz spricht sich erst in den Thesen aus, Frankreich werde „offensichtlich“ von den regierenden Parteien verraten und daher müßten unter Franzosen alle schwebenden Fragen „par rapport à la nation“ entschieden werden. („Au signe de Flore“, S. 256–257)

wenige praktizierende Katholiken. Aber sie sind fanatisch davon überzeugt, daß es ihre Sache sei, eine neue politische Doktrin zu begründen, und daß davon das Heil des Staates abhängt. Und sie standen in der Tat an einem Kreuzweg der Denkrichtungen und politischen Stellungnahmen.

Die Affäre Dreyfus hatte vor allem die Bedeutung gehabt, daß in ihr bisher Verbundenes sich getrennt, bisher Getrenntes sich verbunden hatte. Seit ihren Anfängen in der Französischen Revolution hatten die Begriffe „Nation“ und „Vaterland“ und die Begriffe „Menschheit“ und „Menschenrechte“ zueinander gehört. In der Affäre aber standen sich die „Ligue de la patrie française“ und die „Ligue pour la défense des droits de l'homme“ feindlich gegenüber. Praktisch zwar war der Gegensatz gemildert, weil weder Clemenceau aufhörte, ein Patriot zu sein, noch Barrès seine Verbundenheit mit der Revolution leugnete. Aber ideologisch stand die Dissoziation jetzt auf dem Programm, zumal die Sozialisten längst in der anderen Richtung vorangegangen waren. Offensichtlich würde der neue Nationalismus erst dann vollendet, „integral“ sein, wenn er sich vollständig von den Ideen der Französischen Revolution gelöst hätte. Der eigentliche Gegenbegriff gegen die Revolution war aber in Frankreich seit der Hinrichtung Ludwigs XVI. die Monarchie (und nicht das Kaiserreich, das als plebiszitäre Demokratie verstanden wurde). Erst ein monarchistischer Nationalismus wäre also ein integraler, d. h. antirevolutionärer, aber gerade deshalb nicht im üblichen Sinne konservativer Nationalismus.

Umgekehrt hatten sich in der Affäre Überzeugungen, Richtungen und Parteien in einem Willen vereinigt gesehen, die einander bis dahin fremd oder feindlich gewesen waren: Atheisten und Assumptionisten auf der einen, bürgerliche Radikale und Sozialisten auf der anderen Seite. Es läßt sich nicht leugnen, daß die jungen Männer der Action française sich ihrer Aufgabe, die Erfahrungen der Affäre zu durchdenken, zu begründen, zu radikalieren und damit der Rechten eine in sich kohärente, modernen Erfordernissen angepaßte Ideologie zu schaffen, mit Erfolg und Genie entledigt haben. Sie erfinden nichts, aber sie analysieren das System der „gegenrevolutionären“ Doktrinen und bringen die Elemente oft genug in neue und folgenreiche Synthesen. Man hat mit Recht gesagt, daß es in den Jahren vor dem Kriege nirgendwo einen intellektuellen politischen Generalstab von so hoher Qualität gegeben habe wie bei der jungen Action française.

Zu Maurras, Vaugeois und Pujo stießen Jacques Bainville⁴⁶, ein Wunder frühreifer Intelligenz, und Léon Daudet⁴⁷, Sohn des berühmten Romanciers, Rhetor

⁴⁶ *Jaques Bainville*, 1879 geboren, begegnete Maurras nach seiner ersten Deutschlandreise und akzeptierte willig die Lösungen des Älteren für das beängstigende Problem der deutschen Übermacht. Deutschland ließ ihn nie mehr los. (Anders als Maurras kannte er es aus gründlicher Anschauung und umfassender Literaturkenntnis.) Enger als Maurras im Umfang des Geistes, weiter in der Fähigkeit der Begreifens, schritt er über das „Sektenhafte“ der Action française hinaus, ohne sie je zu verlassen: verdankte er doch, nach einem noblen Wort, Maurras „tout, sauf le jour“. Der Ruhm seines klaren und scheinbar maßvollen Geistes überstrahlte jedoch in der Öffentlichkeit den des Meisters; er starb bereits 1936, als er gerade auf den Sessel Poincarés in der Académie française berufen worden war.

⁴⁷ *Leon Daudet* kam von republikanischen Anfängen über Drumonts „Libre Parole“ zur

und Polemiker von ungestümer Vitalität; Louis Dimier⁴⁸ schrieb sein Buch über „Les Maîtres de la Contre-Révolution au XIX. siècle“, in dem er sogar Proudhon zu den Ahnen der Action française zu rechnen versucht. Pierre Lasserre⁴⁹ knüpfte an Maurras' Untersuchungen über die Romantik an und machte sich einen bedeutenden Namen als Literarhistoriker. Der tätigste von allen aber war Maurras. Schon 1899 veröffentlichte die kleine graue Revue seinen Aufsatz „Les Monod peints par eux-mêmes“⁵⁰, in dem er die Geschichte einer protestantischen Familie verfolgt und die These aufstellt, Liberalismus sei die ideologische Verkleidung des Machtwillens von Gruppen, die in sich nichts weniger als liberal seien. Aus diesem Aufsatz wird die berühmte Lehre von den „Quatre états confédérés: Juifs, protestants, franc-maçons, métèques“ erwachsen, die die Franzosen in zwei Gruppen einteilt und der einen das Franzosentum abspricht. 1900 folgte die „Enquête sur la Monarchie“: in einem ungeheuren Kreis von Fragen, Antworten und Kommentaren wird die „neo-royalistische“ Lehre entwickelt und begründet. Das Büchlein „Les Amants de Venise, George Sand et Alfred de Musset“ macht die Romantik und insbesondere den romantischen Liebesbegriff zum Objekt eines mächtig fortwirkenden Angriffs. „L'Avenir de l'Intelligence“ stellt die Intellektuellen vor die Alternative: Entweder versklavendes Bündnis mit der abstrakten und kosmopolitischen Geldmacht oder befreiende Zusammenarbeit mit der Aristokratie des Blutes. Die früheste unmittelbare politische Polemik wendet sich gegen Marc Sangnier und die Anfänge der Christlichen Demokratie, greift sie gnadenlos als Auswüchse revolutionären Geistes an und fordert ziemlich unverhüllt die kirchlichen Behörden zum Eingreifen auf („Le dilemme de Marc Sangnier“, 1906). 1906 wagte die kleine Gruppe, was keine Partei je unternommen hatte: sie gründete eine Art Parteihochschule, „L'Institut d'Action française“ (einer der Lehrstühle wurde in pro-

Action française. Ein mächtiger Redner und mittelmäßiger Romancier, war er grobschlächtig in seinem Denken („Le stupide XIXe siècle“, 1922), aber ein hervorragender Schilderer von Menschen und Situationen („Souvenirs des milieux littéraires, politiques, artistiques et médicaux“). Durch ein rätselvolles Familiendrama tief getroffen, war er längst verstummt, bevor er 1942 starb.

⁴⁸ Louis Dimier, zunächst der einzige praktizierende Katholik unter den führenden Mitgliedern der Gruppe, Kunsthistoriker nach Neigung und Herkunft, spielte eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Kontakten mit Rom. Mit deutschen Verhältnissen und Problemen einigermaßen vertraut, legte er im Kriege einen detaillierten Plan der Aufteilung Deutschlands vor: „Les tronçons du serpent“, 1915. Nach dem Kriege trennte er sich von seinen bisherigen Freunden wegen taktischer und persönlicher Differenzen. Sein Buch „Vingt ans d'Action française et autres Souvenirs“, Paris 1926, ist die wichtigste Quelle für die inneren Verhältnisse der Action française und gibt vor allem eine sehr scharfe, von Haßliebe bestimmte Charakterisierung Maurras' („... il portait sur un nihilisme absolu ... il n'avait d'estime que pour lui ... l'orgueil le plus aveugle, le plus déchainé que j'aie jamais vu ... Maurras était la dispersion, l'ajournement, le retard et l'oubli.“ (S. 350–357)

⁴⁹ Auch Pierre Lasserre, dessen Buch „Le romantisme français“, 1907, einen stupenden Erfolg hatte und trotzdem ein Standardwerk literarischer Kritik blieb, trennte sich später von der Action française.

⁵⁰ Gekürzter Wiederabdruck in „Au signe de Flore“, S. 157 ff.

vokatorischer Weise „Chaire du Syllabus“ genannt). So hob sie ihren intellektuellen Charakter hervor und unterstrich ihren Anspruch, eine eigene und neuartige Doktrin entwickelt zu haben. Im Jahr zuvor war die „Ligue d'Action française“ gegründet worden, das organisatorische Grundgebäude der Anhängerschaft. Schon durch ihren Namen verzichtet sie auf den Charakter, „Partei“ zu sein, und stellt sich in die Tradition der großen Massen- und Straßenbewegungen wie der Patriotenliga *Déroulèdes*⁵¹. In ihrer Verpflichtungsformel schwören die Ligueure, die Sache der Monarchie zu fördern „par tous les moyens“.

Anfang 1908 ist die Action française zwar schwerlich schon eine politische Macht, wohl aber eine geistige Potenz von erheblicher Ausstrahlungskraft, deren Einfluß sich in ganz Frankreich und hier und da auch in Italien bemerkbar macht.

VON DER GRÜNDUNG DER TAGESZEITUNG BIS ZUM KRIEGSENDE

Mit der Gründung der Tageszeitung im März 1908 trat die Action française in eine neue Phase. Sie war jetzt nicht mehr zu übersehen. Für zwanzig Jahre markierte sie hinfort den Punkt der äußersten Rechten in Frankreich, und ihre Zeitung war unter dem Chefredakteur Léon Daudet das heftigste, lauteste, aggressivste aller politischen Presseorgane des Landes. Zwar isolierte sie ihr Royalismus, aber er machte sie auch gefürchtet. Immer noch konnte die Republik der Armee keineswegs sicher sein. In aller Öffentlichkeit durfte Maurras 1910 zusammen mit zwei hohen Offizieren (die allerdings anonym blieben) bis in alle Einzelheiten die Möglichkeiten eines Gewaltstreichs gegen das Regime erörtern („Si le coup de force est possible“). Es sind die „Réflexions sur la Violence“ der Rechten; und wenn sie weniger bekanntgeworden sind als die berühmten Aufsätze Sorels, so sind sie in Wahrheit für die Zeit weitaus bezeichnender. Sie zielen mit aller Entschiedenheit auf die Ergreifung der politischen Macht ab, sie geben in ersten Umrissen das Rezept für den „Marsch auf Rom“, während die violence Sorels im Grunde ganz unpolitisch ist und dem Zweck dienen soll, das Leben scharf und wach zu halten und der Degeneration des Kapitalismus entgegenzuwirken.

Zwar fand sich nie der „Monk“, der hilfreiche General, nach dem Maurras so sehnsüchtig Ausschau hielt. Dennoch blieb die neue Gewaltsamkeit nicht bloß verbal.

Im Winter 1908/1909 wurde an der Sorbonne ein *cours libre* eines Gymnasialprofessors namens Thalamas angekündigt, der Jeanne d'Arc „beleidigt“ haben sollte. Zur ersten Vorlesung erscheint eine Gruppe der kürzlich gegründeten „Camelots du Roi“⁵² unter Führung von Maurice Pujo, pfeift den Professor aus, bewirft ihn mit mancherlei Projektilen, schließlich springt einer aufs Katheder

⁵¹ Vgl. René Rémond, *La Droite en France de 1815 à nos jours*, Paris 1954, S. 199 ff.

⁵² Diese „Camelots“ verkauften ursprünglich die Action Française an den Kirchentüren. Daher der Name (Straßenhändler des Königs). Eine sehr breite Darstellung ihrer Anfangszeit gibt Maurice Pujo, *Les Camelots du Roi*, Paris 1933.

und ohrfeigt den Wehrlosen auf brutale Weise. Der Kurs muß in den folgenden Wochen unter dem Schutz der Polizei abgehalten werden. Aber die Camelots finden immer neue Möglichkeiten der Störung. Sie randalieren unter den Fenstern des Hörsaals, prügeln sich mit gegnerischen Studenten, verwirren die Polizei durch Schweigemärsche. Pujo dringt mit einigen Genossen in einen anderen Hörsaal ein, weist dem erstaunten Professor die Tür und hält eine Lobrede auf Jeanne d'Arc. Die Strafen sind geringfügig, man betrachtet sie halb als Martyrium, halb als Abenteuer. Am zweitletzten Vorlesungstage dringt man nach einer generalstabsmäßig exakten Vorbereitung trotz der scharfen Polizeibewachung in den Hörsaal ein und verprügelt den Dozenten auf dem Katheder. Und der Staat und die Universität geben tatsächlich nach, die Vorlesung wird nicht zu Ende geführt.

Das ist kein bloßer Studentenuk mehr, trotz aller Züge, die der Opera buffa entnommen sein könnten. Und diese Gewalttätigkeit steht nicht allein.

Bis zum Kriege führt die Action française eine wütende Kampagne gegen die angeblich illegale Rehabilitierung Dreyfus' durch den Kassationsgerichtshof 1906⁵³. Ein Camelot schreit inmitten einer Sitzung den Richtern des höchsten Gerichts laut „Verräter“ ins Gesicht.

Die Comédie française will ein Stück von Henry Bernstein aufführen. Der aber ist Deserteur gewesen. Daher verhindert die Action française die Aufführung mit Gewalt.

Überall in Frankreich werden die Standbilder der bedeutendsten Dreyfusards zerstört oder verstümmelt. Die Polizei kann oder will sie nicht schützen.

Ein Kellner, der mit der Action française sympathisiert, ohrfeigt den Präsidenten der Republik auf offener Straße. Maurras weist in seiner Zeitung mit scharfer Logik nach, richtig und in der Tiefe betrachtet sei das Staatsoberhaupt der Angreifer gewesen.

Es ist unübersehbar, daß inmitten aller unernsten oder scheinbar harmlosen Züge die Grundstruktur der faschistischen Gewalttätigkeit deutlich genug hervortritt: sie ist organisiert, nicht elementar; brutal, nicht von wilder Leidenschaftlichkeit; sie will den Gegner nicht nur ausschalten, sondern physisch demütigen und moralisch diffamieren; sie greift selbst die Grundlagen und Heiligtümer des bürgerlichen Daseins, Justiz, Wissenschaft, Kunst, unmittelbar und direkt an, sofern sie ein höheres Interesse in Frage zu stellen scheinen: sie kommt stets post festum, wenn der Angriff des Gegners schon an Kraft verloren hat; sie ist mehr Rache und „Strafexpedition“ als Selbstbehauptung; sie übernimmt kein großes Risiko und vollzieht sich nur unter einem gewissen Wohlwollen des Staates und der Polizei.

Diese Elemente sind in ihrem Komplex ganz neuartig; sie können weder mit der völlig anders gearteten Gewalttätigkeit der Linken noch mit den turbulenten, instinktiven und anarchischen Massenregungen der Boulanger-Krise oder der antisemitischen Agitation verglichen werden.

⁵³ Es handelte sich um die umstrittene Auslegung des § 445 des Code d'Instruction Criminelle. Der Kassationsgerichtshof hob das Urteil auf, ohne den Fall zu erneuter Verhandlung an das Kriegsgericht zurückzuverweisen.

Ein ganz neuartiges Moment brachte die Action française auch durch ihre Einstellung zu religiösen Fragen in die Politik. Wohl hatten weltliche Parteien längst versucht, ihre Position durch die Unterstützung der katholischen Kirche zu verbessern – das bezeichnendste Beispiel war das ängstliche Einlenken des von Thiers geführten antiklerikalen Bürgertums unter dem Eindruck der Revolution und die Entstehung des kirchenfreundlichen Schulgesetzes (Loi Falloux) 1850⁵⁴ –; aber es war schlechthin ohne Beispiel, daß eine politische Gruppe, an deren Spitze Atheisten und Agnostiker standen, den Katholizismus als wertvollstes Grundelement Frankreichs über die Maßen pries und mit Hartnäckigkeit und Geschick den „Syllabus“ verteidigte, jene Kriegserklärung der Kirche an die moderne Gesellschaft, von der selbst gute Katholiken nicht sehr gern zu reden pflegten⁵⁵.

Aber die Kirche stand in einem hartnäckigen und schwierigen Kampf gegen den Modernismus, und sie hatte wenige Verbündete. Der Vatikan war die einzige Weltmacht, von der die Action française schon 1910 ganz ernst genommen wurde. Maurras hatte gute und hochgestellte Freunde in der römischen und der französischen Hierarchie⁵⁶. Pius X. selbst verbarg seine Sympathien nicht; als er Maurras' Mutter in Audienz empfing, sagte er ihr über ihren Sohn: „Je bénis son oeuvre⁵⁷.“ Die Verurteilung des Sillon, d. h. der Anfänge der später so mächtigen christlichen Demokratie, war ein gemeinsames Werk. Maurras hatte sie durch unablässige Polemik vorbereitet, der Vatikan vollzog sie. Das päpstliche Schreiben über den Sillon läßt an manchen Stellen die Frage legitim erscheinen, ob die Wendungen nicht nahezu wörtlich aus Maurras übernommen seien. Als Maurras das Schreiben im Anhang zu seinem Buch über Sangnier triumphierend veröffentlichte, übersah er allerdings einen wichtigen Umstand: der Sillon wurde auch deshalb verurteilt, weil in ihm Katholiken mit Ungläubigen zusammenarbeiteten. Und war nicht die Action française in derselben Lage?

Und sie wurde auch in der Tat verurteilt. Wenn sie in Rom Freunde hatte, so hatte sie auch mächtige Feinde, und nichts war weniger erstaunlich als das. Denn man mochte Marc Sangnier vorwerfen, was man wollte; eines ließ sich nicht in

⁵⁴ Vgl. Waldemar Gurian, *Die sozialen und politischen Ideen des französischen Katholizismus 1789–1914*, M. Gladbach 1929, S. 205.

⁵⁵ Verteidigung des Syllabus: „La Politique Religieuse“, 3. Aufl., 1914, S. 141 ff.

⁵⁶ In erster Linie sind der Kurienkardinal Billot und der Erzbischof von Montpellier, Kardinal de Cabrières, zu nennen. Kardinal Billot, französischer Jesuit, war einer der entschiedensten Kämpfer gegen den Modernismus, er trat in der Krise von 1926 unzweideutig für die Action française ein, mußte den Purpur ablegen und starb als eine Art Gefangener in einem Kloster bei Rom. (Vgl. Adrien Dansette, *L'Action française et le Vatican*, „Esprit“ XIX [1951], S. 275–299, 446–458, S. 450) Kardinal de Cabrières besuchte Versammlungen der Action française („Tombeaux“, S. 293) und Kurse am Institut d'Action Française (Dimier a. a. O., S. 100). Er tat öffentlich die Äußerung „Je suis très Action française“ (ebenda). Sie waren aber keineswegs die einzigen. Noch Ende 1926 waren nach dem Urteil eines Kenners von 17 französischen Kardinälen und Erzbischöfen 11 der Action française günstig gesinnt (Dansette, a. a. O., S. 448).

⁵⁷ „Le bienheureux Pie X., sauveur de la France“, Paris 1953, S. 52.

Abrede stellen: daß er ein leidenschaftlicher und aufrichtiger Sohn der Kirche war. Maurras aber hatte über den Katholizismus Thesen aufgestellt, gegen die die Kirche um so empfindlicher sein muß, je mehr eine säkularisierte Blickweise nur noch Organisationsformen und politische Tendenzen an ihr wahrnimmt. Daher verurteilte die Indexkongregation mehrere Bücher von Maurras. Pius X. unterschrieb das Dekret, behielt sich aber die Veröffentlichung für einen späteren Zeitpunkt vor. „Damnables, non damnandos“, soll er Maurras' erste Bücher genannt haben⁵⁸. Das heißt offenbar: die Kirche betrachtet die Action française als wertvolles, wenngleich unreines Mittel, das sie nicht aus der Hand geben will, bevor es seine Dienste getan hat. Aber war nicht auch für Maurras die Kirche ein Mittel, und leidet nicht jede Institution Schaden an ihrer Seele, die sich von einer andersartigen ohne Widerstand als Mittel auch nur ansehen läßt? Eine ungeheure Zweideutigkeit überschattete also das Verhältnis von Action française und Katholischer Kirche bereits in jenen glücklichen Tagen.

Zweideutig, überdies erfolglos, blieb auch der Versuch eines Bündnisses mit einer anderen großen Macht, einer ganz jungen und kaum schon konstituierten, aber außerordentlich zukunftsreichen Macht: dem Syndikalismus. Die Umstände begünstigten ein verwandeltes Wiedererstehen jener ursprünglichen national-sozialistischen Gedankengänge Henri Vaugois'⁵⁹; die Mitarbeit des hochbegabten Arbeitersohnes Georges Gressent-Valois⁶⁰ an der „Action Française“ gab den unmittelbaren Anlaß. Die gemeinsame Feindschaft gegen die Republik war Fundament und Ausgangspunkt. Unter dem Protektorat von Maurras fanden sich Anhänger der Action française und Schüler Georges Sorels zu einem „Cercle Proudhon“ zusammen, der über seine eigenen „Cahiers“ verfügte und in dessen erster Déclaration es in eigenartiger Vermischung sozialistischer und nationalistischer Gedankengänge heißt: „La démocratie est la plus grande erreur du siècle passé . . . (elle) a permis, dans l'économie et dans la politique, l'établissement du régime capitaliste, qui détruit dans la cité ce que les idées démocratiques dissolvent dans l'esprit, c'est-à-dire la nation, la famille, les moeurs, en substituant la loi de l'or aux lois du sang“⁶¹.

Sorels' Lieblingsschüler Edouard Berth hat später die These aufgestellt, hier im

⁵⁸ Ebenda, S. 71.

⁵⁹ 1908 verteidigte die A. F. streikende Arbeiter gegen harte Maßnahmen Clemenceaus, auf der anderen Seite hatten einige Syndikalisten die Büste der Republik an der „Bourse du Travail“ von Paris voller Empörung zum Fenster hinausgehängt. („Pour un jeune Français“, Paris 1949, S. 127)

⁶⁰ Georges Valois (Alfred Georges Gressent) ist der einzige unter den Führern der Action française, der nach Herkunft und dem Charakter seiner Bildung mit Mussolini verglichen werden kann. Seine grobschlächtige „Philosophie der Autorität“, mit der er als 25jähriger 1905 hervortrat („L'homme qui vient“) ist ein eigenartiges Gemisch aus Nietzsche, Maurras, Sorel und Christentum. Nach dem Weltkrieg brach er mit Maurras, gründete die erste politische Gruppe in Frankreich, die Mussolini nachahmte („Le Faisceau“ 1925) und wandelte sich schließlich zum Demokraten. Wichtig sind seine Erinnerungsbücher „D'un siècle à l'autre“, 1924, und „L'homme contre l'argent“, 1928.

⁶¹ „L'Action française et la religion catholique“, S. 485.

Cercle Proudhon sei „fascisme avant la lettre“⁶² gemacht worden. Das ist übertrieben. Faschismus ist nicht bereits eine Summe theoretischer Überzeugungen, er ist ein System von einer gewissen Konsistenz, eine gewisse Einheit von Lehre und Praxis, von Organisationsform und Handlungstendenz. Kein faschistisches System ist anders als in verbalem Sinne antikapitalistisch gewesen, aber jedes hat eine genuine national-sozialistische Tendenz erfolglos in sich gehabt: so ist das Scheitern des Cercle Proudhon – das sich schon in Maurras' unverhüllter Abneigung gegen Proudhon und seinem Festhalten am paternalistischen Korporativismus de La Tour du Pins abzeichnete – noch charakteristischer als seine Existenz, so interessant und bedeutungsreich sie gewesen sein mag.

Und es gab für die Action française Dinge, die wichtiger waren als schwer durchsichtige sozialpolitische Experimente. An allererster Stelle stand die Kriegsvorbereitung.

1908 regierten Clemenceau und Picquart, aber die Ära Poincaré-Barthou zeichnete sich schon ab. Die Öffentlichkeit beunruhigte sich mehr und mehr über die Vernachlässigung der Rüstungen durch die Regierung der siegreichen Dreyfusards – die in der Tat nicht daran hatten interessiert sein können, eine Armee zu stärken, die sie auch in den Tagen ihrer höchsten Macht nicht fundamental reformieren können. Unablässig brachte die ‚Action Française‘ das Mißverhältnis der Militärausgaben in Deutschland und Frankreich zur Sprache, unablässig zog sie gegen Jaurès und seine „Germanophilie“, seine pazifistischen und humanitären „Wolken“ zu Felde, wies auf die kaisertreue und nationalistische Natur der deutschen Sozialdemokratie hin; mit rasender Heftigkeit führte Léon Daudet seinen Feldzug gegen die deutsch-jüdische Spionage in Frankreich⁶³. 1910 veröffentlichte Maurras sein Buch „Kiel et Tanger“, das vielleicht sein bekanntestes Werk geworden ist, eine scharfsinnige Analyse der internationalen Politik und eine leidenschaftliche Aufforderung zu Kontinuität und Entschlossenheit der außenpolitischen Aktion⁶⁴. Als 1913 die dreijährige Dienstzeit eingeführt wurde, gingen Ligue d'Action française und Camelots du Roi auf die Straße und zerschlugen, was sich an tätigem Widerstand der Linken regte.

Gerechterweise muß man zugestehen, daß diese Kriegsvorbereitungen der Action française keiner Vorliebe für den Krieg als solchen entsprangen und nicht die Entfesselung eines Angriffs zum Ziel hatten. Es handelte sich dabei auch nicht um eine isolierte Erscheinung: „Das Wiedererwachen des französischen Stolzes“⁶⁵ war ein Werk vieler Männer und vieler Richtungen. Nichts ist bezeichnender für

⁶² Vgl. Michael Freund, Georges Sorel. Der revolutionäre Konservatismus, Frankfurt 1932, S. 231.

⁶³ Léon Daudet, L'Avant-Guerre, Etudes et documents sur l'espionnage juif-allemand en France depuis l'affaire Dreyfus, 1913.

⁶⁴ Maurras hat an der so erfolgreichen Bündnispolitik Frankreichs jedoch keinerlei Anteil, da seine Konzeption Frankreich grundsätzlich nicht als „Alliierten“, sondern nur als souveränen Meister der Manipulation temporärer Situationen zu begreifen wußte. In diesem Sinne konnte er sogar eine Allianz mit Deutschland ins Auge fassen.

⁶⁵ Titel eines Buches von Etienne Rey („Le réveil de l'orgueil français.“).

seinen überpersönlichen Charakter als die Entwicklung Péguy's vom prinzipiellen Antimilitarismus bis zu dem grauenvollen Wort: „Jaurès sur la charrette“⁶⁶. Aber es war ein Fundamentalsatz von Maurras' Lehre, daß der Krieg ein ewiges Element des menschlichen Daseins sei, und ein vom Gedanken geschärftes Sehen hatte ihn das heraufziehende Unheil vorbereiten lassen, während Jaurès es noch bekämpfte. Als der Krieg hereinbrach, konnte Maurras sagen: „Ich habe es gesehen und gesagt.“ Aber er konnte es doch nur sagen wie ein Prophet, der den Blitz verkündete und vorher eine Eiche pflanzte.

Am 31. Juli, dem Tage der deutschen Mobilmachung, erschloß ein halbverrückter Fanatiker den großen sozialistischen Volkstribun, der die Hoffnung seines Lebens, Republik und Kaiserreich könnten im Einvernehmen bleiben, bis das weltrettende Bündnis der sozialistischen Demokratien Frankreich und Deutschland sich herstelle, zerstört sah und sich doch noch leidenschaftlich an eine letzte Hoffnung klammerte. Maurras hat den Vorwurf, er habe Jaurès erschießen lassen, immer zurückgewiesen und behauptet, der Mörder sei ein Anhänger Marc Sangniers gewesen⁶⁷. Aber nicht Sangnier konnte diesem den todbringenden Haß eingeflößt haben, und Maurras blieb in den Augen der Sozialisten, zum mindesten moralisch, der Mörder Jaurès'. Und damit nahm die Stunde ihres Triumphes der Action française zugleich für immer die Möglichkeit, mit den großen Volksmassen in ein positives Verhältnis zu treten.

Der Krieg, so tief er in den Bestand der Action française eingriff, so sehr er auch für die Zurückbleibenden die Entfaltung äußerster Energien hervorrief, war für die politische Geschichte der Action française doch ein Ruhepunkt. Einbezogen in den Burgfrieden, hatte sie keine eigene Politik mehr, wenn sie auch die gemeinsame Politik am entschiedensten und unerbittlichsten verfolgte. Beträchtlich war ihr Anteil an der Kriegspropaganda. Maurras veröffentlichte (u. a.) eine Sammlung von Aufsätzen aus den Jahren 1890–1905 unter dem Titel „Quand les Français ne s'aimaient pas. Chronique d'une renaissance“; Erinnerung, Warnung, Aufruf schon im Titel. Unvergleichlich folgenreicher in der öffentlichen Meinung aber war das Erscheinen von Bainvilles „Histoire de deux peuples“, das wie alle Bücher Bainvilles in Riesenaufgaben verbreitet wurde und wie kaum ein anderes dazu beitrug, die revolutionär-demokratisch-sozialistische Sicht der Außenpolitik zu erschüttern und die Überzeugung zu befestigen, daß die Zerstückelung und Ohnmacht Deutschlands die Voraussetzung für Frankreichs Frieden und Größe sei. Vor allen Dingen aber jagte die Action française Verräter. Sie hörte nicht auf, die Sozialisten mit mißtrauischen Blicken zu betrachten, und in der Tat gelang es ihr, die große Spionageaffäre um die sozialistische Zeitung „Le Bonnet Rouge“ ins Rollen zu bringen und dadurch einen ihrer meistgehaßten Feinde, den „Anarchi-

⁶⁶ Vgl. Romain Rolland, Péguy, S. 318.

⁶⁷ „Le bienheureux Pie X...“, S. 204. Es könnte merkwürdig scheinen, daß Maurras den idealistischen Sozialisten Jaurès viel mehr gehaßt hat als den orthodoxen Marxisten Guesde. (Vgl. „De la colère à la justice“, Genf 1942, S. 195) Aber Maurras' Empfindungen sind wohl nur ein Reflex der unterschiedlichen Wirkungsmacht der beiden.

sten“ Vigo-Almeryda, auszuschalten. Als ein veränderter Clemenceau endlich die Regierung übernahm, erwies es sich, daß der jakobinische und der ‚integrale‘ Nationalismus in der Stunde der Gefahr einander sehr gut zu verstehen vermochten: die Action française leistete dem Diktator bedeutende Hilfe, als er sich mit fragwürdigen Methoden einiger seiner ehemaligen politischen Freunde entledigte (Caillaux, Malvy); Clemenceau blieb bis an sein Lebensende von aufrichtiger Hochachtung für die Action française erfüllt. Maurras, nie sehr zurückhaltend in der Selbsteinschätzung, sagte später, Clemenceau habe die Politik der Action française gemacht und dadurch, d. h. durch antidemokratische und monarchistische Methoden, den Sieg errungen⁶⁸. In gewisser Hinsicht ist das zweifellos richtig. Aber Maurras legte sich nicht die Frage vor, ob nicht am Ende diejenige Verfassungsform die stärkere sei, die unter bestimmten Umständen sich bis zum Gegenteil ihrer selbst zu wandeln vermöge, während die Gegnerin unverändert nur sich selbst ähnlich zu sein bestimmt sei.

VOM ENDE DES KRIEGES BIS ZUR VERURTEILUNG DURCH ROM

Nach dem alliierten Siege – der vielen ein französischer Sieg zu sein schien – stand das Ansehen der Action française auf dem Höhepunkte. Niemand konnte ihren Anteil am Triumph verkennen oder verkleinern. Durch das Schwergewicht ihrer Position selbst – der der äußersten Rechten innerhalb des nunmehr entschiedenen ‚rechts‘ orientierten Landes – mußte ihr Einfluß beträchtlich sein.

Dennoch bedeutete das Kriegsende für die Tendenz, die sie selbst als ihre wesentlichste zu betrachten geneigt war, wohl endgültig das Todesurteil. Aus einer Niederlage hätte die monarchistische Restitution hervorgehen mögen, wie sie schon 1815 aus ihr entstanden war, ihr 1871–73 ihre flüchtige Chance dankte: die siegreiche Republik schien Maurras' Thesen so handgreiflich widerlegt zu haben, daß eine royalistische Restauration seither nie wieder zur realen Möglichkeit wurde. Der Royalismus paralyisierte also die Stärke der Position und wurde die unübersteigbare Schranke, die die Action française von jeder Teilnahme an der politischen Macht ausschloß.

Aber auch die allgemeinere Bedeutung, die der Action française als dem Paradigma einer übernationalen Tendenz zuzuschreiben ist, ging jetzt verloren. Die nachgeborenen Vетtern in Italien und Deutschland entwickelten sich (unter günstigeren Bedingungen) mit staunenswerter Kraft und ließen ihr bald nur noch einen Platz im Schatten übrig. Was besagte es schon, daß Léon Daudet im Parlament zeitweise die ganze Rechte tyrannisierte und hektisch nach dem Staatsgerichtshof für Briand rief? Zur gleichen Zeit beglückwünschte ein erfolgreicherer Antiparlamentarist spöttisch die Kammer in Rom, daß er sie nicht zum Biwak seiner siegreichen Truppen gemacht habe. Was hieß es schon, daß Maurras 1925, als einige Anhänger der Action française ermordet oder bei Zusammenstößen getötet worden

⁶⁸ Vgl. „Enquête sur la monarchie“, Discours préliminaire, S. XLVI ff.

waren, dem Minister des Innern, einem Juden, in einem offenen Brief drohte, er werde ihn niederschließen lassen wie einen Hund, falls die Polizei nicht wirkungsvollere Schutzmaßnahmen ergreife⁶⁹. Bald wird die Welt, mit dem Potempa-Brief etwa, ganz andere Beispiele ungestrafter Herausforderung der Staatsgewalt erleben. Was bedeutete es schließlich, wenn die Jura-Studenten der Sorbonne unter Führung der Action française dem Minister in einer Detailfrage gewaltsam ihren Willen aufzwingen? Was 15 Jahre zuvor als erstes Donnergerollen ferne Eruptionen ankündigte und deshalb ein legitimes Interesse in Anspruch nehmen konnte, war im Unwetter der Nachkriegszeit nur noch ein kleinliches Ereignis von bloß lokaler Wichtigkeit. Kein Zweifel: mit der Action française ging es zurück, weil es nicht mehr vorwärts ging⁷⁰.

Dennoch wäre es nicht richtig, in der Action française für den Rest ihrer Lebenszeit nur noch ein lokal-französisches Phänomen zu sehen. Die Situationen, in denen sie sich bewegt, bleiben von paradigmatischer Natur; und da sie vornehmlich geistigen Charakter haben, von Rücksichten staatspolitischer Zwecke und Verantwortlichkeiten entfernt sind, ist ihr Erkenntniswert um so größer. Die Action française hat sich noch auseinanderzusetzen:

1. mit dem Siege des eigenen Volkes über den verhaßten Hauptgegner. Es ist eine Lage, in die Mussolinis Italien gar nicht oder doch nur (1940) auf beiläufige und unechte Weise gerät, in der das nationalsozialistische Deutschland sich für Augenblicke nach den ersten Erfolgen über die Sowjetunion befindet;

2. mit dem Widerstand der konservativen Macht, in deren Schatten sie aufgewachsen war. In vergleichbarer Situation wird Mussolini gestürzt, Hitler setzt sich durch;

3. mit dem Einbezogenwerden in das Gravitationszentrum einer stärkeren, zugleich verwandten und feindlichen Macht: Geschick Italiens seit 1935;

4. mit dem eigenen Siege, der mit der Niederlage der Nation im Ausgangs- und Endpunkt zusammenfällt. Es ist in ganz grotesker Verkürzung der Charakter sowohl der faschistischen wie der nationalsozialistischen Herrschaft. (Vor dem Faschismus lag zwar der italienische Sieg im Weltkrieg, aber sein Ausgangspunkt war eine Interpretation, die das Ergebnis der Friedensverhandlungen als Niederlage auffaßte; Endpunkt Vichys war nach allgemeiner Auffassung zwar der Sieg Frankreichs, für Maurras' Verständnis aber eine Niederlage der Nation, und er war in der Tat eine Niederlage des Teiles der Nation, der sich in Pétain vertreten sah);

5. mit der eigenen, eklatanten und hoffnungslosen Niederlage. Es ist die Endsituation der Action française, des Faschismus und des Nationalsozialismus und *nur* dieser drei von allen Richtungen, die man im weitesten und vorläufigen Sinne „faschistisch“ nennen und für originelle Phänomene halten kann. Diese Auseinandersetzung vollzieht allein die Action française (weil nur ihr Chef, der lange schon, wie Hitler und Mussolini nach ihm, die Bewegung *ist*, die Niederlage über-

⁶⁹ „Lettre à Schrameck“, Dictionnaire Politique et Critique, Bd. IV, S. 55 ff.

⁷⁰ Keinesfalls ist für dieses Zurückgehen der politisch-soziale Strukturunterschied gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus der einzige Grund. Ebensowenig darf er allein in der Tatsache des französischen Sieges gesehen werden.

lebt). Eine vergleichbare Gelegenheit bietet sich Mussolini für kurze Zeit während der Repubblica di Salò.

Schon die Auseinandersetzung mit dem Triumphe der Nation barg die Keime der künftigen Niederlagen in sich. Vom ersten Tage an hat die Action française mit aller Leidenschaft protestiert gegen den Gebrauch, den die Regierung und die Alliierten von dem mit so viel französischem Blut erkaufenen Siege machen wollten. „Der schlechte Vertrag“ schien ihr Frankreichs Opfer nutzlos zu machen, indem er den geschlagenen Feind zwar reize und peinige, ihn aber nicht in seinem Lebensnerv treffe, seiner nationalen Einheit selbst. Die werde zu Frankreichs Unheil von der demokratischen Tradition für unverletzbar erklärt; aus ihr aber werde mit Notwendigkeit der große Revanchekrieg erwachsen. Jacques Bainville gab in seinen „Conséquences politiques de la paix“ ein Meisterwerk populärer Analyse und politischer Prophetie. (Im nationalsozialistischen Deutschland übersetzte man dieses Buch als Beispiel für den französischen Vernichtungswillen. Man übersah, daß es im Gegenteil indirekt die Stärke einer Tradition bewies, die im Vernichtungswillen nicht das oberste Gesetz des Völkerlebens gesehen und damit Deutschlands nationale Existenz erhalten hatte.) Maurras drückte sich, wie immer, heftiger und prinzipieller aus⁷¹.

Er verlangte die sofortige Aufteilung Deutschlands in seine 26 Staaten und scheute sich nicht, einen „bolchévisme bienfaisant“⁷² für Deutschland wünschenswert zu finden. Er denunzierte die angeblich germanomanen Gefühle der französischen Sozialisten, Radikalen und Juden, machte Vorschläge, die auf die Verwandlung Deutschlands in eine Militärkolonie hinausliefen, und ließ keine Gelegenheit aus, einzuschärfen, daß die Aufteilung Deutschlands die *einzige* Möglichkeit sei, es von einem mit überwältigender Stärke geführten Revanchekrieg zurückzuhalten. Der kluge Mann war von seiner Leidenschaft wie verblendet und geschlagen: Merkte er nicht, daß er für Frankreich den Defätismus, den Zweifel an sich selbst, die moralische Entwaffnung vorbereitete für den nahen Augenblick, in dem das Irreale der Aufteilungspläne sich erwiesen haben würde? Hatte er kein Empfinden dafür, daß er Ratschläge gab, die für Frankreich faktisch und moralisch unvollziehbar waren, die aber Hitler gleichsam vorwegnahmen, wenn er vor der Konferenz von Genua hektisch rief: „Agir, agir, agir, avant que les bavards se soient réunis“⁷³?

DIE VERURTEILUNG DURCH DEN VATIKAN

Maurras hatte in der Tat kein Empfinden für die eigene Inkonsequenz. Auch nach 1925, als die deutsche Einheit gesichert, der politische und wirtschaftliche Aufstieg eingeleitet war, schwenkte er nicht etwa auf eine Politik der Bündnisse,

⁷¹ „Le mauvais traité. De la victoire à Locarno, chronique d'une décadence“, Paris 1928.

Für die Forderung, Berlin zur Freien Stadt zu machen, dürfte Maurras die absolute Priorität in Anspruch nehmen können („Action Française“, 7. April 1915).

⁷² A. a. O. (Traité), Bd. I, S. 55.

⁷³ A. a. O., Bd. II, S. 107.

der kollektiven Sicherheit oder gar der Versöhnung mit Deutschland ein, sondern wollte immer noch Frankreichs Kraft allein vertrauen und in der Action française die wichtigste Stütze dieser Kraft erblicken. Zum Teil erklärt sich dadurch sein Verhalten in der schwersten inneren Erschütterung, die die Action française je erlebte, ihrer Verurteilung durch den Vatikan⁷⁴.

Die Geschichte dieser Verurteilung ist voll dunkler und schwer verständlicher Züge, so sehr der Vorgang selbst seine überzeugende Notwendigkeit besitzt. Im einzelnen ist der Brief des Erzbischofs von Bordeaux, Kardinal Andrieu, an die Jugend seines Bistums, der die erste Stufe der Verurteilung darstellt, alles andere als ein Meisterwerk gründlicher und gerechter Analyse. Im ganzen jedoch zeichnet er den strittigen Punkt mit völliger Klarheit: „Catholiques par calcul et non par conviction, les dirigeants de l'Action française se servent de l'Eglise, ou du moins ils espèrent s'en servir, mais ils ne la servent pas, puisqu'ils repoussent l'enseignement divin qu'elle a mission de propager.“

Die Kirche befindet sich der Action française gegenüber in der Tat in einer sehr eigenartigen Lage. Sie ist weder eine kirchenfeindliche Lehre, die von außen, in offener Kampfposition, verurteilt werden könnte, wie Liberalismus und Sozialismus, noch ist sie eine Sekte im Schoß der Kirche selbst, die abweichende Lehrmeinungen vertritt. Wo es um Lehren geht, ist sie kaum zu fassen. Die berühmte Forderung: „politique d'abord“ muß nicht notwendig im axiologischen Sinne verstanden werden. Das ebenso berühmte und berüchtigte Postulat: „par tous les moyens, même légaux“ kann durch eine Unterscheidung der Begriffe „illegal“ und „illegitim“ entschärft werden. Das ganze übernatürliche Lehrgebäude der Kirche läßt man mit höflicher Gebärde dahingestellt sein; was in Maurras' frühen Schriften an radikaler Feindschaft gegen das Christentum zutage getreten ist, kann als bloße Privatmeinung abgetrennt werden. Die Kirche ist daher in einer schwierigen Position. Immer mußte sie gegen Ungläubige kämpfen, die sie bekämpften; hier hat sie es mit Ungläubigen zu tun, die sie unterstützten und deren Unterstützung sie lange Zeit hindurch akzeptiert hatte. Es rächt sich, daß Pius X. zwischen „damnabilis“ und „damnandus“ unterschieden hatte. Wenn sie aus Politik eine Verurteilung unterließ, mußte nicht am Ende die Verurteilung als bloße Politik erscheinen?

Deshalb war es für die Kirche schwierig, sich von ihren neuartigen Freunden zu befreien. Deshalb vollzog sich die Verurteilung in Stufen und stützte sich in ihrer letztgültigen Formulierung auf Vorgänge während dieses Prozesses selbst.

Im September 1926 richtete Papst Pius XI. zunächst an den Kardinal Andrieu

⁷⁴ Zum folgenden vgl. Adrien Dansette a. a. O. Die wichtigste Literatur: Charles Maurras – Léon Daudet, *Les pièces d'un procès. L'Action française et le Vatican*, 1927; J. Maritain u. a., *Pourquoi Rome a parlé*, 1927; M. Pujo, *Comment Rome est trompée*, 1929; J. Maritain u. a., *Clairvoyance de Rome*, 1929. Polemik eines scharfen Gegners: A. Luga, *La fin d'une mystification. L'Action française, son histoire, sa doctrine, sa politique*, Paris 1928. (1959 kam es zur Aufhebung des Verbotes der Zeitung. Maurras verstand sie, zu Recht oder zu Unrecht, als Symptom einer antikommunistischen Sammlung. Sein Brief an den Papst von 1937, in dem er Pius XI. für dessen „belle croisade“ gegen den Kommunismus dankt, ist ein abstoßendes Dokument. Nennenswerte politische Bedeutung kam diesen Vorgängen nicht mehr zu).

ein Schreiben, das ihn zu seiner Initiative beglückwünschte. Er legte seinerseits den Akzent auf die fragwürdige Atmosphäre innerhalb der Action française, die die Gläubigen „unmerklich“ vom wahren katholischen Geist abzuziehen drohe. Es sei den Gläubigen nicht erlaubt, „blindlings“ den Führern der Action française zu folgen, sofern es sich um Dinge der Moral oder des Glaubens handle.

Ein Ausgleich schien also noch möglich zu sein. Jacques Maritain, aufgehender Stern am Himmel der Neuscholastik und seit langem Verehrer von Maurras, machte in seinem Büchlein „Une opinion sur Charles Maurras“ Vorschläge zur Vermittlung, die von einigen Bischöfen begrüßt wurden. Aber zwischen ‚Osservatore Romano‘ und ‚Action Française‘ entspann sich eine Polemik, in der Maurras, wie stets nicht zimperlich, die ganze Frage ausschließlich unter politischen Aspekten sah und mit heftigen Worten eine angeblich deutsch-briandistische Verschwörung denunzierte, die den Heiligen Stuhl zu „betrügen“ versuche. Da bringt die päpstliche Ansprache vom 20. Dezember die uneingeschränkte und unzweideutige Verurteilung: „Il n'est pas permis aux catholiques d'adhérer aux entreprises en quelque sorte à l'école de ceux qui placent les intérêts des partis avant la religion et font servir celle-ci à celle-là“⁷⁵.

Und nun zeigt sich, was für Maurras Hierarchie und zweitausendjährige Weisheit bedeuten, wenn sie gegen seine eigene Einsicht und gegen seinen eigenen Willen sich stellen. Die Antwort ist ebenso unzweideutig wie die Erklärung des Papstes: „... Le père qui demande à son fils de tuer ou, ce qui revient au même, de laisser tuer sa mère peut être écouté avec respect; il ne peut pas être obéi... Nous ne trahisons pas notre patrie. Non possumus“⁷⁶.

Es ist eine Antwort, die ebensowohl von schlechtem Geschmack und völliger Respektlosigkeit wie von maßloser Selbstüberschätzung zeugt. Damit ist das Tisch Tuch zerschnitten. Die ‚Action Française‘ wird hinfort „das antiklerikalste Blatt Frankreichs“⁷⁷, das selbst vor Angriffen auf die Person des Papstes nicht zurückschreckt. Die Kirche zieht den Schlußstrich im März des folgenden Jahres: der französische Episkopat billigt fast einmütig das Vorgehen des Papstes⁷⁸, die unbußfertigen Mitglieder der Action française werden mit den schwersten Kirchenstrafen bedroht. Es folgt eine Reihe individueller Tragödien, mancher versteckte Ungehorsam innerhalb der Kirche und vor allem der Orden; aber im ganzen gelingt die Operation. Die Kirche erweist sich damit als die einzige etablierte und konservative Macht, die sich fähig zeigt, mit ihren neo-konservativen Freunden aus eigener Initiative zu brechen, sich von der gefährlichen Schlingpflanze zu befreien, die in ihrem Schatten und Wurzelgrunde großgeworden war. (Als der Graf von Paris 1937 das gleiche tat, hatte die Monarchie eine selbständige Kraft längst nicht mehr aufzuweisen.) Das Unbefriedigende, schließlich Brutale des Prozesses der Verurteilung war der Preis, den die Kirche für ihr langes Zögern und Warten zu bezahlen hatte.

⁷⁵ Dansette a. a. O., S. 293.

⁷⁶ Havard de la Montagne, a. a. O., S. 123.

⁷⁷ Dansette a. a. O., S. 447.

⁷⁸ Vgl. S. 144 mit Anm. 56.

VON DER VERURTEILUNG DURCH DEN VATIKAN BIS ZUR
NIEDERLAGE FRANKREICHS

Damit war die Situation der Action française abermals tief verwandelt. Nahm ihr der seit 1918 zahnlose Royalismus die Möglichkeit, sich über die ganze Rechte auszubreiten, so beraubte die Verurteilung sie zwar im allgemeinen nicht ihrer katholischen Anhängerschaft, wohl aber des Nachwuchses aus der katholischen Jugend und eines mächtigen moralischen Rückhaltes. Neue rechtsgerichtete Organisationen schossen aus dem Boden; das Beispiel des siegreichen italienischen Faschismus wirkte anfeuernd; aber die Action française konnte dieses Beispiel am wenigsten nutzbar machen, da sie als die ältere Organisation für den Faschismus selbst beispielgebend gewesen war. Die Action française erschien jetzt vielen jungen beweglichen Geistern als ein altes, starres, vertrocknetes Relikt. Was sagten Maurras' Meister Renan, Taine, Comte noch der jungen Welt? Die fühlte sich von Bergson befreit, von Gide angesprochen, von Proust begeistert. War der Positivismus nicht eine verstaubte und überlebte Größe? Verschloß sich Maurras nicht allem Lebendig-Bewegten in Literatur und Leben?

Georges Valois verläßt die Action française und gründet nach Mussolinis Vorbild sein „Faisceau“. Pierre Taittingers „Jeunesses Patriotiques“ haben einen überwältigenden Massenerfolg. In den dreißiger Jahren treten die „Croix de Feu“ des Obersten de la Rocque in den Vordergrund. Erstaunliche Erfolge erzielt der „Parti Populaire Français“ unter der mitreißenden Führung eines Renegaten des Kommunismus⁷⁹, Jacques Doriot. Der ehemalige Sozialist Marcel Déat macht seine ersten selbständigen Schritte auf der Rechten. Unter dem Volksfrontregime entsteht schließlich die „Cagoule“, eine terroristische Organisation, gegründet von einem ehemaligen Anhänger der Action française, die es wagt, ihren Ursprung spöttisch „Inaction française“ zu nennen. Alle diese Bewegungen⁸⁰ weisen mehr faschistische Züge auf als die Action française selbst, wenn man für die grundlegenden Charaktere des Faschismus hält: Turbulenz, Uniform, Geländespiel und ein entschlossenes Gesicht des dynamischen Führers nach dem Muster Mussolinis.

Inmitten dieser jungen und neuen Welt stand die Action française wie ein

⁷⁹ Wollte man eine Geschichte der Renegaten der radikalen Linken schreiben, so böte Frankreich den vielfältigsten und interessantesten Stoff: eine ununterbrochene Abfallbewegung prominenter Politiker geht von Millerand, Briand, Laval bis zu Doriot, Déat und Marion. In Italien zentriert sich alles um eine überragende Gestalt, um Mussolini, der vielleicht als einziger für seinen Übergang einen mehr als bloß empirisch relevanten Grund vorzuweisen hat. (Vgl. Ernst Nolte, Marx und Nietzsche im Sozialismus des jungen Mussolini, „Historische Zeitschrift“ 191, 2 (Okt. 1960) S. 249–335). Vor ihm schwenkten einige kleinere Geister bei der Gelegenheit des libyschen Krieges auf die „nationale“ Linie ein, in seinem Kielwasser folgte ein Mann wie Nicola Bombacci. In jedem Falle handelt es sich um Figuren dritten Ranges. In Deutschland gibt es nichts Vergleichbares. Die Renegaten der extremen Linken bleiben durchweg „links“. Wenige Tatbestände beleuchten so deutlich die Verschiedenheit des politischen Klimas in den drei Ländern. Vgl. hierzu Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert, Hamburg 1956–1957, (Zu Maurras s. Bd. II, S. 150).

⁸⁰ Vgl. Rémond a. a. O., S. 199 ff.

erratischer Block aus Urzeiten. Man kann zwar nicht im Ernst sagen, daß sie alt und träge geworden sei: sie löste den Stavisky-Skandal aus, nahm ihren redlichen Anteil am Aufstandsversuch des 6. Februar 1934, und ihre Liga wurde mit allen anderen Ligen zusammen 1936 von Léon Blum aufgelöst. Aber sie nahm nicht mehr die äußerste Rechte der politischen Welt ein und hatte längst nicht mehr das Monopol heftiger Reden und entschiedener Gesten. Und als eine unter vielen sah sie sich vor die entscheidende Frage gestellt, wie sie sich zur erfolgreichsten Bewegung der eigenen Art, zum Faschismus und dann auch zum Nationalsozialismus verhalten solle. Nur wenige machten es sich zwar so leicht wie die neugegründete kleine Gruppe der „Francisten“ Marcel Bucards, die 1934 an Mussolini und sogar Hitler Solidaritätstelegramme schickten⁸¹. Aber für die Action française war die Aufgabe die schwierigste, denn sie allein war keine Nachahmerin.

Bainville hatte in seinen Tagebüchern den Sieg des Faschismus ohne Einschränkung begrüßt, weil er in ihm die Niederlage der revolutionären sozialistischen und kommunistischen Kräfte sah⁸². Maurras drückte sich vorsichtiger aus. Er bedauerte, daß die „idéés justes“ nicht in Frankreich zum Siege gekommen seien, sondern jetzt die Stärkung Italiens herbeiführten⁸³, (dessen nationale Einigung er immer für eine katastrophales Ergebnis der törichten Politik Napoleons III. erklärt hatte). Aber er verbarg nicht, daß er nicht nur für die heilsamen Ideen Sympathien empfand, sondern auch für ihre Träger, die italienischen Nationalisten, denen die Action française ja oft genug als Vorbild oder Anregung gedient hatte. Einer vollen Zustimmung stand aber offenbar die Person Mussolinis im Wege, der ihm als alter Revolutionär verdächtig blieb.

Die Zweideutigkeit wurde manifest, als Italien seinen Kolonialkrieg gegen Äthiopien führte. Mit der ganzen Presse der Rechten stürzte sich Maurras in einen erbitterten Kampf gegen die in Genf beschlossenen Sanktionen. Als 140 Parlamentarier der Linken eine Verschärfung der Sanktionen forderten, bedrohte Maurras sie öffentlich und unzweideutig mit dem Tode⁸⁴. Er hat immer behauptet, ausschließlich nationale Motive, keinerlei Vorliebe für die faschistische Ideologie seien für ihn maßgebend gewesen. Nur das Bündnis Frankreichs mit Rom hätte Hitler bändigen können; nur die ideologische Verblendung der Linken habe dieses fundamentale Postulat nationaler Politik übersehen können. Aber das sogenannte „Manifest der französischen Intellektuellen“⁸⁵ vom 4. Oktober 1935, von der Action française auf Umwegen lanciert und auch von Maurras unterschrieben, spricht eine andere Sprache. Hier kommt die unzweideutige Vorliebe für das soziale System Italiens und die unverhüllte Abneigung gegen allen „Antifaschismus“ zum

⁸¹ A. a. O., S. 206.

⁸² J. Bainville, *Journal* (Paris 1949) II, S. 172, 174.

⁸³ *Dict. Pol. et Crit.* III, S. 126.

⁸⁴ Dafür wird er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und verbringt den größten Teil des Jahres 1937 in der Santé. Hier schreibt er unter anderem die wichtige Vorrede zu „Mes idées politiques“.

⁸⁵ Rémond a. a. O., S. 292 ff.

Ausdruck, der Krieg gegen Äthiopien wird nicht nur akzeptiert, sondern als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei ausdrücklich gerechtfertigt.

Es gibt einen noch klareren Beweis, daß für Maurras' Stellungnahme nicht *nur* das nationale Interesse maßgebend war. Als der Bürgerkrieg in Spanien ausbrach, unterstützte er Franco rückhaltlos; er reiste persönlich nach Spanien, längst bevor die französische Republik mit dem aufständischen Militärregime Beziehungen aufgenommen hatte. Sein Reisebericht⁸⁶ ist ein enthusiastisches und mythologisierendes Loblied. Dieser Enthusiasmus kommt offenbar nicht aus nationalen Überlegungen. Frankreich wurde in diesem Augenblick (wie immer man über Ursachen und Wünschbarkeiten denken mochte) an zwei seiner Grenzen von Staaten mit verwandten Systemen bedroht. An der dritten und letzten Grenze die Entstehung eines dritten verwandten Systems zu fördern, grenzte an Landesverrat. Der Enthusiasmus rührte aus einem sozialen, durchaus übernationalen Affekt her, der Freude, die „Kräfte des Todes“ von den Vorkämpfern „des Lebens“ überwunden zu sehen.

Hitler und Deutschland gegenüber allerdings kannte Maurras keine Zweideutigkeit des Empfindens und Denkens. Schon vor 1933 hatte er gewarnt, später nannte er den Nationalsozialismus einen „Islam des Nordens“⁸⁷. 1937 veröffentlichte er ein Buch „Devant l'Allemagne Eternelle“, dessen Vorrede einige wichtige Einsichten enthält⁸⁸. Aber als Ganzes ist es doch nur eine Zusammenstellung alter Artikel, ein neues Zeugnis jenes Narzißmus, dem die eigene Geschichte zum Hauptgegenstand wird. So oft die „Action Française“ ihr „Armons, armons, armons!“ druckte, ihr Kampf gegen Hitler blieb von eigenartiger Schwäche und Kraftlosigkeit. Der Grund lag auf der Hand: um diesem Kampf Nachdruck und Energie zu geben, hätte sie sich mit dem „Antifaschismus“ verbünden müssen, den sie doch in Wahrheit als sozialen Feind nicht weniger haßte als den nationalen Gegner. So ergab sich das Paradoxe, zugleich Bezeichnende und Tragische: Deutschlands schärfster und ältester Feind machte eine Politik, die praktisch in allem eine Unterstützung Hitlers darstellte.⁸⁹ Er ist gegen ein Bündnis mit der Sowjetunion, er gibt die Tschecho-

⁸⁶ „Vers L'Espagne de Franco“, 1943.

⁸⁷ Préface zu J. de Dreux-Brézé, Deux mois chez les Nazis d'Autriche, 1938, S. 11 (Aber schon 1918 hatte er den Germanismus „Islam des terres sans soleil“ genannt: „Décernez-moi...“, S. 41).

⁸⁸ „Un statut nouveau de l'humanité se prépare, un droit particulier est élaboré: un code de nouveaux devoirs, auprès desquels les pauvres petites corvées et translations pangermanistes de 1918 feront l'effet de jeux d'enfants“ (3. VII).

⁸⁹ Maurras' doppelter „Verrat“ – an der Ehre Frankreichs und an der sozialen Tendenz seiner eigenen Frühzeit – war es, der ihm in Georges Bernanos den sprach- und empfindungsmächtigsten Gegner schuf.

Bernanos war seit 1909 Camelot du Roi gewesen und hatte voller Begeisterung und Hoffnung auf eine neue Zeit im Gefängnis zusammen mit jungen Syndikalisten abwechselnd „Henri IV.“ und die „Internationale“ gesungen. Der „Cercle Proudhon“ entsprach am meisten seinen Hoffnungen: nicht umsonst war er tief beeinflusst von Edouard Drumont, dem er noch 1931 ein wichtiges und wirres Buch widmete („La grande peur des bien-pensants. Edouard Drumont“). Obgleich sich das Verhältnis zu Maurras schon bald nach dem Weltkrieg

slowakei nicht nur preis, sondern diffamiert sie; die Verpflichtungen gegen Polen will er nicht einhalten, da man ihm ja doch nicht helfen könne. Sein „Que pouvez-vous pour la Pologne?“ stellt sich würdig neben Déats berühmtes „Mourir pour Dantzig?“ So macht Maurras mit der ganzen französischen Rechten aus Haß gegen den inneren Feind eine Politik der Feigheit und der Niederlage. Aber Déat, Doriot und Laval bekennen sich später zum Primat der Sorge um die soziale Ordnung und die überlieferte Kultur (so merkwürdig sich dieses Bekenntnis in ihrem Munde ausnimmt). Maurras wird nicht aufhören, Deutschland ebenso sehr zu hassen wie den Kommunismus. Und deshalb ist seine Niederlage bereits am Vorabend des Krieges die gewisseste von allen.

VICHY⁹⁰

Es ist das Charakteristische dieser Niederlage, daß sie gerade im Schein des Sieges sich vollzieht.

Gewiß war das Regime Pétain eine Frucht der Niederlage; aber es war doch keineswegs einer der Quisling-Regierungen vergleichbar, die in Europa jetzt so zahlreich wurden und die allesamt durch ihre Entfernung vom wahren Empfinden des jeweiligen Landes stigmatisiert waren. Die Übernahme der Verantwortung durch den Marschall Pétain fand vielmehr die beinahe einhellige Zustimmung des Landes, mehr als das: die Auffassung war nahezu allgemein, daß die militärische Niederlage zugleich die Niederlage des parlamentarischen Systems bedeutet habe. Wie anders als unter dem Druck einer übermächtigen Meinung hätte es Laval gelingen können, die überwältigende Mehrzahl aller Parlamentarier zu jener freiwilligen Selbstaufgabe zu bewegen, die dem Regime Pétain nicht nur Legalität, sondern eine neuartige Legitimität sicherte. Für einige Monate sprach in Frankreich jetzt alle Welt so über Demokratie und Parlamentarismus, wie Maurras vierzig Jahre zuvor nahezu allein gesprochen hatte. Marschall Pétain hatte Maurras-

lockerte, ergriff er noch nach der Verurteilung durch Rom für die Action française Partei. Sein Verhältnis zu Maurras ist von verzweifelter und rätselvoller Tiefe: „... il nous tient de près, il nous tient à l'âme ... l'homme pour qui nous nous sommes vus privés de sacrements, menacés d'une agonie sans prêtre“. („Nous autres Français“, 27e éd. 1950, S. 66) Gerade deshalb verurteilt er ihn auf eine schlechthin transzendente Weise: „Son destin extraordinaire“ ... „ressemble à l'une des formes les plus cruelles de la damnation en ce monde“ („Scandale de la vérité“, S. 28) Aber wie die ungeordneten Reflexionen dieses unbändigen Herzens einen politischen Ausgangspunkt haben – die Erfahrung des widerchristlichen weißen Terrors in Spanien –, so finden sich in ihrem pathetischen Strome politische Aussagen von außerordentlicher Hellsichtigkeit und Wirkungskraft, so die Charakterisierung Hitlers („Il réalisait un rêve d'enfant. C'est une chose terrible que la solitude de l'enfant parmi les hommes et quand un être a rompu cette solitude, il voit accourir les foules, son destin éclate comme la foudre.“ „Nous autres Français“, S. 128) oder die Darstellung Hitlerscher Gedanken bezüglich Frankreichs: „... non seulement ces négroïdes renient leur parole, mais ils s'en vantent“ (ebenda, S. 57).

⁹⁰ Zum ganzen Kapitel: Robert Aron, Histoire de Vichy, 1940–1944, Paris 1955.

schen Gedankengängen immer nahegestanden, seine engste Umgebung wurde jetzt von Leuten gebildet, die Maurras' Schüler waren⁹¹. Bald nach der Regierungsübernahme nannte er Maurras „le plus français des Français“, und umgekehrt gab Maurras Pétain seine uneingeschränkte und enthusiastische Unterstützung. René Benjamin sagte damals, Frankreich habe zwei große Männer, der eine sei die Macht der Tat: Pétain, der andere die Macht des Gedankens: Maurras. Maurras verbarg den Triumph über den endlichen Sieg seiner Ideen nicht: „Quand cette fleur d'agave finit-elle par jaillir de l'écorce dure? Il y faut quelques fois moins de 25 ans –. Il en a fallu une quarantaine à la nôtre. Mais enfin la voilà⁹².“ Kaum, daß er die notwendigen Kautelen hinsichtlich der Niederlage einhielt, wenn er das Erscheinen Pétains (unter Benutzung eines literarischen Terminus) eine „divine surprise“ nannte⁹³. Indirekt wurde es ganz deutlich, daß er die Niederlage zu begrüßen bereit war, wenn sie den Sieg seiner Ideen bedeutete. Denn nun werde das Vaterland zu seinem Wesen zurückfinden und endlich einen steilen Aufstieg nehmen.

Dies war die Hoffnung, die der „Révolution Nationale“ ihren ersten Schwung und ihre erste Zuversicht gab. Im Lande mit der ältesten gegenrevolutionären Denktradition, so glaubte nicht nur Maurras, werde es möglich sein, der nationalen Wiedergeburt jenen konservativen, maßvollen und vernünftigen Charakter zu verleihen, der vom Faschismus und vom Nationalsozialismus ins Extreme und Radikale überschritten worden war. Aber selbst die kurze aufsteigende Phase Vichys und der nationalen Revolution genügte, um deutlich zu machen, wie es um zwei der fundamentalsten Begriffe Maurras' in Wahrheit bestellt war: die der Monarchie und des Föderalismus.

Pétain wird zum Gegenstand aller elementaren monarchistischen Empfindungen, die es im französischen Volke noch gab: Frauen halten ihm die Babies hin, daß er sie berühre, in feierlicher Zeremonie überreichen die Landschaften Frankreichs dem Retter ihre Geschenke.

Und Maurras schließt sich nicht aus, er geht voran in der totalen Übergabe an die Person Pétains. Er, der den Papst kritisiert und seinem König Widerstand geleistet hatte, als ihre Ideen ihm falsch erschienen, predigt die blindeste Ergebenheit, als Pétain Frankreich auf den Weg der Kollaboration führte, der beinahe mit Sicherheit den realen Untergang Frankreichs bedeuten mußte⁹⁴. Er, durch vierzig Jahre hindurch Vorkämpfer des Hauses Bourbon, findet kein Wort des Protestes, als Pétain und Laval einig sind, dem Grafen von Paris einen kühlen Empfang zu bereiten. Er, dessen berühmtestes Jugendwerk der Intelligenz die Befreiung durch ein Bündnis mit der Aristokratie des Blutes gezeichnet hatte, sagt Worte der gro-

⁹¹ Maurras' persönliche und direkte Einflußnahme auf Pétain war und blieb dagegen gering.

⁹² „La Seule France“, Lyon 1941, S. 188.

⁹³ „De la colère à la justice“, Genf 1942, S. 85 ff.

⁹⁴ „Mais que pensez-vous du parti adopté? – Rien du tout. Pas d'opinion. Aucune . . . Je n'assistais pas aux délibérations, je n'ai pas vu ce dossier: je ne pense rien.“ („La Seule France“, S. 289.)

tesksten Selbstentmannung allen Geistes zugunsten des allerbanalsten Militärregimes⁹⁵. So findet der alte Verdacht die Bestätigung, daß Maurras' Monarchismus ebensowenig von überlieferter und echter Art sei wie sein Katholizismus. Waldemar Gurian hat ihn deshalb schon im Jahre 1931 als „den von seinem Augenblickscharakter befreiten Caesarismus“ bestimmt⁹⁶. Das ist schon darum nicht ganz richtig, weil auch der Bonapartismus ein Caesarismus dieser Art war. Man muß Maurras' Monarchismus vielmehr kennzeichnen als den von seinen revolutionären Ursprüngen losgelösten Caesarismus (der gerade deshalb, in der seit 150 Jahren von den Traditionen der Französischen Revolution bestimmten Gegenwart, um so entschiedener ‚revolutionär‘ zu wirken vermag.) Wenn diese Bestimmung richtig ist, schrumpft der Abstand gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus abermals um ein Beträchtliches zusammen.

Und ähnliches gilt für den Föderalismus, diesen ältesten und ehrwürdigsten Bestandteil des Maurrasschen Programms. Daß Ansätze gemacht wurden, die alten Provinzen wiederherzustellen, erfüllte ihn mit tiefer Befriedigung. Aber diese Ansätze waren vorläufig ohne praktische Bedeutung. Von größter praktischer Bedeutung war es dagegen, daß Regierungsverfügungen den Organen der lokalen Selbstverwaltung jede eigenständige Bedeutung nahmen, daß hinfort die Bürgermeister selbst kleiner Städte von der Zentralregierung ernannt wurden, daß die ungeheuer administrative Gewalt der Präfekten abermals vergrößert wurde. Und zu all dem schweigt Maurras nicht etwa: er begrüßt es, er erklärt die wichtigsten Punkte seines frühesten föderalistischen Programms ausdrücklich für Illusionen⁹⁷. Er schlägt sich mit eigener Hand ins Gesicht und trägt die Rötung voller Stolz zur Schau.

Und die enthüllende Praxis schreitet immer weitere Kreise aus, als es mit Vichy und der Nationalen Revolution endgültig bergab geht. Spätestens mit der Besetzung ganz Frankreichs durch deutsche Truppen im November 1942 mußte es jedem Denkenden klar sein, daß es nicht einmal mehr dem Namen nach eine unabhängige französische Existenz gab. Der geheime Wiederaufbau nationaler Streitkräfte, auf den Maurras, durch die Analogie Deutschlands in den Jahren 1813 und 1918 geführt, so große Hoffnungen gesetzt hatte, erwies sich als völlig wirkungslos. Pétain überließ die Regierungsgewalt faktisch gänzlich Pierre Laval, und Laval setzte mit Überzeugung und Entschiedenheit auf den deutschen Sieg, ebenso wie Déat, Doriot und die übrigen Kollaborateure, während immer größere Teile des Volkes sich der Résistance anschlossen und das große französische Schisma seine jüngste Gestalt annahm.

⁹⁵ „Donc reprenons: le Maréchal, l'Amiral de la Flotte. Des généraux. Des amiraux. Des officiers de l'arme et du grade les plus divers, placés à toutes les hauteurs de la hiérarchie administrative, et dans beaucoup de postes dits civils. Telle est la figure et telle apparaît l'âme du nouvel Etat.“ („De la colère à la justice“, S. 95).

⁹⁶ Waldemar Gurian, *Der integrale Nationalismus in Frankreich*. Charles Maurras und die Action française, Frankfurt/M. 1931, S. 92.

⁹⁷ „La seule France“, S. 178.

Maurras aber gab in Lyon weiter die „Action Française“ heraus, als wäre Frankreich noch ein unabhängiger Staat, predigte stetig und starr Ergebenheit gegenüber dem längst machtlosen „Maréchal“ und ließ nicht nach im Haß gegen Engländer und Juden. Längst war es kalt und einsam um ihn geworden: Jacques Bainville war bereits 1936 gestorben, und Léon Daudet hatte sich sehr verändert, bevor er 1942 dahinging; die Begabtesten der Jüngeren aber waren jetzt ‚Verräter‘ und Kollaborateure: Drieu La Rochelle, Lucien Rebatet, Dominique Sordet, Robert Brasillach⁹⁸. Er allein blieb, so schien es, der er war; aber da die Umstände sich in ihrem Kern selbst geändert hatten, enthüllten sie Charakterzüge, die bisher im verborgenen geblieben waren.

Sie enthüllten zunächst die Wahrheit seines Antisemitismus.

Immer hatte er ja für sich in Anspruch genommen, sein „Antisémitisme d'Etat“ unterscheide sich wesentlich vom deutschen „Antisémitisme de peau“; ihm gehe es nicht um Vernichtung oder auch nur um Ausschaltung, sondern darum, unheilvolle und illegitime Herren zu nützlichen Dienern des Gemeinwohls zu machen.

Aber als die ersten Judengesetze Vichys die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht und ihnen jeden Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehrt hatten, da fand Maurras es bedenklich, ihnen immerhin ihr Geld zu belassen⁹⁹.

Als die Einführung des Judensterns im besetzten Frankreich im Mai 1942 bei fast allen Franzosen schweigende und erbitterte Entrüstung auslöste, schien Maurras der deutsche antisémitisme de peau nicht einen Protest und nicht einmal ein Schweigen wert. Er hielt ihn vielmehr für eine geeignete Gelegenheit, nunmehr auch Frankreich vom „jüdischen Aussatz“ zu heilen¹⁰⁰.

Als ein Jude 1944 den Vorschlag machte, Teile der von der Ausrottung bedrohten Ostjuden in verlassenen Dörfern Frankreichs anzusiedeln, empörte ihn der Gedanke, es könne nach Frankreich kommen ce qu'il y a de plus crasseux dans les ghettos de l'Europe centrale, so sehr, daß er den betreffenden Juden öffentlich und in einer Weise nannte, die ihn dem Zugriff deutscher oder französischer Behörden aussetzen mußte¹⁰¹.

So viel Roheit des Herzens und Kälte des Gedankens machen es unwahrscheinlich, daß zwischen dem Maurrasschen und dem Hitlerschen Antisemitismus der fundamentale Unterschied bestanden hat, den Maurras stets herauszustellen bemüht war.

⁹⁸ Robert Brasillach hatte die Literaturseite der ‚Action Française‘ betret, bevor er nach dem Waffenstillstand Chefredakteur der kollaborationistischen und faschistischen Zeitschrift ‚Je suis partout‘ und damit für Maurras ein Verräter wurde. Trotz seiner Jugend Literaturkritiker höchsten Ranges, tief beeinflusst von jener Atmosphäre eines neuen jugendlichen Lebensgefühls, die er „faschistisch“ nennt, 1945 wegen Kollaboration erschossen, stellt er – Bernanos entgegengesetzt – den anderen radikalen Pol möglicher Entwicklung eines Maurras-Schülers dar. Zum Ganzen vgl. Raoul Girardet, Notes sur l'esprit d'un fascisme français, 1954–1939 in ‚Revue française de science politique‘ V (1955), S. 529–546.

⁹⁹ „La seule France“ S. 196.

¹⁰⁰ „Pour réveiller le Grand Juge“, Paris, 1951 S. 168.

¹⁰¹ Ebenda, S. 164 und „Le Procès de Charles Maurras“, Paris 1946, S. 155.

Vor allem aber wird in diesen Jahren der äußersten Probe deutlich, was die Wahrheit von Maurras' Nationalismus war, d. h. sein bewegender Grund und sein wirkliches, nicht bloß vorgestelltes Ziel.

Gleich nach der Kapitulation hatte Maurras die Losung ausgegeben: *Unité française d'abord*, d. h. die Routineformel des überlieferten Nationalismus. Aber sehr bald stellte sich heraus, daß mächtige Kräfte am Werk waren, sie aufzulösen. Bereits in den allerersten Tagen nach der Regierungsübernahme Pétains hatte Maurras mit scheltenden Worten die Beziehungen zu seinem Schüler und Mitarbeiter Dominique Sordet abbrechen müssen, weil Sordet statt der halbwilligen und zögernden Unterstützung Deutschlands durch Frankreich, die jetzt unvermeidlich war, eine aufrichtige und entschlossene Zusammenarbeit wollte und damit die Kollaboration einleitete. Und etwa zur gleichen Zeit mußte er den berühmten Aufruf des Generals de Gaulle als Landesverrat brandmarken, eines Mannes, der in keineswegs unfreundlichen Beziehungen zur *Action française* gestanden hatte. Keine Einstellung konnte richtiger und legitimer sein, wenn es sich um Probleme eines souveränen und unabhängigen Staates handelte; keine Stellungnahme konnte verblendeter und törichter sein, wenn es sich um Leben und Tod eines besiegten Landes inmitten der Auseinandersetzung zweier gewaltiger Blöcke handelte, zwischen denen es politisch, militärisch und ideologisch keinen Kompromiß geben konnte. Der beste und rührendste Aspekt von Pétains Wirksamkeit, sein Wunsch, die französischen Menschen zu schützen, unter ihnen zu weilen als lebender Trost, als zum Selbstopfer entschlossenes Pfand¹⁰², entsprang nicht politischen, sondern humanen Motiven. Und er konnte sich nicht dagegen wehren, zum Mittel der deutschen Politik gemacht zu werden. Maurras aber machte sich aus eigener Initiative dazu. Gewiß, er hörte nicht auf, die Kollaborateure, unter denen so manche seiner hervorragendsten Schüler waren, zu bekämpfen, aber hier zwang die Zensur zu Vorsicht und Zurückhaltung; laut und tönend dagegen ging die *'Action Française'* mit Engländern, Juden und Gaullisten ins Gericht. So war sie in doppelter Hinsicht ein Positivum für die deutsche Politik: sie vertrat sehr erwünschte außenpolitische Konzeptionen und entsprach aufs genaueste der Direktive, die Abetz erhalten hatte, Zwietracht unter den Franzosen zu säen. Maurras entging so wenig wie ein anderer dem übergreifenden Gesetz der außerordentlichen Situation, das Pierre Laval einmal geistreich-treffend folgendermaßen ausdrückte: „Il y a deux hommes qui actuellement peuvent sauver notre pays; et si je n'étais pas Laval, je voudrais être le général de Gaulle¹⁰³.“

Vielleicht ist Maurras' Irrtum achtenswerter und tragischer als Lavals allzu dienstwillige Einsicht, aber doch nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Weshalb setzte er auch in den Jahren 1943–1944 seinen Feldzug gegen die „*communo-gaullistes*“ noch fort, obgleich niemand im Ernst mehr daran zweifeln konnte, daß die kleine und landesverräterische Sezession von 1940 zur einzigen Hoffnung

¹⁰² Vgl. Aron, S. 459.

¹⁰³ A. a. O., S. 576.

Frankreichs auf Befreiung geworden war und alle „gloire“ der französischen Geschichte sich inzwischen an ihre Fahnen geheftet hatte? Weshalb stellte er sich leidenschaftlich gegen die Invasion, als Frankreich fiebernd den Befreiungstruppen entgegenharrte und die Opfer nicht zählte, die unvermeidlich waren?

Der Grund für seinen Kampf gegen Gaullismus und Résistance ist offenbar sozialer Natur. Weil die Résistance für ihn in erster Linie eine soziale Gefahr war¹⁰⁴, bekämpfte er sie bis zum Ende, obgleich offensichtlich das nationale Interesse mindestens temporär von ihr unablässig geworden war.

Der Grund für seine Feindschaft gegen die Invasion (vor allem die von Süden), für den absurden Vorwurf gegen die Angelsachsen, sie hätten aus Haß gegen Frankreich auf die mögliche Landung in Deutschland selbst verzichtet, ist auf den ersten Blick unverständlich. Die Lösung gibt der Blick auf gewisse Stellen in einigen ganz frühen Schriften, wo er die Blut- und Boden-Romane Emile Pouvillons bespricht und die fragwürdige These aufstellt, der unerschütterliche Grund allen Patriotismus sei die Liebe zur engsten Heimat, zum eigenen Kirchturm¹⁰⁵. Genau dieser Lokalpatriotismus ist es offenbar, der ihn die Steine der Heimat über die Ehre des Vaterlandes setzen läßt.

Fünzig Jahre lang hatte Maurras den Anspruch erhoben, das pays réel gegen das pays légal zu vertreten. Als diese Unterscheidung endlich einmal kontrollierbare Gestalt gewann, als ein Regime vor dem Willen der Nation wie ein Schattenspiel dahinschwand, da war er der letzte Verteidiger des kraftlosen pays légal.

Fünzig Jahre lang war er die prononcierteste Gestalt des Nationalismus gewesen. Aber die Stunde der Nation legte die Wurzeln seines Nationalismus bloß, und die eine war übernational, die andere vornational.

Er war wahrhaft ein tief Besiegter, als er sich Anfang September 1944 vor den in Lyon einziehenden Truppen versteckte und wenige Tage darauf verhaftet wurde.

PROZESS, HAFT UND TOD VON CHARLES MAURRAS

Damit ist die Geschichte der Action française zu ihrem Ende gekommen. Keine Nummer der Zeitung ist je wieder erschienen, keine politische Organisation hat diesen Namen. Aber als Epilog sind Maurras' Prozeß, Haft und letzte Lebenszeit von ihr nicht ablösbar.

Der Prozeß Maurras¹⁰⁶ weist von Anfang an die eigentümlichsten Ähnlichkeiten mit dem Dreyfus-Prozeß auf. Wie Dreyfus wird Maurras vor ein Tribunal der außerordentlichen Rechtspflege gestellt: den Platz des Kriegsgerichts nimmt ein Revolutionsgerichtshof ein. Auch für das Verbrechen, das Maurras zur Last gelegt wird – intelligences avec l'ennemi en vue de favoriser ses entreprises –, ist ein Motiv schlechterdings nicht ausfindig zu machen. Die Anklage selbst ist rasch und

¹⁰⁴ Charles Maurras, *Lettres de Prison*, Paris 1958, S. 114.

¹⁰⁵ „Barbarie et Poésie“ (*L'Oeuvre de Charles Maurras*, VI), S. 144.

¹⁰⁶ Vgl. „Le procès de Charles Maurras“.

leichtfertig zusammengestellt worden; das umfangreichste Belastungsdokument, eine Sammlung von Zitaten aus der ‚Action Française‘, ist von einem nicht sehr glaubwürdigen und ehrenfesten Manne mit so viel Ungenauigkeit angefertigt worden, daß es stellenweise einer Fälschung gleichkommt. Die schwerstwiegenden Vorwürfe – Maurras habe in seiner Zeitung Franzosen, die zur Résistance gehörten, namentlich oder doch auf eine so deutliche Weise denunziert, daß sie von der Miliz, bzw. der Gestapo verhaftet und zum Teil getötet worden seien – erwiesen sich nur in ihrer ersten Hälfte als gerechtfertigt, die zweite und ernstere ließ sich nicht mit Sicherheit nachweisen. Der 75jährige Greis, gegen den die ganze Presse eine heftige Kampagne führt, verteidigt sich mit einer sonderbaren Mischung von Trotz, Souveränität und Unverschämtheit. Er nennt den öffentlichen Ankläger „Monsieur le procureur de la femme sans tête“ (= Republik), schmettert eine reichlich leichtfertige Anklage Claudels in Grund und Boden, legt in monotoner Breite seinen politischen Werdegang dar, ist immer ganz ohne Erschütterung oder Zweifel an sich selbst.

Aber er hat keine Richter vor sich, die Objektivität wollen, sondern Feinde, die einen Akt politischer Vernichtung im Auge haben. Das Urteil lautet auf lebenslängliche Haft und „dégradation nationale“, es ist juristisch zweifellos ein Fehlurteil, da ein *Vorsatz* zur Zusammenarbeit mit dem Feinde nicht bewiesen wurde und obendrein gewisse entlastende Dokumente dem Gericht nicht vorgelegt worden waren¹⁰⁷. All das hat große Ähnlichkeit mit dem Falle Dreyfus. Aber der außerordentliche Unterschied besteht darin, daß im metajuristischen Sinne die Anklage richtig war, daß Maurras, objektiv betrachtet, tatsächlich mit dem Feinde zusammengearbeitet hatte und daß das Urteil eine höhere Gerechtigkeit zum Ausdruck brachte. Es schloß ihn aus demjenigen Frankreich aus, das er von jeher aus *seinem* Frankreich herausgewiesen hatte.

Wollte Maurras mit seinem Ausruf „C'est la revanche de Dreyfus“ sagen, daß er alle diese sonderbaren und verwirrenden Zusammenhänge noch einmal durchdenken wollte? Hätte es für ihn jetzt nicht nahegelegen, die Rechtsgarantien im Staate und ihre mannigfachen Gefährdungen im Licht dieses Zusammentreffens erstmals zum Problem zu machen? Durfte man von ihm, der mehr war als ein bloßer Politiker, nicht mehr erwarten als Memoiren und Rechtfertigungen: die große Auseinandersetzung mit einem halben Jahrhundert politischer Erfahrungen und damit auch mit sich selbst, d. h. Neubestimmung dessen, was vom eigenen Denkansatz haltbar war und was im Scheitern seine Schwäche bewiesen hatte?

Zwar wurde das Jahrsiebt der Haft die reichste Periode von Maurras' schriftstellerischer Produktivität: aber nichts von dem geschah, was man hätte erwarten und erhoffen dürfen. Der Starrsinn des Alters trat zu der eigentümlichen Entwicklungslosigkeit von Maurras' klassizistischer Denkstruktur hinzu, um ein geradezu beängstigendes Phänomen zu erzeugen, das am ehesten Naturtatsachen oder -vorgänge verbildlichen können: die kristallinische Härte des Kiesels, die ewig sich

¹⁰⁷ „Pour réveiller le Grand Juge“, S. 30.

selbst gleiche Fruchtbarkeit des tropischen Urwalds, die Monotonie der fallenden Regentropfen¹⁰⁸.

Maurras erzählt; erzählt unablässig aus seinem Leben, also auch aus der Geschichte der Action française, und das ist für den Historiker oftmals sehr aufschlußreich. Aber noch das Interessanteste trägt den Stempel eines monomanischen Narzißismus, der von Thalamas nicht loskommt und nicht von Marius Plateau¹⁰⁹ und der Personen und Ereignissen, die allenfalls als symptomatische Erscheinungen von Bedeutung sind, den Stempel des Absoluten aufdrückt. So ist die These seines Buches „Le bienheureux Pie X., sauveur de la France“, Pius X. habe M. Sangnier verurteilt, M. Sangnier sei eine Art christlichen Jaurès gewesen, Jaurès habe Frankreich zerstören wollen, also sei Pius X. der Retter Frankreichs. Diese These impliziert zwei andere (und soll sie offenbar implizieren): Maurras hat Frankreichs Rettung vorbereitet, die christliche Demokratie der Gegenwart führt zum Kommunismus. Die erste These ist fragwürdig, die zweite falsch. Sie sind eingehüllt in eine Geschichtsdarstellung, die in hohem Grade parteiisch ist.

Wo Maurras' Geschichtsschreibung nicht Selbstglorifizierung ist, ist sie Selbstrechtfertigung. Das Weitererscheinen der „Action Française“ sogar nach dem November 1942 begründet er damit, daß Schlimmeres habe verhindert werden sollen¹¹⁰. Aber alle, die Maurras „Verräter“ nannte, an ihrer Spitze Laval, haben dieses Argument für sich in Anspruch genommen und haben das mit guten Gründen getan.

Seine Politik vor dem Zweiten Weltkrieg sucht er zu rechtfertigen durch eine ganze Serie von Konjunktiven, eine idyllische Weltgeschichte im Irrealis¹¹¹, die auf die Vermutung hinausläuft: *Wenn* die Demokratie meinen Ratschlägen gefolgt wäre und 1939 den Krieg vermieden hätte . . . wäre Frankreichs Prestige ungemein gestiegen, und hätte Hitler bald genug seinen Hals zur Enthauptung freiwillig dargeboten.

Und seinen Nationalismus begründet er durch die unaufrichtigste Argumentation von allen: der Nationalismus sei so wenig überholt, daß selbst die USA und die

¹⁰⁸ Besonders bezeichnendes Beispiel: „Votre bel Aujourd'hui. Dernière lettre à M. Vincent Auriol“, Paris 1955, 487 S.

¹⁰⁹ Marius Plateau, Führer der Camelots du Roi, war im Januar 1923 ermordet worden. Maurras erklärte den Mord für einen (erfolgreichen!) deutschen Anschlag gegen die Politik Poincarés. Maurras, *Enquête sur la Monarchie, Oeuvres I*, Paris 1928, S. CXXXVIII. Überhaupt war die Action française groß in der Erfindung von „romans policiers“ zur Erklärung unangenehmer Tatbestände. So erklärt Daudet, der „Selbstmord“ des Führers der Ligue de la patrie française, Syveton (der bekanntlich den Kriegsminister General André geohrfeigt hatte), sei ein von der „internationalen Polizei“ begangener Mord, obgleich er selbst Details aus dem Privatleben Syvetons mitteilt, die nichts wahrscheinlicher machen als einen Selbstmord (Daudet, Judas, S. 275). Es gehört in diesen Rahmen, wenn Maurras den großen Wahlsieg Hitlers im Jahre 1950 nicht etwa auf die Weltwirtschaftskrise, sondern auf . . . die Räumung von Mainz durch die französischen Truppen zurückführt (so noch in seinem Prozeß, „Le procès de Charles Maurras“, S. 74).

¹¹⁰ „Pour réveiller le Grand Juge“, S. 44.

¹¹¹ „Le bienheureux Pie X“, S. 178–179.

Sowjetunion nationale und nationalistische Phänomene seien¹¹². Dabei hatte er doch gerade dies der Französischen Revolution immer wieder zum Vorwurf gemacht, daß sie ein nationales Bewußtsein in allen Völkern geweckt und damit den einzigartigen Vorrang Frankreichs preisgegeben habe. Und das simplistische Argument schlägt unmittelbar auf seinen Urheber zurück: Wenn die Sowjetunion nationalistisch ist, dann ist die nationalistische *Ideologie* im Maurrasschen Sinne eine *quantité négligeable*, dann war selbst der Kampf gegen Jaurès möglicherweise überflüssig und töricht.

Und so ist es schließlich nicht verwunderlich, daß er in der fundamentalen Frage nach dem Verhältnis der Action française zu Faschismus und Nationalsozialismus wenig Belangvolles und nichts Aufschlußreiches zu sagen hat. In der Weise eines Propagandisten wiederholt er unermüdlich die These, der Nationalsozialismus sei ein Hitlerismus und als solcher ein erneuerter Fichteanismus gewesen: also nichts anderes als das genaue Gegenteil, der eigentliche Widerpart der Action française¹¹³. Daher müsse Entnazifizierung so viel wie Entdeutschung bedeuten, oder sie werde gar nichts sein¹¹⁴. Die zweite These macht deutlich, was die erste wert ist. Sie spricht unzweideutig die (wenn nicht persönliche, so jedenfalls sachliche) Tendenz zum Genocid aus, die ihn mit Hitler verbindet.

Was Mussolini und den Faschismus angeht, so will er eine gewisse Ideenverwandtschaft für die Zeit bis 1943 nicht leugnen, aber er legt gleich die gegensätzliche Einstellung zum Problem des Zentralismus als scharfes Schwert ins Bett dieser Ehe auf Zeit¹¹⁵.

Doch es ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn man sich einiger seiner Bücher aus der Zeit des Triumphes (1940–1943) erinnert. Da setzt er ohne Scheu Action française, Faschismus und Nationalsozialismus in eine positive Parallele¹¹⁶, da gebraucht er den Begriff Faschismus in der umfassendsten Bedeutung¹¹⁷; da erhebt er für die französische gegenrevolutionäre Tradition (das heißt für sich selbst) einen ideologischen Führungsanspruch nicht nur gegenüber Portugiesen und Italienern, sondern auch gegenüber den Deutschen¹¹⁸.

Im März 1952 wurde Maurras wegen seines hohen Alters vom Präsidenten der Republik in Freiheit gesetzt. Wie um die Ähnlichkeit mit dem Geschick von Dreyfus zu Ende zu führen, hatte sich inzwischen eine revisionistische Bewegung zu seinen Gunsten entwickelt (unter Führung des alten Dreyfusards Daniel Halévy); Maurras aber nahm die Freiheit an, statt auf vorheriger Rehabilitierung zu bestehen. Er sah Paris jedoch nicht wieder, sondern mußte eine Klinik in Tours aufsuchen. Die katholische Kirche hatte ihn nie im Stich gelassen. Auch jetzt schickte

¹¹² „Pour un jeune Français“, S. 205.

¹¹³ Ebenda, S. 96.

¹¹⁴ Ebenda, S. 96.

¹¹⁵ „Le procès de Charles Maurras“, S. 76.

¹¹⁶ „La Contre-révolution spontanée“, S. 65.

¹¹⁷ „Vers l'Espagne de Franco“, S. 115.

¹¹⁸ Ebenda, S. 13.

WERNER CONZE

DEUTSCHLANDS WELTPOLITISCHE SONDERSTELLUNG
IN DEN ZWANZIGER JAHREN*)

Durch die Niederlage des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns wurde die seit der napoleonischen Zeit nicht zur Ruhe gekommene deutsche Frage neu und verschärft gestellt. Sie trat damit in ihre eigentliche Krisis ein. Das galt sowohl für Deutschlands innere Gestaltung wie für die Stellung der Deutschen in der Welt – mitten in der allgemeinen Unruhe der Staaten und Nationen im Zeichen des Imperialismus und der Revolution.

Die gewandelte Lage und die Sonderstellung der besiegten Deutschen können nur am Gegenbild des in drei Jahrzehnten vor 1914 zur Weltmacht aufsteigenden Deutschen Reiches verstanden werden. Aufstieg, Gipfel und Absturz Deutschlands waren das Erlebnis nur einer einzigen Generation, die dies alles mit sich geschehen lassen mußte, aber doch wohl nur begrenzt dazu in der Lage war, zweimal den raschen Wechsel zum Gipfel hin und vom Gipfel herunter begreifend mitzuvollziehen. Drei Zitate mögen diesen doppelten Wandel verdeutlichen:

Wenige Wochen vor dem Tode Kaiser Wilhelms I., am 6. Februar 1888, sagte Bismarck im Reichstag: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat; die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik. Die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun.“ Bismarck wies in der gleichen Rede auf Deutschlands gefährdete Lage in der Mitte Europas hin, die zur Wachsamkeit und Tätigkeit zwingt, auf daß der erreichte Status quo gegen alle möglichen Koalitionen gehalten werden könne.

Schon sieben Jahre später gab Max Weber in seiner Freiburger Antrittsrede der Reichsgründung in der Mitte Europas einen anderen Sinn: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.“

Am 24. November 1918 schließlich schrieb Max Weber an Crusius, daß die Deutschen wie 1648 und 1807 noch einmal von vorne anfangen müßten. Schon die nächste Generation werde den Beginn der Wiederaufrichtung erleben. „Mit einer weltpolitischen Rolle Deutschlands ist es vorbei: die angelsächsische Weltherrschaft – ah c'est nous qui l'avons faite', wie Thiers zu Bismarck zu unserer Einheit sagte – ist Tatsache. Sie ist höchst unerfreulich, aber: viel Schlimmeres – die russische Knute! – haben wir abgewendet.“ Amerikas Weltherrschaft sei unabwendbar. „Hoffentlich bleibt es dabei, daß sie nicht mit Rußland geteilt wird. Dies ist für mich Ziel unserer künftigen Weltpolitik, denn die russische Gefahr ist nur für

*) Vortrag auf dem 3. Geisteswissenschaftlichen Kongreß in München („Die 20er Jahre“). Ende November 1960.

jetzt, nicht für immer beschworen. Im Augenblick ist natürlich der hysterische, ekelhafte Haß der Franzosen die Hauptgefahr¹.“

Die drei Zitate umspannen in genau 30 Jahren jenes doppelte, widersprüchliche Generationenerlebnis des Aufstiegs und des Absturzes. Es sind zugleich die Jahre der Regierungszeit Wilhelms II. Noch 1888 sollte das Reich Bismarcks nach dem Willen seines Gründers Abschluß einer europäischen Veränderung und eingefügt in das traditionelle europäische Staatensystem sein. Dieses Reich sollte *Interessenpolitik* innerhalb des ihm in der europäischen Mittellage von Gott, d. h. unverrückbar, gesetzten Maßes treiben. Es sollte jedoch auf *Machtpolitik* verzichten, d. h. auf alle Bemühungen, seine wachsende Stärke zur Überschreitung dieses Maßes einzusetzen und damit sich selbst und andere zu gefährden.

Sieben Jahre später war es nicht abseitige Professorenbesessenheit, die Bismarck verächtlich abgelehnt hätte, sondern Ausdruck des neuen Lebensgefühls im liberalkonservativen deutschen Bürgertum in einer neuen weltpolitischen und weltökonomischen Lage, wenn Max Weber im Gegensatz zur Bismarckschen Deutung die Reichsgründung als Ausgangspunkt einer notwendigen deutschen *Weltmachtpolitik* bezeichnete. Weltpolitik oder Weltmachtpolitik wurde seitdem zur Parole bei Nationalkonservativen, Nationalliberalen und Nationaldemokraten, zu denen sich Friedrich Naumann gesellte, nachdem ihm die konsequente Fortführung der Begriffsverbindungen mit dem Wort „national“ zu den Nationalsozialen oder auch Nationalsozialisten mißglückt war. Mochte in den Äußerungen dieser breiten bürgerlich-imperialistischen Strömung auch viel uns heute erschreckende Maßlosigkeit ausgesprochen worden sein, so ist doch zuerst und vor allem zu betonen, daß deutsche Weltpolitik anders als noch zur Zeit Bismarcks sich aus einer gewandelten Stellung Deutschlands in der Welt ergab, insofern als die deutsche Wirtschaft dabei war, andere, z. T. ältere Wirtschaftsgrößen „einzuholen und zu überholen“². Neben der ältesten Weltwirtschaftsmacht Großbritannien und den noch rascher alle anderen überholenden Vereinigten Staaten trat das junge Deutsche Reich an die Spitze der Großmächte und wurde damit zur Weltmacht im Staatensystem, das sich von Europa über die ganze Erde ausweitete. Daß Deutschland als neue Weltmacht auch Weltpolitik zu treiben hatte, war daher nur selbstverständlich. Das damit neu gestellte Problem bestand nur darin, was darunter zu begreifen war und wie nunmehr das Maß zu setzen war, das sich auch jetzt mutatis mutandis aus der von Bismarck so klar hervorgehobenen deutschen Mittellage ergab. Diese alte Mittellage hatte immer noch eine einengende Wirkung. Denn im Gegensatz zu den nach der außereuropäischen Welt offenen Großmächten stieß das Deutsche Reich überall an Landgrenzen im alten, engen Europa und war dem Zweifronten-

¹ Bismarck, Gesammelte Werke 13, S. 351. – Max Weber, Gesammelte Schriften, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 23. – Ebenda, 1. Aufl., S. 483 f.; vgl. dazu Wolfgang Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, S. 314 ff.

² Dies hier zeitlich vorweggenommene Wort Stalins ist nur insofern anachronistisch, als der „Plan“ fehlte. Im übrigen aber handelt es sich um den prinzipiell ähnlichen Vorgang des industriewirtschaftlichen Wachstums einer nachholenden Nationalwirtschaft innerhalb des Industrialisierungsprozesses der Erde.

druck Frankreichs und Rußlands ausgesetzt. Deutschlands Meere aber waren nur offen, wenn Großbritannien es zuließ, und zwar nicht nur deswegen, weil es in der Flottenstärke überlegen war, sondern vor allem, weil seine Lage im Kriegsfall die Blockade gegen Deutschland begünstigte. In dieser neuen Situation einer absichtslos gewonnenen Weltmacht, die nur im Frieden weiter zu entwickeln war und doch – wiederum absichtslos – den Krieg in Reiz und Gegenreiz heraufführen half, reagierte die offizielle deutsche Außenpolitik unsicher und zwiespältig. Sie stand zwischen Bismarckschem Maßhalten und alldeutscher Großmannssucht mitten dazwischen und vertrat damit die diplomatische Tradition nicht mehr angemessen und instinktsicher. Teils nahm sie die kommende Einkreisung oder Isolierung Deutschlands zu „pomadig“ (Bülow), teils neigte sie zu effektvollem, aber wirkungslosem Auftrumpfen, ohne doch mehr, als es auch bei anderen Nationen üblich war, mit der überlieferten ultima ratio der Politik, dem Krieg, zu spielen oder gar auf ihn hinaus zu wollen.

So schlitterte sie wie die anderen in den großen Krieg hinein. Dies Hineinschlittern aber hatte für alle eine seit Jahren vorgeschriebene Richtung. Für Großbritannien vor allen anderen ergab sich diese Richtung aus der Überlegung, daß die potentiell einholende und überholende Weltmacht nicht dadurch zur Aktualisierung ihrer Stärke gebracht werden durfte, daß ihre europäisch-kontinentale Vormachtstellung einfach hingenommen wurde. Die deutsche Hegemonie aber mußte mit großer Wahrscheinlichkeit das Ergebnis eines rein europäischen Krieges sein, wenn England nicht gegen Deutschland eingriff. Die deutsche Vorherrschaft in Europa war gewiß nicht gewollt gewesen; aber der Gedanke daran mußte sich einstellen, wenn der Krieg tatsächlich ausbrach und die Waffenerfolge großen Raumgewinn brachten. Als das geschah, leuchtete für einen kurzen historischen Moment in der Tat ein deutsch geführtes Mitteleuropa auf, das, im Sprachgebrauch Friedrich Naumanns, als „politischer Großbetrieb“ zwischen dem atlantischen und dem russisch-eurasischen Weltmachtblock der Zukunft als dritte Kraft stehen sollte. Bei einer solchen Sicht war die Idee des europäischen Staatensystems mit der Balance der von außen ungefährdeten europäischen Staaten endgültig aufgegeben zugunsten eines deutschen Übergewichts in Europa. An die Stelle eines auf die ganze Erde ausgeweiteten europäischen Staatensystems, wie es in der Gedankenwelt der Europäer bis 1914 bestanden hatte, trat also in der Mitteleuropa-Konzeption, die den deutschen Sieg voraussetzte, ein Weltstaatensystem, in dem es nach Friedrich Naumanns Auffassung nur noch einige wenige Mittelpunkte geben konnte, „an denen wirklich regiert wird: London, New York, Moskau (oder Petersburg)“ stünden fest. Fraglich sei es, ob ein solcher Machtmittelpunkt auch in Ostasien entstehen werde. Die gegenwärtige Entscheidungsfrage aber – und darin sah Naumann den Sinn des Krieges – sei die, „ob zwischen Rußland und England ein eigenes mitteleuropäisches Zentrum sich halten kann oder nicht. Die Menschheitsgruppe Mitteleuropa spielt um ihre Weltstellung“.³

³ Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 165.

Mit diesen Worten hatte Naumann unter dem Aspekt der Machtverteilung auf der Erde Deutschlands Situation um 1915 wohl zutreffend bezeichnet. Welch schwindelerregender Weg war von 1888 bis 1915 zurückgelegt worden! Noch 1871 hatte Bismarck dem nationalstaatlichen Drängen nachgebend das Reich abschließend in die europäische Balance eingefügt und damit dem Nationalstaat in Europa sein Maß gesetzt. Dann war Deutschland mit den anderen europäischen Mächten der Ausweitung von Wirtschaft und Politik, damit aber von Handelsflotte und Kriegsflotte, über die ganze Erde gefolgt, ohne einem irgendwie systematischen Plan zu folgen. Die Welt bot zwar nach der letzten kolonialen Aufteilung, an der Deutschland noch gerade ohne besondere Anstrengung mit beteiligt gewesen war, keine Expansionsmöglichkeiten mehr. Wohl aber war die Welt weit genug, die Wirtschaft im friedlichen Wettbewerb weiter wachsen zu lassen. Trat jedoch der Krieg ein – im tiefsten bewirkt durch die elementare deutsche Machtdynamik einerseits, die auf Eindämmung oder Brechung dieser Dynamik gerichtete Tendenz der älteren Weltmächte andererseits –, dann ging es um die Entscheidung für Deutschland: entweder als Weltmacht nun nicht nur durch Wirtschaft und Handel, sondern auch durch militärische Macht endgültig bestätigt zu werden oder zu unterliegen und damit aus der Reihe der Weltmächte auszuschneiden; schließlich gar, wie Naumann es ausdrückte, „Trabantenvolk“ eines der „Großstaaten“ zu werden⁴. Deutschlands Aussichten im Land- und Seekrieg waren schlecht, weil es durch die Fronten auf dem Kontinent und durch die Blockade zur See total eingeschnürt war. Aber gerade in einer solchen Lage, in der die Zeit für die nach außen offenen Mächte arbeitete, weil sie ihr Potential von außen auffüllen konnten, lag es für eine große Macht wie Deutschland, die gerade zum Selbstbewußtsein ihrer wachsenden Kraft gekommen war, begrifflicherweise nahe, die Lösung nicht in einem rechtzeitigen Frieden mit Verzicht zu suchen, sondern die große Kraftprobe des „Alles oder nichts“ zu wagen. Die Alternative war bewußt bejaht worden. Sie blieb bestehen bis zum Sommer 1918 und erwies sich – wiederum im Reiz und Gegenreiz sich ausschließender Kriegsziele – stärker als alle Versuche einer mittleren Linie, wie sie die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages im Juli 1917 in ihrer Friedensresolution öffentlich proklamiert hatten. Auch war es in der Kampfsituation verständlich, daß bei dieser starr festgehaltenen Alternative die eine der beiden Möglichkeiten, nämlich die Niederlage, so weitgehend aus dem Bewußtsein ausgeschaltet wurde, daß nur der Sieg oder allenfalls ein Kompromißfriede unter gleich Starken in der Vorstellung der meisten Deutschen haftete. Als dann im Herbst 1918 die Niederlage plötzlich unausweichlich zur Gewißheit wurde, da wurde selbst diese Gewißheit von vielen nicht für möglich gehalten, und es begann die deutsche Flucht vor der neuen Lage oder der deutsche Trotz, „im Unglück nun erst recht“ es wagen zu müssen, in Zukunft nicht „1918“ anzuerkennen, sondern „1914“ als eigentlich angemessene Ausgangsstellung Deutschlands in der Welt anzusehen. So ergab sich, stärker als je zuvor, eine Kluft zwischen der wirklichen welt-

⁴ Ebenda, S. 165.

politischen Lage und dem Bewußtsein von der deutschen Situation inmitten einer gewandelten Welt.

Wie war diese Situation? Die Antwort darauf ist in Deutschland seit 1919 meist durch Hinweis auf den Friedensvertrag von 1919, das „Diktat“ von Versailles, gegeben worden. Das geschah in den 20er Jahren durch alle deutschen Parteien, am stärksten auf der Rechten, mit besonderer Übersteigerung aber dann durch den Nationalsozialismus. Weil dies so war, trat in der Zeit nach 1945 eine gewisse Unsicherheit in der Antwort auf unsere Frage ein. Denn man wollte nicht Thesen Hitlers weiterschleppen; man hatte auch ein richtiges Gefühl dafür, daß Versailles allein und monokausal als Antwort wohl ungenügend sei, daß die agitatorisch pejorativ gesehene Verbindung von Versailles und Demokratie sicher nicht zulässig sei, daß die Friedensbedingungen von 1919, verglichen mit der vertragslosen deutschen Not der Jahre nach 1945, gar nicht so hart gewesen seien, ja daß es sich mehr um einen heute schwer begreifbaren deutschen Versailles-Komplex gehandelt habe als um einen ungerecht harten Friedensvertrag, der objektiv gesehen gar nicht so erbarmungslos und niederschmetternd gewesen sei. Auch scheute man sich in der Ohnmacht, Unsicherheit und Scham nach 1945 den Schatten von Versailles allzu sehr zu beschwören, da es doch darauf ankam, die Freundschaft mit Frankreich und einen fortschreitenden europäischen Zusammenschluß wenigstens im freien Westen nicht durch nationalistische Reminiszenzen zu gefährden. Es scheint mir, daß wir heute genug Abstand haben, sowohl gegenüber der Versailles-Mißdeutung Hitlers wie gegenüber der Versailles-Scheu einer Nach-Hitler-Zeit. Die Antwort auf unsere Frage scheint mir darin zu bestehen, daß Versailles so hart gesehen werden muß, wie es in der Tat gewesen und erlebt worden ist, daß Versailles aber nicht ausreicht, um Klarheit in unserer Frage zu gewinnen.

Statt dessen führt uns die oben zitierte Briefstelle Max Webers weiter. Unmittelbar nach der Niederlage, die Weber in ihren vollen Konsequenzen, im Grunde gemäß der vorhin bezeichneten Alternative von Weltmacht oder Ohnmacht anerkannte, sah er gleichwohl Deutschland auch jetzt wieder in der Weltpolitik und nicht in der europäischen Enge. Folgerichtig mußte es sich, wenn Max Weber recht sah, auch nach 1918 für Deutschland um Weltpolitik handeln, wenn auch nicht um Weltmachtspolitik, mit der es „vorbei“ war. Durch den Weltkrieg war entschieden worden – so schließen wir im Anschluß an und im Einklang mit Max Webers Aussage –, daß Deutschland ein für alle mal aus dem Rang einer der ersten drei Weltmächte gestrichen war und daß das Deutsche Reich nun nur in einen zweiten Rang wiederaufsteigen konnte, im Schatten der durch den Weltkrieg herbeigeführten Weltherrschaft der Vereinigten Staaten, von der nicht feststand, ob sie nicht eines Tages mit Rußland geteilt werden mußte. Das war die der weltgeschichtlichen Situation der Jahre nach 1917 gemäße Sicht. Nicht nur Deutschland, sondern Europa und das traditionelle europäische Staatensystem hatten damals ihre alte Rolle abgeben müssen.

Das führte in der Tendenz nicht nur zu einer neuen Machtverteilung, bei der Europa aus der politischen Mitte der Erde herausgedrängt wurde und womöglich

in naher Zukunft sogar in die Pufferzone beider Weltblöcke geraten konnte, sondern es bedeutete im Programm oder in der Prognose eine neue Epoche der Weltgeschichte durch ein oder zwei erdumspannende Internationalismen. Von Amerika aus verkündete Wilson das Ende der alten *balance of power*, d. h. des Systems diplomatisch rivalisierender und sich militärisch verbündender Staaten, deren politische *ultima ratio* der Krieg gewesen war; er setzte dagegen den Gedanken der *community of power*, d. h. des Zusammenschießens der Vielheit von Macht in eine Einheit von Macht, oder des Aufgebens uneingeschränkter Souveränität zugunsten eines großen Bundes der Nationen, durch den der Friede zwischen den Staaten und die demokratische Freiheit innerhalb der Staaten endgültig gesichert sein sollten.

Von Rußland aus hatte Lenin gleichfalls den Frieden proklamiert, meinte Frieden aber nicht als demokratische Friedensorganisation auf der Grundlage eines territorialen, nationalen und sozialen *Status quo*, von dem aus eine glückhafte Evolution möglich sein sollte (wie bei Wilson), sondern als Atempause, um die sozialistische Revolution in Rußland zu stabilisieren und über die Grenzen Rußlands als Weltrevolution hinauszutragen. Es sollte Krieg sein um dieser Revolution willen – Krieg aber nicht mehr zwischen Staaten des ausbalancierten Systems, sondern Krieg horizontal durch diese Staaten hindurch in einer Kombination von Klassenkampf und Heereskampf, Krieg ohne Scheidung von innen und außen, von Zivil und Militär, Krieg mit allen Mitteln und auf allen Gebieten eines total politisierten Lebens. Am Ende dieses in einer Kette von Unruhen und Kriegen zusammengefaßten Weltbürgerkriegs sollte auch bei Lenin der die bisherige Geschichte aufhebende Weltfriede stehen, der Weltfriede einer klassenlos und staatenlos werdenden Gesellschaft.

Beide großen Programme, die Demokratie Wilsons ebenso wie der Kommunismus Lenins, waren erdumspannend gemeint. Da sie sich prinzipiell ausschlossen, war ein Kompromiß zwischen ihnen kaum denkbar. Blieben sie beide als Weltprogramm erhalten und stand zukünftig hinter beiden eine Weltmacht, so war damit ein WeltDualismus zum Ausdruck gebracht, der entweder durch Kampf oder durch Ideologieabbau und daraus folgende Kompromißbereitschaft eines Tages zu seiner Auflösung drängen konnte. Beide Programme – irenisch harmonisierend das eine, dialektisch kompromißlos das andere – warben um *alle* Völker der Erde. Diesem Werben wohnte von beiden Seiten die vollständige Negation des bisherigen europäischen Staatensystems mit seinen überlieferten politischen und militärischen Methoden inne – gleichgültig, ob dieses Staatensystem noch europäisch begrenzt oder auf die ganze Erde bezogen wurde. Beide Programme bedeuteten utopisch die Überwindung der „bisherigen Geschichte“. Geistig waren sie beide europäischen Ursprungs. Politisch zielten sie beide auf das Ende Europas. Europa selbst hatte sie durch seinen europäischen Krieg, der zum Weltkrieg geworden war, aus der Welt des Gedankens in die politische Wirklichkeit gebracht. Blieben sie in dieser wirksam, dann war das Ende Europas im Sinne des alten Konzerts der Staaten besiegelt.

Die Sonderstellung Deutschlands in dieser Konstellation bestand nun darin, daß

auf die deutsche Nation und ihre mögliche Führerrolle in einem Großreich „Mitteleuropa“ die Anstrengungen der beiden großen Rivalen der Zukunft in erster Linie gerichtet waren. Wilson setzte das gewaltige Kriegspotential der Vereinigten Staaten gegen Deutschland ein, um diese in seinen Augen stärkste antidemokratische Weltmacht militärisch zu brechen, ihrer „autokratischen“ Führung zu entledigen, sie sicher für die demokratische Verfassung zu machen und in die kommende Friedensliga der Nationen als unschädlich gemachtes, zivilisiertes Mitglied einzufügen. Lenin aber war davon überzeugt, daß seine Revolution nur dann zur erfolgreichen Weltrevolution werden konnte, wenn Deutschland von ihr erfaßt und die Deutschen für sie eingesetzt wurden. So konzentrierte sich der tieferliegende Entscheidungskampf zwischen 1917 und 1919 auf Deutschland, das zu gewinnen für jede der beiden Seiten von Bedeutung war.

Das Eigentümliche der deutschen Lage nach 1919 ist darin zu sehen, daß sich die Deutschen dem Anruf des revolutionären Ostens widersetzen, während sie sich gleichzeitig im Jahre 1919 bei den Wahlen mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Demokratie im westlichen Sinne zuwandten und ihnen gleichwohl auf der Pariser Friedenskonferenz die Einfügung in den entstehenden Weltfriedensbund der demokratischen Nationen verwehrt wurde. So wurde auch der Anruf des demokratischen Westens entwertet, und die Deutschen sahen sich isoliert und ausgestoßen in der Kleinlichkeit und Kleinräumigkeit deutsch-europäischer Streitfragen, weit entfernt von den weiträumigen Vorstellungen einer gestern noch real erschienenen Weltpolitik. Nach den Kriegsillusionen waren auch die Nachkriegshoffnungen vergangen.

Beide ideologischen Weltmächte waren also bei ihrem Zugriff auf Deutschland gescheitert und zogen sich, die eine absichtlich, die andere notgedrungen, von Europa zurück. Wilson drang mit seinem Programm politischer Welterlösung bei den assoziierten Siegermächten nicht durch, weil sie ihre Staatsräson, wie sie sie auffaßten, allein oder vorwiegend zur Richtschnur ihres Handelns auf der Friedenskonferenz machten; und er verlor endgültig seine weltpolitische Rolle, weil seine eigene Nation sich ihm entzog und mit großer Mehrheit 1920 den Präsidentschaftskandidaten des Isolationismus wählte. Die Amerikaner zögerten, in eben dem Moment, als ihnen die Führerrolle auf der Erde zugefallen war, diese Rolle zu spielen. Sie traten dem neuen Völkerbund nicht bei, sie überließen das geschlagene Deutschland der Gewalt seiner europäischen Sieger in einem mehr oder weniger französisch bestimmten Europa, und sie verweigerten die Verantwortlichkeit für die Gesamtordnung der Erde, für die Wilson sie zum Kriegseintritt veranlaßt hatte. Das Scheitern Wilsons und die amerikanische Abstinenz von intensiver Weltpolitik waren wohl die Hauptursache dessen, daß Deutschlands junge demokratische Verfassung weltpolitisch ohne Stütze blieb, mochte auch der sog. Wilson-Frieden realpolitisch nie Aussicht auf Verwirklichung gehabt haben. In den öffentlichen Reden Wilsons war er ebenso Wirklichkeit gewesen wie in den Hoffnungen deutscher Demokraten, die alsbald zusammen mit Wilson bezichtigt wurden, durch ihre Unfähigkeit den Weg vom Wilson-Frieden zum Clemenceau-Frieden schuldhaft frei-

gegeben zu haben. Weltpolitik im Sinne des Max-Weber-Zitats, d. h. unter und mit der amerikanischen Weltherrschaft, war den Deutschen nach 1919 versagt, weil die Konsequenz der amerikanischen Kriegsbeteiligung von den Amerikanern selbst nicht gezogen worden war.

Weltpolitik unter und mit der Weltrevolution Lenins aber wollten die Deutschen und wollten auch die Führer der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung weit überwiegend nicht betreiben. Die sozialdemokratische Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung mit den Freikorps unter politisch rechts stehenden Offizieren verbündeten sich gegen die Revolution von links, die in die Leninsche Weltrevolution hätte einmünden können, wenn sie erfolgreich gewesen wäre. Das deutsche Volk bejahte in den Wahlen diese Entscheidung. Der Bolschewismus wurde abgewehrt und blieb abgewehrt durch alle Jahre der Weimarer Republik hindurch. Gleichwohl blieb das revolutionäre Rußland den Deutschen politisch näher als das wieder fern gewordene Amerika – nicht nur, weil die KPD alsbald zu einer starken Bürgerkriegsformation in sowjetrussischer Abhängigkeit wurde, sondern auch weil die Stellung Deutschlands in Europa durch den Wiederaufstieg Rußlands erheblich berührt wurde.

Immerhin schien Europa, das hieß das Europa der westlichen Siegerstaaten, zunächst mehr oder weniger unter sich zu bleiben. Der Völkerbund wurde zwar gegründet und enthielt in seinem Statut wie in seiner ihm innewohnenden Idee viel von dem, was Wilson gewünscht hatte. Doch waren in ihm weder die Vereinigten Staaten noch Sowjetrußland, noch das besiegte Deutschland vertreten, und faktisch wurde er von Frankreich und Großbritannien politisch bestimmt. Kein Wunder, daß diese neue internationale Organisation von der Mehrzahl der verwundeten und enttäuschten Deutschen nicht als Beginn eines Weltfriedensbundes der Vereinten Nationen, sondern als Instrument der Besiegelung des Unrechts von Versailles angesehen wurde. Der Völkerbund sollte, so sahen es die Deutschen, mit dazu dienen, die neuen Grenzziehungen zu sanktionieren, bei denen das demokratische Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts bewußt und eingestandenermaßen vorwiegend zugunsten der gegen Deutschland und Ungarn stehenden Staaten, kaum jedoch im deutschen Sinne angewandt worden war. Dabei stand vor allen einzelnen Grenzfragen an erster Stelle das Verbot des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Reich, obwohl sich alle anderen Teile des zerfallenen Österreich-Ungarns ihren Nationalstaaten angeschlossen oder, wie im Falle der Tschechoslowakei, einen neuen Nationalstaat gebildet hatten.

Deutschland sah sich auf Europa zurückgeworfen und war doch aus Europa ausgeschlossen. Statt neuer Weltpolitik war das Deutsche Reich eingeschnürt, nicht allein durch die Bestimmungen der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, sondern außerdem durch Frankreichs neue, gegen Deutschland gerichtete Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei. Der Blick der Deutschen wurde eingeengt auf das Dreieck Paris–Warschau–Prag. Welch Kontrast zur Mitteleuropa-Konzeption von 1915! Und Welch Kontrast zu den sich bereits anbahnenden weltpolitischen Wandlungen!

In solcher Lage mußte zunächst alles darauf ankommen, das Verhältnis zu Frankreich aus dem Zustand eines kalten Krieges herauszuführen. Dies aber konnte nur mit Unterstützung Großbritanniens geschehen; und Ausgleich mit Frankreich hieß zugleich Aufnahme des Deutschen Reichs in den Völkerbund. Bekanntlich hat Stresemann 1925/26 dies Ziel erreicht, indem er als Gegengabe die Garantie des Reichs für den Status quo an der deutschen Westgrenze einschließlich der Entmilitarisierung des Rheinlandes bot und damit das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigte. In Locarno wurde dies im Herbst 1925 völkerrechtlich festgelegt. Der Friede schien nun wirklich geschlossen zu sein. Das bisher isolierte und verfeimte Deutschland war wieder eingefügt worden. Doch wohin? Und unter, welchen Bedingungen?

Es war eingefügt in den Völkerbund, der ein Torso war. Eingefügt in Europa, für das die Stunde des Zusammenschlusses gekommen war, wie viele meinten, und das doch trotz des Völkerbundes noch immer vielfältig zerspalten war in saturierte und unbefriedigte, in verbündete und isolierte, in aufgerüstete und abgerüstete Staaten, von denen viele Nationalitätenstaaten waren, die Nationalstaaten sein wollten und damit ein fortdauerndes Unbehagen an der zerrissenen „Europa irredenta“ hatten. Deutschland hatte sich in Locarno mit den Saturierten zusammengetan und hatte sich im Westen selbst als befriedigt erklärt; im Osten und Südosten hatte es aber nach wie vor – und zwar offiziell – seine Wünsche nach Grenzrevisionen, wenn auch unter der Versicherung, sich der Gewaltanwendung enthalten zu wollen. Deutschland hatte also teil sowohl am saturierten wie am unbefriedigten Europa. Stresemann strebte nach dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa. Auch Briand tat das. Nur waren die Konzeptionen der beiden politischen Freunde so weit unterschieden wie die Staatsinteressen Frankreichs und Deutschlands in bezug auf die Fragen der Gestaltung Europas. Mehr als das: Deutschland stand auch zwischen dem Völkerbund-Europa, dem es sich anschloß, und der gegen den Völkerbund gerichteten revolutionären Sowjetmacht, mit der es den Vertrag von Rapallo geschlossen hatte. Zwar hatte Stresemann dem sowjetrussischen Druck (gegen Locarno) widerstanden und war trotz der Drohungen, Warnungen und Lockungen Čičerins nach Locarno gegangen. Aber dort handelte er, indem er den russischen Druck als Trumpf ausspielte, Einschränkungen der sog. Sanktionspflicht des Reichs als Völkerbundsglied im Falle eines Konflikts mit Rußland ein, und ein halbes Jahr nach dem Vertragsabschluß in Locarno schloß er mit den Russen den Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag von Berlin. So stand Deutschland, ausbalanciert zwischen West und Ost, zwischen dem Genfer Völkerbund und dem bolschewistischen Rußland. Innenpolitisch jedoch, d. h. in seiner parlamentarisch-demokratischen Verfassung, ferner durch die außenpolitischen Bindungen, die Stresemann eingegangen war, und finanziell durch die Verquickung von Reparationen und amerikanischen Krediten, war Deutschland westlich gebunden; aber das Gegengewicht der Möglichkeiten, die die Sowjetunion diplomatisch, wirtschaftlich und militärpolitisch bot, wurde – dank der Zweigleisigkeit der russischen Politik – ausgenutzt, insofern als mit Rußland als Staat unter Staaten paktiert, von

Rußland als der Schutzmacht der Kommunistischen Partei jedoch Abstand gewahrt wurde.

Daß diese Sonderstellung Deutschlands als Teilhaber am befriedeten und am friedlosen Europa sowie als befreundete Macht Großbritanniens und Frankreichs einerseits, der Sowjet-Union andererseits nicht von Dauer sein konnte, würde sich aus einer eingehenderen Konstellationsanalyse der damaligen Lage klar ergeben. Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, daß die beiden Riesen, die USA und die SU, wieder stark auf Europa zukamen. Dann aber mußte alles wieder in weitere weltpolitische Dimensionen geraten; und dies um so mehr, als die deutsche Wirtschaft trotz aller Kriegs- und Nachkriegsbelastungen in einem bemerkenswerten Ausmaß wieder expandierte. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen jener Jahre vor 1930 sind unter diesen Aspekten von besonderer Bedeutung. Hier gab es Ansätze nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, sondern auch in der Sozial- und Wirtschaftsverfassung sowie im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Gemeinsame geistige Traditionen, wirtschaftspolitische Interessen und analoge Zwänge der modernen Lebensweise wirkten in der gleichen Richtung, nämlich einer geistigen Annäherung und einer Minderung der durch den Weltkrieg so überbetonten politisch-ideologischen Gegensätze. Doch wurde all das jäh unterbrochen durch die Weltwirtschaftskrise und überspült durch die nationalsozialistische Welle in Deutschland, die erst infolge der Wirtschaftskrise zu einer solchen Gewalt ansteigen konnte, daß Hitler pseudo-legal das Erbe der labilen Republik von Weimar antreten konnte.

Damit trat ein grundlegender Umbruch der deutschen Stellung in der Weltpolitik ein, die gerade zur Zeit der Wirtschaftskrise sich in einer gewissen Schwebelage mit Tendenzen zu stärkerer Annäherung Deutschlands an eine atlantisch-westliche Interessengemeinschaft befand. Hitlers Außenpolitik war in ihrer ersten Phase auf gewaltsam erzwungene Revisionen der Friedensverträge von 1919 gerichtet. Das bedeutete aber, da die Feindschaft zum Bolschewismus stärker denn je betont wurde, daß Stresemanns Brückenstellung zwischen West und Ost aufgegeben und statt dessen tiefe Gräben der Isolierung nach West und Ost hin gezogen wurden. Freilich blieb dies noch jahrelang verschleiert. Denn nach Westen hin verstand Hitler zu täuschen und hinzuhalten, so daß erstaunliche Brückenschläge über die neu aufgerissenen Gräben bis zum Herbst 1938 immer wieder gelangen. Danach erst wurden spät, sehr spät, die Folgerungen aus der nun sichtbaren Tatsache gezogen, daß Hitler sich wirklich vermaß, Deutschland aus eigener Kraft, unzulänglich unterstützt allenfalls durch die beiden gleichfalls unbefriedigten, expansiven Mächte Italien und Japan, nicht nur aus der Einengung von Versailles zu befreien, sondern zur gewaltsamen Ausweitung des „Lebensraumes“ überzugehen, wie er es in seinem Buch „Mein Kampf“ einst deutlich genug gesagt hatte. Gewiß hatte Hitler sich den Gang der Handlung glücklicher vorgestellt, als es dann wirklich geschah, weil er die Kette lokalisierter Einzelaktionen im Osten fortzusetzen hoffte, in der Meinung, daß die Westmächte moralisch schwach seien, und in der Absicht, die gewaltsame Ausdehnung des Reichs zunächst jedenfalls nur

nach Osten, nicht aber nach Westen hin zu betreiben. Als aber der große Krieg ihm dann doch (in seiner Terminologie) aufgezwungen wurde, nahm er ihn zuversichtlich und verbissen auf sich, ja weitete ihn aus freien Stücken aus, indem er am 22. Juni 1941 den Krieg gegen Rußland eröffnete. Deutschland sollte es aus eigener Kraft schaffen. Der Schatten des Jahres 1917 mit den Namen Wilson und Lenin, mit den beiden großen Weltideologien und den inzwischen weiter erstarkten großen Weltmächten schien weggewischt zu sein. Das Deutschland niederhaltende Klein-Europa von 1919 mit dem Dreieck Paris–Warschau–Prag aber war dem Vergessen preisgegeben. Mochte dieses Europa von 1919 nun in der Tat gefallen sein, und zwar ohne Aussicht auf Wiederherstellung seines schon in den 20er Jahren künstlich überhöhten Gewichts, so war es doch ein vermessener Gedanke, die Welt durch drei Have-nots aus den Angeln zu heben und sowohl die Sowjet-Union als auch die amerikanische Macht als gering und morsch zu verachten.

Hitlers verstiegener Versuch, das Rad der Geschichte gewaltsam zurückzudrehen, stellte eine Möglichkeit deutscher Weltpolitik dar, die schon von 1919 bis 1933 im nichtoffiziellen Deutschland in großen Massen der politischen Rechten einschließlich sehr vieler demokratischer Wähler des Jahres 1919 virulent gewesen war. Eine Möglichkeit freilich kaum im Sinne von etwas möglicherweise Realisierbarem, wohl aber im Sinne von etwas für möglich, ja erwünscht Gehaltenem. Die so begriffene Möglichkeit einer deutschen Trotzpolitik nach allen Seiten hin wurde schon nach 1919 in furchtbarer Verblendung populär als Alternative zur sog. Erfüllung- oder Verzichtpolitik gesehen, als deren Vertreter auch Stresemann, ja gerade Stresemann galt. Hitler hatte sich dieser Stimmung des deutschen Allein- und Selbstkönnens bedient. Sie entsprang einer Haltung des blinden Trotzes und der nationalen Selbstbespiegelung, wie sie wohl allen Völkern in ihrer Phase nationalrevolutionärer Bewegung eigentümlich ist, wie sie aber gerade bei den Deutschen im Zusammenhang mit ihrem Gipfel- und Absturzerlebnis von 1918 besonders krampfhaft gesteigert worden war. Vieles wirkte hier geistesgeschichtlich nach. Es ist dabei nicht nur zu denken an die Fernwirkungen von 1813 („Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“) oder von 1870 (der Nationalfeiertag der Schlacht von Sedan als Symbol deutscher Unbesiegbarkeit mit der Gefahr der Überschätzung militärischer Leistung auf Kosten der politischen), auch nicht an die nationalbürgerlichen Bewegungen, wie sie sich bei den Alldeutschen, dem Flottenverein und anderen Verbänden, schließlich in der Vaterlandspartei äußerten und bis zu völkisch-antisemitischen Wahnlehren sich steigerten, auch nicht nur an die heute vielberufene und doch schwer einheitlich zu fassende „Konservative Revolution“, sondern auch an sog. christlich-nationale Propaganda im Zentrum, der BVP und der Christlichen Gewerkschaften, ja schließlich auch an ein gewisses weltpolitisch-ideologisches Dilemma, in dem sich die SPD befand, wenn sie die Leninsche Ausprägung des Marxismus ablehnte und doch in den sog. „kapitalistischen“ Demokratien wenig Geistesverwandtes fand, so daß auch sie, so fern sie auch einer blinden Trozhaltung stand, doch teilhatte an einer in die 20er Jahre weit hineinreichenden politisch-ideologischen Isolierung der Deutschen

in der Welt. Auch dies gehört zur deutschen Sonderstellung nach 1919. Beide Tendenzen, der Trotz nationaler Selbstbefriedigung in politischer Isolierung einerseits und die Vernunft weltpolitischer Einfügung im zweiten Rang andererseits lagen gegeneinander volkpsychologisch im Rennen, als die Weltwirtschaftskrise ausbrach und damit die Gefahr aufs höchste anstieg.

Indem durch Hitler die unrealisierbare Möglichkeit der Autarkie- und Trotzpolitik zum Teil mit Hilfe der Deutschen selbst, zum Teil über die Köpfe der Deutschen hinweg durchgesetzt worden war, wurde der Weg zu einer Katastrophe für viele europäische Völker und für die Deutschen selbst beschritten. Die großen Gegner Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg waren noch einmal durch Hitler zusammengezwungen worden. Für die Sowjetrussen war es ein taktisch erwünschtes Zwischenspiel der Koexistenz, für die Vereinigten Staaten unter Roosevelt war es mit der illusionären Hoffnung auf eine demokratische Evolution in der Sowjet-Union verbunden. Der Unterschied zu 1918 bestand für Deutschland nur darin, daß die bolschewistische Macht nicht aus Europa herausgekämpft, sondern durch Hitler und Roosevelt eingelassen worden war, und ferner darin, daß die Welt- rivalen von 1917 nun nicht aus Europa herausgingen, sondern in Europa ihre Machtsphären abgrenzten.

Beide trafen sich in Deutschland und hielten nun – anders als 1918 – Feindberührung in Deutschland. Nachdem das Deutsche Reich zwischen 1918 und 1944 den Weltdualismus nicht als für sich verbindlich anerkannt hatte, hatte der Versuch, eine dritte Kraft oder gar eine oberste Kraft zwischen den beiden weltweit wirkenden Riesen zu werden, mit der deutschen Teilung geendet. Eine geteilte Nation in einer gespaltenen Welt des Kalten Krieges, dessen Anerkennung wir nicht in einer erneuten Flucht vor der Wirklichkeit ausweichen können, und eine geteilte Nation in einer kommenden Welt der Vereinten Nationen, in der es keine geteilten Nationen mehr geben soll – das steht als Ergebnis am Ende der Epoche der beiden deutschen Weltkriege.

In den 20er Jahren gabelte sich der Weg deutscher Weltpolitik; der Weg des Maßes und der Vernunft stand offen, aber wurde verfehlt. Der Weg führte in den Abgrund. Doch die Geschichte der deutschen Nation ist weitergegangen und steht heute von neuem mitten in der 1917 angebrochenen Entscheidungssituation. Es scheint nur, daß heute nicht nur Regierung und Opposition in Westdeutschland, sondern auch das deutsche Volk im ganzen besser als in den 20er Jahren begriffen haben, daß deutsche Politik heute nur Weltpolitik in einer schnell sich wandelnden Welt sein kann; Weltpolitik im zweiten Rang ohne souveräne Eigenmacht, aber auf jeden Fall Politik und Engagement. Denn sich aus dem Rennen der Großen herauszuhalten und den drohenden Zugriff des totalitären Machtmißbrauchs zu ignorieren, wäre ebenso eine deutsche Flucht, wie es die Politik des Trotzes und der Selbstüberschätzung einst gewesen ist.

Miszelle

HARTMUT LEHMANN

GRAF BERCHTOLD UND DER WEIHNACHTSAUFRUF
PAPST BENEDIKTS XV.

Der Versuch Papst Benedikts XV., im August 1917 Frieden zwischen den kriegführenden Mächten zu stiften, hat frühzeitig das Interesse der Historiker auf sich gezogen. Schon Friedrich Meinecke beschäftigte sich mit der Frage, wer für das Scheitern dieses Friedensvorschlages verantwortlich sei, und die Diskussion über die Rolle des deutschen Reichskanzlers Michaelis zog sich bis in die letzten Jahre hin¹. Weniger bekannt sind dagegen die Schritte, die Benedikt XV., der im September 1914 den Stuhl Petri bestieg, schon kurz nach seiner Inthronisation zur Annäherung der kriegführenden Parteien unternahm. Die Akten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs werfen Licht auf eine Episode, die im November und Dezember 1914 stattfand, und die das Verhältnis der katholischen Großmacht Österreich-Ungarn, der ‚zweiten Kraft‘ im Lager der Mittelmächte, zur Kurie erhellt.

Am 28. November 1914 telegraphierte der österreich-ungarische Botschafter an der Kurie Prinz Schönburg seiner Regierung, der Kardinal-Staatssekretär Gasparri habe ihm mitgeteilt, der Papst wolle sich „persönlich und direkt an alle Staatsoberhäupter der kriegführenden Staaten wenden, um sie zu bitten, für den Weihnachtstag Waffenruhe zu gewähren“. Um aber über die Aufnahme dieses Vorschlages im voraus unterrichtet zu sein, denn der Papst wolle ihn nur ausführen, wenn alle Staatsoberhäupter sich damit einverstanden erklären, bitte Gasparri vertraulich um Stellungnahme der Wiener Regierung². Graf Berchtold, der über die Balkankriege und den Kriegausbruch hinweg die Leitung der österreich-ungarischen Außenpolitik in seiner Hand behalten hatte, teilte diese Anregung dem Armeekommando mit, da, wie er sich ausdrückte, „für unsere Stellungnahme zu obiger vertraulicher Anfrage ausschließlich militärische Rücksichten maßgebend sind“. Er bat Conrad von Hötzendorf, ihm mitzuteilen, ob dieser Vorschlag „überhaupt“ und wenn, dann unter welchen Bedingungen, ausführbar sei. Er möge dabei aber beachten, daß in Rußland Weihnachten an einem anderen Tage gefeiert werde als in der Donaumonarchie, und seine Entscheidung vielleicht im „Einvernehmen mit (dem) deutschen Hauptquartier“ treffen³. Berchtolds Antwort an Schönburg

¹ Meinecke, Friedrich: Kühlmann und die päpstliche Friedensaktion 1917. In: Sitzungsberichte d. Preuß. Akademie d. Wissenschaften, phil.-hist. Klasse XVII, 1928. – Beiträge von Wilhelm Michaelis, Ernst Schütte und Karl D. Erdmann in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 7, 1956.

² Telegramm 108, Rom 28. Nov. 1914 Schönburg; in: Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Politisches Archiv, Krieg 25d, rot, Karton 952 (zit. als PA rot 952).

³ Telegramm 360, Wien 1. Dez. 1914 an Frhr. v. Giesl im AOK, PA rot 952.

klang zwar etwas konzilianter, aber auch in diesem Schreiben betonte der österreich-ungarische Minister des Äußeren, daß „naturgemäß“ militärische Gesichtspunkte diese Frage entscheiden müßten, obwohl er „an sich“ die „Verwirklichung der menschenfreundlichen Anregung des ehrwürdigen Vaters der Christenheit“ nur begrüßen könne⁴.

Erst nachdem Gasparri Schönburg gedrängt hatte, die Antwort des Ballhausplatzes rasch einzuholen, und nachdem Berchtold diese Bitte an das Armeeoberkommando weitergeleitet hatte, fand sich Conrad zu einer Stellungnahme bereit⁵. „Den edlen Intuitionen des Vorschlages einer Waffenruhe“, antwortete er, „stehen leider die streng realen Forderungen des Krieges so sehr entgegen, daß das Armeeoberkommando die Realisierung dieses Vorschlages als aussichtslos betrachten muß. Weder die Formulierung der Bedingungen einer solchen Waffenruhe, noch die Sicherstellung ihres Einhaltens erscheint praktisch ausführbar“⁶.

Inzwischen war Schönburg aber wieder mit Gasparri zusammengetroffen, und der Kardinal-Staatssekretär hatte ihm mitgeteilt, daß Rußland den Vorschlag Benedikts XV. unter „Hinweis auf militärische Gründe“ endgültig abgelehnt habe. Dagegen hätten England, Deutschland und Belgien dem Vorschlage zugestimmt⁷, während die Antwort Frankreichs noch ausstünde. Die Kurie lege aber Österreich-Ungarn nahe, dem Aufruf des Papstes doch Folge zu leisten, denn man plane, die „von Seiner Heiligkeit ergriffene Initiative“ bekannt werden zu lassen und hinzuzufügen, daß Österreich-Ungarn, Deutschland, England und Belgien sie positiv, Rußland aber negativ behandelt habe. Auch Schönburg schien eine zustimmende Antwort „vom politischen Gesichtspunkte opportun“⁸.

Die Tatsache, daß Rußland bereits abgelehnt hatte, der Vorschlag des Papstes aber nur durchgeführt wurde, wenn ihn alle Mächte gebilligt hatten, machte sich nun Berchtold zunutze. Er teilte dem Armeeoberkommando mit, der Plan des Papstes sei, nachdem Rußland abgelehnt habe, „als gescheitert zu betrachten“.

⁴ Telegramm 78, Wien 1. Dez. 1914 an Prinz Schönburg in Rom, PA rot 952.

⁵ Telegramm 113, Rom 6. Dez. 1914, Schönburg, weitergeleitet mit Telegramm 370, Wien 6. Dez. 1914 an Frhr. v. Giesl im AOK, beide PA rot 952.

⁶ Telegramm 247, Teschen 6. Dez. 1914 v. Wiesner sendet Antwort Conrads, PA rot 952. – Conrad notierte in seinen Memoiren (Aus meiner Dienstzeit Bd. 5, Wien 1925 S. 693) über eine Unterhaltung mit dem späteren Kaiser Karl am 7. Dez. 1914: „Zum Schlusse kam der Erzherzog auf den Wunsch des Papstes zu sprechen, am 24. Dezember eine allgemeine Waffenruhe eintreten zu lassen. Gut gemeint, entbehrte dieser Antrag des Wirklichkeits-sinnes. Wer konnte glauben, daß man im Toben des größten aller Kriege plötzlich für einen Tag innehalten könne, gleich einer Rast im friedlichen Manöver! Kaum konnte man vom Papste sagen: Es liegt die Welt so klar vor seinem Blick!“

⁷ Die Idee des Papstes erschien Kaiser Wilhelm II „sehr sympathisch und erwünscht“, wie es in einem Berliner Telegramm an den preuß. Gesandten am Vatikan, Weser, heißt. Vgl. Conrad, Memoiren a. a. O. S. 724f. und Telegramm 113, Rom 6. Dez. 1914, Schönburg.

⁸ Telegramm 114, Rom 6. Dez. 1914 Schönburg, PA rot 952. – Schönburg stand der Aktion Benedikts XV. sehr freundlich gegenüber und hatte in einem Bericht vom 2. Dez. 1914 ausgeführt, er sehe seine Aufgabe vor allem darin, „in der Sache den allerbesten Willen zu zeigen“. Bericht 51-L, Rom 2. Dez. 1914, PA rot 952.

Er vertrete aber die Ansicht, daß man die Anregung „im Sinne“ des Kardinal-Staatssekretärs „pro forma“ akzeptieren sollte, denn „hierdurch würde das Odium der Ablehnung auf Rußland abgewälzt, ohne daß unsere Zustimmung irgendwelche Konsequenzen hätte, und ohne daß der prinzipielle Standpunkt des Armeekommandos eine Beeinträchtigung erführe“⁹. Am gleichen Tage und mit der gleichen Begründung gelang es Berchtold, die Zustimmung des Kaisers zu diesem Plan zu erhalten¹⁰. Nun konnte er Schönburg endgültig Bescheid geben: „Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique appréciant beaucoup l'initiative prise par Sa Sainteté acceuille sa proposition avec vive sympathie.“ Zur Information Schönburgs fügte er aber hinzu, die Antwort des Armeekommandos sei eigentlich ablehnend gewesen. Da aber Rußland bereits den Vorschlag zum Scheitern gebrachte habe und dem Plan des Papstes „daher wohl nur mehr formale Bedeutung“ zukomme, habe er an der Haltung des Armeekommandos „keinen Anstand genommen“ und den Vorschlag „pro forma“ akzeptiert. Er habe, fuhr Berchtold fort, damit die Anregung Gasparris aufgegriffen, Rußland mit dem „Odium für das Scheitern der menschenfreundlichen Absicht Seiner Heiligkeit“ zu belasten¹¹.

Sicher unterschob Berchtold mit diesen Worten Gasparris seine eigenen Gedanken, denn ohne Zweifel beabsichtigte die Kurie zunächst, alle Staaten für ihren Vorschlag zu gewinnen. Als der Plan aber an der Ablehnung Rußlands gescheitert war, mußte ihr viel daran liegen, die ihr nahestehende katholische Großmacht Österreich-Ungarn doch noch zur Zustimmung zu bewegen. Denn welchen Eindruck hätte die Veröffentlichung des Schrittes gemacht, wenn nicht einmal die der Kurie am nächsten stehende Macht dafür gestimmt hätte.

Aber nicht nur die Art und Weise, wie Berchtold diese Aktion beendete, sondern auch sein anfängliches Verhalten verdient unser Interesse: Der Politiker Berchtold überließ die Entscheidung dem Vertreter des Militärs, Feldmarschall Conrad. Er hatte keinen Sinn für Friedenspropaganda und erkannte nicht, daß dieser Aufruf des Papstes, und sei es nur aus taktischen Gründen, Gelegenheit geboten hätte, die friedlichen und versöhnlichen Absichten der Donaumonarchie zu betonen. Er verstand es nicht, die Stimmung der Welt für sich einzunehmen, sondern er ließ die Entscheidung über diese Frage den bürokratischen Weg gehen und leitete die Anfrage an das Militär weiter. Nur dem Eingreifen des Wien wohlgesinnten Kardinal-Staatssekretärs war es am Ende zu verdanken, daß Österreich-Ungarn in die Reihe der wenigstens dem Schein nach verständigungsbereiten Mächte, die die moralische Bedeutung der Frage erkannt hatten – England, Deutschland und Belgien –, trat. Dabei hätte das ‚katholische‘ Wien den Anregungen des

⁹ Telegramm 375, Wien 8. Dez. 1914 an Frhr. v. Giesl im AOK, PA rot 952.

¹⁰ Immediatvortrag Graf Berchtolds bei Kaiser Franz Joseph, 8. Dez. 1914, PA rot 952.

¹¹ Telegramm 85, Wien 9. Dez. 1914 an Schönburg, PA rot 952. – Conrad hebt unter dem 11. Dez. in seinen Memoiren (Bd. 5, S. 724) nochmals das „Unmögliche“ des Vorschlages Benedikt XV. hervor. Er fügte hinzu, daß man „auch an leitender Stelle in Wien . . . wohl dieser Ansicht“ war, „doch gab der Umstand, daß Rußland bereits abgelehnt hatte, die Möglichkeit, an den Vatikan entgegenkommend zu antworten“.

Papstes doch aufgeschlossener gegenüberstehen müssen als das ‚protestantische‘ Berlin oder das ‚anglikanische‘ London.

Unter Kaiser Karl, dem Nachfolger Kaiser Franz Josephs, wurde dagegen die Vorherrschaft des Militärs Schritt für Schritt zurückgedrängt. So konnte auch sein Minister des Äußeren, Graf Ottokar Czernin, den Friedensaufruf Benedikts XV. im August 1917 – im Gegensatz zu Berchtold im Dezember 1914 – ohne Rücksicht auf militärische Interessen nehmen zu müssen, sehr zuvorkommend behandeln. Über beide Versuche Papst Benedikts XV. ging aber der erste Weltkrieg hinweg, der auf eine militärische Entscheidung drängte, die jeden moralischen Versöhnungsschritt erschwerte.

Dokumentation

HITLERS VERHANDLUNGEN MIT DER ZENTRUMSFÜHRUNG AM 31. JANUAR 1933

Am Vortage der „Machtergreifung“ waren Versuche des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei – die in dem am 6. November 1932 gewählten Reichstag 90 Abgeordnete (15 v. H.) stellten –, sich in die Verhandlungen um die Regierungsbildung einzuschalten, endgültig gescheitert¹. Papen hatte im Hinblick auf die ihm vorschwebende Kabinettslösung beide Parteien, die zu Unterhandlungen bereit waren, „bewußt ausgeschaltet“². Erst unmittelbar vor dem Empfang der neuen Regierung durch Hindenburg am Vormittag des 30. Januar hatte Hitler zugesagt, „sich unverzüglich mit Zentrum und BVP ins Benehmen zu setzen“³. Die mittags ausgegebene amtliche Mitteilung über die Regierungsbildung schloß mit dem Satz: „Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen“⁴. Da der Posten des Justizministers im Kabinett nicht besetzt worden war, blieb nach außen hin die Möglichkeit einer Erweiterung der Regierungskoalition, die über 42,3 v. H. der Reichstagsitze verfügte, offen⁵.

Ob im Verlauf einer ersten kurzen Fühlungnahme im Reichstagsgebäude zwi-

¹ Vgl. im einzelnen Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, bes. S. 338 ff. Ferner a. a. O. Karl Schwend, Die Bayerische Volkspartei, S. 478 f. und Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, S. 574 f. Dazu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 720; Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln und Opladen 1960, S. 46 f. Ferner die Bemerkungen über die letzten Tage vor dem 30. Januar bei Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 bis 1954. Berlin 1958, S. 549 f., 450.

² So Kaas am 1. Februar 1933 an Hitler; vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 342 mit Anm. 18; vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 81 vom 31. Januar 1933: Die Verhandlungen seien von Papen „geradezu unter hermetischem Abschluß vom Zentrum“ geführt worden.

³ Vgl. Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse. München 1952, S. 276. Nach Hans Otto Meissner und Harry Wilde hat Hitler unmittelbar vor der Vereidigung des Kabinetts demgegenüber Hugenberg versprochen, „nach einer Neuwahl [!] auch mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Verbindung aufzunehmen“. Die Machtergreifung, Stuttgart 1958, S. 190.

⁴ Dieser Satz der amtlichen Mitteilung, die die großen Zeitungen im Wortlaut brachten (vgl. auch Schulthess 1933, S. 31), fehlt bezeichnenderweise in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 31. Januar.

⁵ Vgl. Papens Telegramm an Graf Galen vom 28. Februar 1933; bei Morsey, Zentrumspartei, S. 343 Anm. 22. Die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 31 vom 31. Januar kommentierte: „Man habe das Zentrum bewußt übergangen, „man wird ohne das Zentrum und die BVP auskommen müssen“. Die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 84 vom 1. Februar 1933 schrieb: „Wenn die Presse Hugenbergs heute [31. Januar] feststellt, daß der Platz des Justizministers erst nach den Verhandlungen mit dem Zentrum besetzt werden soll, so hat sie wohl keine Empfindung dafür, daß das darin enthaltene Angebot nicht sehr verlockend erscheinen kann.“

schen Göring und Frick und den Zentrumsvertretern Perlitius und Bell am Nachmittag des 30. Januar (14.30 Uhr)⁶ oder auf anderem Wege dem Zentrum ein Angebot Hitlers übermittelt worden ist, einen Vertreter für die Leitung des Justizministeriums zu benennen, ist noch ungeklärt. Jedenfalls scheint diese Frage in Kreisen der Fraktion zur Sprache gekommen zu sein, ohne daß eine Entscheidung getroffen wurde⁷. Immerhin hatte Bell in der um 15 Uhr beginnenden Sitzung des Ältestenrats eine Mehrheit für eine achttägige Vertagung des Reichstags – der nach einem Antrag der SPD und KPD am folgenden Tage zusammentreten und über ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung abstimmen sollte – gewonnen mit der Begründung, Hitler Gelegenheit zu geben, die Regierungserklärung „in etwas größerer Ruhe“ vorzubereiten; zudem sollten die Parteien, wie der BVP-Fraktionsführer Prälat Leicht hinzugefügt hatte, durch die Vertagung die Möglichkeit erhalten, ihre Stellungnahme zu den politischen Fragen zu überprüfen⁸. Auf diese Weise waren Zentrum und BVP der Entscheidung über eine sofortige Anerkennung oder Ablehnung des Kabinetts enthoben.

In der um 17 Uhr beginnenden ersten Ministerbesprechung faßte Göring das Ergebnis des Gesprächs mit Perlitius und Bell wohl richtig dahin zusammen, daß das Zentrum „verstimmt sei, weil es über die Entwicklung der Lage [durch Papen] nicht orientiert worden sei“. Als seinen Eindruck fügte der Minister hinzu, das Zentrum erwarte, daß die „jetzige Reichsregierung“ der Partei „ein gewisses Entgegenkommen zeige“⁹. Dieses Stichwort nahm Hitler auf. Er wies in Abweichung von Hugenberg's Einwand gegen eine Einbeziehung dieser Partei in die Regierung in geschicktem Eingehen auf dessen Warnung vor „jeder Brüskierung“ des Zentrums darauf hin, daß eine – offensichtlich von ihm als mögliche Vorbereitung zu der von vornherein geplanten Parlamentsauflösung¹⁰ ins Auge gefaßte –

⁶ In der „Germania“ Nr. 31 vom 31. Januar hieß es, von NS-Seite sei als Zweck dieser „ersten Fühlungnahme“ bezeichnet worden, „eine Erklärung über die politische Lage entgegenzunehmen“. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 31. Januar hatten die beiden Minister die Zentrumsvertreter aufgesucht und über die Regierungsbildung unterrichtet. Das offizielle Mitteilungsblatt „Das Zentrum“, 4. Jg., Nr. 1/2, 1933, S. 9 sprach ohne weitere Angaben von einer „kurzen informatorischen Besprechung“.

⁷ Die „Frankfurter Zeitung“ kommentierte am 31. Januar, ein Eintritt von Zentrumsvertretern in das Kabinett komme „nicht mehr in Betracht, denn sicherlich könnten sich die katholischen Parteien nicht etwa damit begnügen, den Reichsjustizminister zu stellen und auf solche Weise dem Kabinett sehr viel näherzutreten, als es vom Standpunkt der katholischen Parteien gerechtfertigt wäre“.

⁸ Vgl. Morsey, Zentrumsparterie, S. 339. Es ist charakteristisch, daß die „Kölnische Volkszeitung“ die von Bell und Leicht vorgebrachten Begründungen für die Vertagung ihren Lesern nicht mitteilte.

⁹ Vgl. das Protokoll der Ministerbesprechung im Bundesarchiv Koblenz, R 45 I/1459; in englischer Übersetzung gedruckt in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Series C, Vol. I. London 1957, S. 5ff. Dazu Morsey, Zentrumsparterie, S. 340, und Bracher, Machtergreifung, S. 47.

¹⁰ Vgl. Goebbels' Tagebucheintragung vom 29. Januar: „Eine unserer Hauptbedingungen ist, daß der Reichstag aufgelöst wird.“ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. 19. Aufl. München 1937, S. 250.

„freiwillige“ Vertagung des Parlaments „ohne Mithilfe des Zentrums“ nicht möglich sei. Im übrigen verschob Hitler nach einem Einwurf des Reichskommissars Gereke, „daß das Zentrum die Regierung nicht werde tolerieren wollen“, jede Entscheidung mit dem Hinweis, daß er am Vormittag des folgenden Tages mit deren Vertretern „Fühlung nehmen wolle“. Eine entsprechende Erklärung gab Frick am gleichen Abend vor der Presse ab.

In der hier angesprochenen Verhandlung ging es um die Frage der Tolerierung der Regierung in irgendeiner Form oder – wie es die „Frankfurter Zeitung“ umschrieb – um die Bedingungen einer „ausdrücklichen oder stillschweigenden Mitwirkung“ des Zentrums an Hitlers „Regierungsexperiment“¹¹.

Als neuer Beitrag zu den Anfängen der „Machtergreifung“ und als aufschlußreiche Ergänzung der uns vor Jahresfrist zugänglich gewesenen Quellen kann hier ein vom Fraktionsvorsitzenden Perlitius unterschriebenes Protokoll über die Verhandlungen am Vormittag des 31. Januar¹² veröffentlicht werden (Dok. Nr. 1a)¹³. Parallel dazu wird das ebenfalls bisher nicht publizierte Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands der Zentrumsparlei vom Nachmittag des 31. Januar abgedruckt¹⁴, das vom Generalsekretär des Zentrums, Heinrich Vockel (M.d.R. seit 1930), angefertigt ist und gegenüber der erstgenannten Niederschrift bemerkenswerte Abweichungen aufweist (Dok. Nr. 1b). Diesen beiden Berichten wird schließlich Hitlers Version über die Verhandlungen, die er in der Kabinettsitzung am Nachmittag des gleichen Tages gab, angefügt (Dok. Nr. 2). Zusammen mit den zur Kommentierung herangezogenen Protokollen von zwei Sitzungen der Zentrumsfraktion am Nachmittag und Abend des 31. Januar sowie mit offiziellen Verlautbarungen des Zentrums lassen diese Quellen wie in einem Brennspiegel das geschickte Taktieren Hitlers, mit dem er das Zentrum ausmanövrierte, erkennen.

Dokument Nr. 1

31. Januar 1933, 11 Uhr: Unterredung des Reichskanzlers Hitler
und des Reichsinnenministers Frick
mit den Zentrumsführern Kaas und Perlitius

1a: Maschinenschriftliches Protokoll, von Perlitius unterschrieben. Am Kopf der eigenhändige Vermerk: „1. Exemplar“.

1b: Eigenhändiges Protokoll (Vockel) über die Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion am Nachmittag des 31. Januar 1933¹⁵.

¹¹ Leitartikel am 31. Januar 1933. – Ergänzend sei angemerkt, daß Einzeluntersuchungen über die Haltung der großen Zeitungen zu den Anfängen der NS-Regierung dringend erwünscht sind.

¹² Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 340f.

¹³ Das Original befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz, Nachlaß Kaas.

¹⁴ Für die Überlassung einer Photokopie habe ich Herrn Staatsminister a. D. August Wegmann M.d.L. besonders zu danken.

¹⁵ Auf Kopfbogen des Reichstags geschrieben (4 Seiten). Abkürzungen sind im Abdruck aufgelöst, einige Absätze umgestellt, damit sie sinngemäß mit dem Dok. Nr. 1a korrespondieren.

Protokoll der Unterredung der Vertreter der Zentrumsparlei mit Herrn Reichskanzler Hitler am 31. Januar 1933 vormittags 11 Uhr.

Für Dienstag, den 31. Januar 1933, waren die Vertreter der Zentrumsparlei, Herr Prälat Kaas und Herr Dr. Brüning, zu Herrn Reichskanzler Hitler geladen. Für den schon seit einigen Tagen erkrankten Dr. Brüning¹⁶ nahm Dr. Perlitius an der Unterredung teil. Von den Nationalsozialisten war Herr Minister Dr. Frick zugegen.

Die Unterredung begann mit einer Pause, die Herr Prälat Kaas mit den Worten beendete: Herr Reichskanzler, wir sind gekommen, um von Ihnen Mitteilungen zu erhalten; wir haben zunächst nichts zu sagen.

Nach einleitenden Worten der Versicherung seiner Loyalität und stets ehrlichen Verhandlungsabsichten gegenüber der Zentrumsparlei entwickelte Herr Hitler

1. seine Auffassung über die Zwangslage, in der sich die parlamentarische Kräftegruppierung gegenwärtig befinde. Der Kommunismus mache eine Links- wie eine Rechtsregierung unmöglich. Eine wesentliche Änderung dieser Konstellation würden auch wiederholte Wahlen nicht bringen, da mit weiterem, wenn auch nicht beträchtlichem Anwachsen der kommunistischen Bewegung zu rechnen sei. Nazi und Sozi könnten nie zusammen regieren. Hitler erregt: die Vernichtung des Kommunismus, des Fremdkörpers im deutschen Volke, sei sein unabänderliches Ziel, das er bis zum letzten verfolgen wolle¹⁸. Der bestehende anormale (parlamentarische) Zustand müsse beseitigt werden. Unsympathisch sei ihm

¹⁶ Brüning hatte noch am 29. Januar zusammen mit Kaas einer Besprechung mit den BVP-Führern Prälat Leicht und Staatsrat Schäffer beigewohnt. In einem in der „Deutschen Zeitung“ Nr. 45 vom 28. Mai 1952 veröffentlichten Leserbrief Brünings heißt es: „Ich selbst konnte an den letzten Tagen vor Schleichers Sturz nichts mehr unternehmen, da ich mit hohem Fieber an einer schweren Bronchitis zu Bett lag.“

¹⁷ Siehe weiter unten.

¹⁸ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Hitlers in der Kabinettsitzung am 30. Januar (s. Anm. 9).

Vorstandssitzung der Fraktion am 31. 1. 1933.

Kaas berichtet über seine und Perlitius' Besprechung mit Hitler-Frick.

Verliest den Entwurf der Fragen, die er mündlich vorgetragen und die er schriftlich dem Reichskanzler unterbreiten will¹⁷.

Kaas' Tendenz: aus Hitler herauszuhören, was er von der Situation, in der [er] operieren muß, paßt [sic!].

Einleitung: Haben Sie, Hitler, uns nichts mitzuteilen?

Hitler: Zuerst Loyalitätserklärung gegenüber dem Zentrum.

Dann: schildert Anormalität der parlamentarischen Verhältnisse, weil nach links wegen der Kommunisten keine Mehrheitsbildung möglich; dann für Hitler keine Mehrheitsbildung mit Sozis; aber: die Kommunisten können auch Mehrheitsbildung der Rechten verhindern.

trotz allem die zwangsweise Ausschaltung einer Gruppe von Volksvertretern, die Millionen Volk hinter sich habe; und doch müsse regiert werden, selbst nur auf eine Minderheit gestützt (cf. Papen); auch heute hätte das gedroht [sic!].

Einwerfend verwies Kaas auf seinen Sammlungsgedanken¹⁹, der bei den neuesten Verhandlungen gänzlich unbeachtet geblieben sei²⁰, worauf Hitler erwiderte, daß das nicht seine Schuld sei. Er habe schon früher seine Bereitwilligkeit gezeigt, mit dem Zentrum zusammenzugehen²¹ trotz furor protestanticus und ungeachtet der schweren gegenseitigen Bekämpfungen.

2. Auch jetzt wäre er noch bis in die letzte Stunde für eine Lösung mit dem Zentrum eingetreten²². Hitler erregt: am Montag, den 30. Januar 1933, hätte er vor den schwerwiegendsten Entscheidungen seines politischen Lebens gestanden. Er habe nur die Wahl gehabt zwischen einer Lösung mit ihm an der Spitze, die ihm vorgelegt worden sei, so wie sie sich in dem jetzigen Kabinett darstelle, oder einer Militärdiktatur ohne ihn. Um das Unglück, das sonst hätte kommen müssen, zu verhüten, habe er sich nach schwerem innerem Ringen für die Übernahme des Kabinetts in der ihm vorgeschriebenen Form entschieden. Er habe die Gefahr gesehen, die aus einer eventuellen Kampfgemeinschaft seiner Leute mit den Kommunisten auch für seine Bewegung erwachsen könne. (*Perlitius* wies auf den Verkehrstreik hin)²³.

Herr Prälat Kaas machte auf den reaktionären Charakter des Kabinetts und die

Hitler: Ich nur verantwortlich für den Nationalsozialismus; das andere sind Tatsachen, mit denen ich rechnen muß. Wenn ich diese Tatsachen nicht berücksichtigt hätte, dann nur Bajonettregierung, die gekommen wäre, wenn ich am 29./30. Januar mich nicht positiv entschieden hätte. Militärdiktatur stand bevor. Hitler sprach immer von Volksverbundenheit, gegen Bajonettspolitik.

¹⁹ Vgl. das Kapitel „Der Ruf zur Sammlung“ (1932), bei Morsey, Zentrumsparterie, S. 324ff. und den Kommentar der „Germania“ vom 31. Januar 1933: „Was jetzt . . . zustande gekommen ist, das ist nicht der Ausdruck dieser vom Zentrum erstrebten Sammlung.“

²⁰ In seinem Schreiben an Hitler vom 1. Februar (s. Anm. 2) sprach Kaas noch deutlicher vom Scheitern des „von mir seit langem mit innerster Überzeugung vertretenen Sammlungsgedankens der aufbauwilligen Kräfte“.

²¹ Hinweis auf die Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum im Sommer und Herbst 1932.

²² Diese wie auch die folgende Behauptung von der am 29./30. Januar drohenden Militärdiktatur brauchen hier nicht im einzelnen richtiggestellt werden.

²³ Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft vom 3. bis 8. November 1932.

Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch einzelne Mitglieder des Kabinetts aufmerksam.

Hitler erregt: Er habe in einer unausweichbaren Zwangslage sich befunden und könne für Charakter und Zusammensetzung des Kabinetts keine Verantwortung übernehmen. Ihm sei die fertige unabänderliche (jetzige) Ministerliste vorgelegt worden. Seine Entscheidung wäre ihm aber in etwa erleichtert worden durch die unpolitische Besetzung des Reichswehrministeriums²⁴, das er sonst als wichtigstes für sich unter allen Umständen in Anspruch genommen hätte. Er trage nur die Verantwortung für seine Bewegung. Seine Partei gäbe durch ihre Anwesenheit im Kabinett wenigstens eine gewisse Volksverbundenheit.

3. Herr *Hitler* betrachte den jetzigen Zustand der Regierungsbildung nur als eine Ausgangsstellung, deren Verlängerung durch andere hinzutretende Parteien in Aussicht genommen wäre. Er habe deshalb den Herrn Reichspräsidenten bald davon unterrichtet, daß er, H[itler], mit dem Zentrum Verhandlungen aufnehmen werde²⁵, wogegen Herr v. Hindenburg nichts einzuwenden hatte. Es sei ihm bekannt, daß den Deutschnationalen eine Erweiterung der Regierung durch das Zentrum nicht genehm sei und daß von diesen wie von Herrn v. Papen aufs heftigste dagegen angekämpft werde. Das seien Tatsachen, die er nicht aus der Welt schaffen könne.

4. Der Herr Reichskanzler fuhr fort, daß nun die Hauptfrage wäre, wie der Start ablaufen solle.

Herr Prälat *Kaas* benutzte diese Wendung in den Ausführungen des Herrn

Kombination nicht die Hitlers, sondern Papens und Hugenberg's. Hitler hat beabsichtigt abzulehnen. Hugenberg hat Zentrum ausschließen wollen, weil Hugenberg keine Parlamentsherrschaft will, die Hugenberg die Erreichung seiner Ziele nicht gelingen [lasse].

Hitler wollte überzeugen, daß ihm ein Schema, getragen von Hindenburg + Hugenberg = Stahlhelm, aufgezwungen worden ist. Eine Ablehnung dieses Schemas würde die sofortige Militärdiktatur bedeuten haben.

Regierungsbildung eine Unvollkommenheit, eine Ausgangsstellung, entspricht nicht seinen Intentionen, zur Erbreiterung [sic!] bereit – aber dem stehen die Deutschnationalen entgegen.

Kaas: Die Festlegung des personalpolitischen Kurses angeschrieben[sic!]:

²⁴ Vgl. dazu die in Weiterführung einer These von H. Krausnick (in: Die Vollmacht des Gewissens, München 1956, S. 208) neuerdings ausgesprochene Vermutung von Sauer (in: Die Machtergreifung: s. Anm. 1), S. 711, daß über die Besetzung des Reichswehrministeriums „schon frühzeitig eine Konsultation mit Hitler stattgefunden“ habe, die mit der Wahl Blomberg's zu einem Kompromiß zwischen Hitler und Hindenburg führte.

²⁶ Vgl. oben (Anm. 4).

Reichskanzlers, um die Aussprache in das mehr konkrete Fahrwasser zu bringen. Herr Kaas brachte zum Ausdruck, daß nach der bislang festzustellenden Auffassung in unseren Parteikreisen nicht in Aussicht gestellt werden könne, daß die Zentrumsparlei sich an dieser Regierung beteiligen würde. Es könne niemandem zugemutet werden, sich mit dem Kaffeesatz zu begnügen, den andere übriggelassen haben.

Der Herr Reichskanzler lehnt erregt die Verantwortung dafür ab und weist im einzelnen nach, wie schlecht seine Partei bei der Verteilung der Ministersessel fortgekommen sei.

Kaas betont, um klar Stellung nehmen zu können, müsse man doch wissen, was für ein Programm die Regierung habe. Grundsätzlich gesehen käme es uns nicht darauf an, wer regiere, sondern was eine Regierung wolle und tue²⁶. Bisher sei darüber nichts bekannt geworden.

Überdies sei die letzte entscheidende Stelle für eine Stellungnahme seiner Partei der geschäftsführende Vorstand und die Reichstagsfraktion. Es wäre beispielsweise wichtig, über einige Fragen entscheidender Art die Absichten der Regierung kennenzulernen.

Wenn Reichswehrministerium²⁶ neutralisiert werden soll, dann gut; wenn politisiert, dann für Hitler selbst.

Kaas: „Zentrum denkt nicht daran, den Kaffeesatz auszutrinken, den andere übrig gelassen haben“²⁷.

[Hitler:] Außenminister und Finanzminister festgelegt.

Verkehrsminister } festgelegt.
Kriegsminister }

Seldte festgelegt.

Papen als Vertrauensmann des Reichspräsidenten festgelegt.

Hitler hat nur Reichskanzler, Innenminister im Reich und Preußen und Luftkommissar.

Justiz noch offen.

Hitler erklärt, daß er Arbeits- und Justizministerium für Zentrum vorgesehen habe bei normaler Besetzung.

Frage Hitler: ob Zentrum bereit sei, das Kabinett zu verlängern?

Frage der Tolerierung nicht erörtert: Kaas von sich aus gesagt: Frage: nicht wer toleriert wen, sondern wer toleriert was. Das Was müssen wir kennen.

Antwort: Entscheidung liegt bei Parteieninstanzen, die aber Unterlage über politischen Kurs haben müssen.

²⁶ Darüber geschrieben „festgelegt“.

²⁷ Dieser Satz folgt im Original, ebenso wie die als Entgegnung darauf wiedergegebene Äußerung Hitlers: „Sie haben doch Möglichkeit des Ausgleichs in Preußen“, erst später (s. Anm. 31).

²⁸ Ähnlich hatte Kaas in seinem Neujahrsaufruf von 1933 erklärt: „Wer in Deutschland führt, ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern nur, was er kann.“ Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 334. Der Wortlaut bei Horkenbach 1952, S. 425.

Herr Prälat führt einige Fragen an²⁹. Als Herr *Frick* hierüber für den Herrn Reichskanzler Notizen machen wollte, erbot sich Herr Prälat *Kaas*, die ihm bedeutsam erscheinenden Fragen zu fixieren und sie bis 5 Uhr nachmittags desselben Tages Herrn Reichskanzler zuzustellen. Herr *Reichskanzler* bat darum.

5. Um eine ungestörte Abwicklung der Regierungsarbeit zu ermöglichen, wurde von Herrn Hitler die Frage nach einer längeren Vertagung des Parlamentes auf etwa ein Jahr angeregt, was in durchaus verfassungsmäßigen Grenzen geschehen solle.

Herr Prälat *Kaas* hatte gegen eine so lange Frist Bedenken und gab zu erwägen, daß eine kürzere etwa gefünftelte Zeitspanne diskutabel sein könne, ohne sich positiv dazu einzustellen. Er wolle aber diese Frage in einem engeren Kreise erörtern lassen, wozu Herr Hitler seine Zustimmung gab³⁰.

6. Herr *Hitler* nahm noch einmal seinen Gedanken der Zusammenarbeit mit dem Zentrum auf und verwies im Hinblick auf die eingeeengte Bewegungsfreiheit im

Kaas: Sachliche Aufklärung über bestimmte Fragen, die *Kaas* auch schriftlich formulieren will²⁹.

Termin festgelegt – ebenso Antwort Hitlers.

Preußen: *Hitler* sagt: nichts ist verbaut.

„Sie haben doch Möglichkeit des Ausgleichs in Preußen“³¹.

²⁹ Vgl. oben (Anm. 17).

³⁰ Die Tatsache, daß die Frage der Vertagung – für Hitler die wichtigste Forderung (vgl. Dok. Nr. 2 und sein weiter unten angeführtes Schreiben vom 1. Februar an *Kaas*) – im Dok. Nr. 1b nicht erwähnt ist, legt die Vermutung nahe, daß *Kaas* darüber in der Vorstandssitzung nicht referiert hat, sondern die Behandlung dem „engeren Kreis“ vorbehalten wollte. Erst nach der Publikation des Antwortschreibens Hitlers vom 1. Februar an *Kaas* scheinen die Zentrumsabgeordneten von der geforderten Vertagung des Reichstags Kenntnis erhalten zu haben. In einer Sitzung der Fraktion am frühen Nachmittag des 2. Februar wurde auf Vorschlag des Abg. *Becker* „die Veröffentlichung der Aktennotiz [bezieht sich wohl auf das Perlitius-Protokoll] über die Anregung Hitlers einer 12monatelangen Vertagung des Reichstags“ beschlossen.

Im Gegensatz zu der von Hitler in den Mittelpunkt gerückten Vertagungs-Forderung heißt es in den „Mitteilungen der Industrie- und Handelsbeiräte der Deutschen Zentrums-partei“ Nr. 1 vom 10. Februar 1933, S. 2, daß der Gesichtspunkt einer „evtl. einjährigen Vertagung“ des Reichstags „nebenher am Schluß erwähnt“ worden sei. Auch hier habe sich Prälat *Kaas* in keiner Weise ablehnend verhalten, „sondern Vorschläge gemacht, wie man evtl. dieses Ziel in Intervallen erreichen könnte“. Ähnlich kommentierte „Das Zentrum“ (s. oben Anm. 6), S. 10, die Partei sei „vielmehr grundsätzlich bereit“ gewesen, der Regierung „auch in diesem Punkte entgegenzukommen“ und ihr die Möglichkeit „zur ruhigen Arbeit“ zu geben.

³¹ Über die Stellung dieses Satzes im Original s. Anm. 27.

Reichskabinett auf Kompensationsmöglichkeiten in Preußen, eine Frage, die er ausdrücklich in jeder Beziehung offengehalten habe.

„Preußen und Reich zusammensehen.“
„Nicht nur Reichsjustizministerium
sehen.“
... ³²

31. 1. 33. Vockel

Mit einer nicht ganz deutlichen Bemerkung Fricks, daß möglicherweise das Kabinett schon in kürzester Frist entscheidende Schritte werde tun³³ müssen, schloß die Unterredung. Wir hatten dabei den Eindruck, als ob Herr Frick die vom Zentrum gestellten Fragen nicht bequem seien im Hinblick auf etwa bald bevorstehende Entschließungen des Kabinetts.

Da diese Bemerkung Herrn Fricks im Aufbrechen erfolgte, war keine Gelegenheit mehr, über ihren gemeinten Inhalt Klarheit zu bekommen³⁴.

Die Unterredung schloß 2 $\frac{1}{4}$ Uhr³⁵.

Über diese Unterredung wurde gemeinsam von Herrn Kaas, Frick und Perlitius ein kurzes Kommuniké abgefaßt, das der Presse übergeben wurde³⁶.

Perlitius³⁷

Unmittelbar nach dieser Besprechung beim Reichskanzler begaben sich Kaas und Perlitius in das Reichstagsgebäude, wo Perlitius um 13.15 Uhr eine Sitzung der

³² Hier endet die Wiedergabe des Referats von Kaas. Die Schlußsätze des Protokolls sind weiter unten im Text wiedergegeben.

³³ Berichtigt aus: „treffen“.

³⁴ In den in Anm. 50 erwähnten „Mitteilungen“ hieß es, daß die behandelten Fragen am Tage darauf „weiter besprochen und endgültig geklärt“ werden sollten. „So mußte man annehmen, obschon Herr Frick am Schluß der Besprechung den etwas mysteriösen Satz sprach, die Regierung könne sich unter Umständen zu plötzlichen Entschlüssen gezwungen sehen.“

³⁵ Richtig: gegen 15 Uhr. So auch „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933. Um 13.15 Uhr eröffnete Perlitius bereits eine Sitzung der Fraktion; s. unten.

³⁶ Darin hieß es, es habe „eine längere Besprechung über die nach Bildung der neuen Regierung geschaffene politische und parlamentarische Lage“ stattgefunden. „Prälat Kaas stellte in Vertretung der Zentrumsparlei eine Reihe von Fragen über den in Aussicht genommenen politischen Kurs der neuen Regierung. Die Beantwortung dieser Fragen, deren genaue Fixierung noch erfolgt, hat sich der Reichskanzler vorbehalten.“ Zitiert nach „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 10. Der in der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933 veröffentlichte Wortlaut weicht geringfügig von diesem Text ab.

³⁷ Die Zeitschrift „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 13, kommentierte nachträglich: „Die Besprechung betraf die Stellung des Zentrums gegenüber dem neuen Kabinett. Prälat Kaas machte die Haltung der Zentrumsparlei von der Klärung gewisser grundsätzlicher Fragen abhängig, die in beiderseitigem Einverständnis nachträglich von Kaas schriftlich eingereicht worden sind.“

Zentrumsfraktion eröffnete³⁸ und das mit Frick vereinbarte Kommuniqué verlas. Danach erstattete Kaas einen kurzen Bericht über die von ihm gestellten „Vorfragen“, deren Beantwortung von Hitler zugesagt worden sei. Um 14 Uhr wurde die Sitzung³⁹ unterbrochen, nachdem Kaas noch eigens versichert hatte, „es werde nichts geschehen ohne Feststellung der Willensmeinung der Fraktion“.

Während des frühen Nachmittags erfolgte die Fertigstellung des von Hitler erbetenen „Fragekatalogs“. Es ist bisher nicht auszumachen, welche Abgeordneten an der Redaktion beteiligt waren. Da sich indes die Fragen ausschließlich auf das „Arbeitsprogramm“ der Regierung bezogen – und damit de facto an Hugenberg adressiert waren, den man im Zentrum noch eine Zeitlang für gefährlicher hielt als Hitler – liegt es nahe, an die Mitarbeit einiger führender Verbands- und Gewerkschaftsvertreter zu denken⁴⁰. Der Entwurf des Fragekatalogs wurde zum Schluß der Nachmittags-Sitzung des Fraktionsvorstands, nachdem Kaas seinen ausführlicheren Bericht erstattet hatte (s. Dok. Nr. 1 b), noch in einem Punkte geändert. Auf Anregung des Abg. Schetter, der die „Wünsche der Mittelstands- und Bauerngruppe der Fraktion“ zum Ausdruck brachte, wurde ein Passus über die Osthilfefrage gestrichen und dafür „Frage nach ‚Binnenmarkt und Außenhandelspolitik‘“ aufgenommen⁴¹. Das Protokollschließt: „Vockel⁴² bringt Brief um 4.45 Uhr nachm. zu Hitler.“ In einem kurzen Begleitschreiben wies Kaas darauf hin, daß er den bereits am Vormittag besprochenen Fragen „einige Ergänzungen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur“ hinzugefügt habe.

Der Reichskanzler befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer Ministerbesprechung, die um 16 Uhr in der Reichskanzlei begonnen und bereits vor dem auf 17 Uhr festgelegten Termin der Übergabe des Fragekatalogs die Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit dem Zentrum negativ entschieden hatte.

Dokument Nr. 2

31. Januar 1933, 16 Uhr: Ministerbesprechung

Protokollführer: Ministerialrat Wienstein

Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/289, Durchschlag, Auszug.

2. Politische Lage

Der Reichskanzler berichtete über den Verlauf seiner Besprechung am Vormittag des 31. Januar mit den Vertretern des Zentrums Prälat Dr. Kaas und Dr. Per-

³⁸ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933: „Die Zentrumsfraktion ist in den Mittagsstunden zusammengetreten, um über den Bericht der Herren Kaas und Perlitius zu beraten.“

³⁹ Von deren Protokoll liegt mir eine Abschrift vor.

⁴⁰ Vgl. a. a. O.: „Inzwischen [während der Fraktionssitzung] hatte die Fraktionsführung ... die Fragen schriftlich fixiert.“

⁴¹ Dieser Passus lautete in der endgültigen Formulierung: „Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?“

⁴² Berichtigt aus: „Kaas“.

litius. Die Vertreter hätten ihm erklärt, sie wollten jetzt nicht in die Reichsregierung eintreten. Eine Tolerierung des Kabinetts durch das Zentrum erscheine ihnen nicht unmöglich.

Er, der Reichskanzler, habe sogleich⁴³ an die Herren des Zentrums die Frage gerichtet, ob sie mit einer langen Vertagung des Reichstags vielleicht um 1 Jahr einverstanden sein würden. Er habe die Antwort erhalten, daß das Zentrum nicht sofort in eine Vertagung auf ein ganzes Jahr werde einwilligen können, sondern nur einer Vertagung jeweils von höchstens 2 Monaten werde zustimmen können. Immerhin sei es nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise insgesamt eine Vertagung auf ein Jahr möglich sei⁴⁴. Eine derartige Haltung des Zentrums werde aber von der Beantwortung einer Reihe von Fragen abhängig sein, die Prälat Kaas ihm, dem Reichskanzler, im Laufe des heutigen Tages schriftlich niedergelegt übersenden wolle. Wie Prälat Kaas noch weiter ausgeführt habe, könne eine Koalition für das Zentrum nur dann in Betracht kommen, wenn man Preußen einbeziehe⁴⁵. Die Vertreter des Zentrums hätten bei der Unterredung nicht bestreiten können, daß hinter der jetzigen Reichsregierung ein sehr großer Teil des deutschen Volkes stehe.

Das Ergebnis der Unterredung mit den Vertretern des Zentrums wolle er noch einmal dahin zusammenfassen, daß eine sichere Vertagung auf ein Jahr nicht zu erreichen sei. Vielleicht könne er über den Verlauf der Unterredung und die weitere Entwicklung der politischen Lage noch einmal mit Herrn Reichsminister Dr. Hugenberg persönlich sprechen.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft [Hugenberg] erklärte sich zu dieser Unterredung sehr gern bereit.

Der Reichskanzler führte weiter aus, daß er es für möglich halte, bei Neuwahlen 51 % des Reichstags hinter die jetzige Reichsregierung zu bekommen. Er habe am Morgen des 31. Januar mit einer Reihe von Gauleitern der NSDAP gesprochen, die das auch bestätigt hätten. Nach seiner Ansicht hätten weitere Verhandlungen mit dem Zentrum keinen Zweck, so daß Neuwahlen unvermeidlich sein würden⁴⁶.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für Preußen [Papen] führte aus, es sei am besten, schon jetzt festzulegen, daß die kommende Wahl zum Reichstag die letzte sein solle und eine Rückkehr zum parlamentarischen System für immer zu vermeiden sei.

Der Reichskanzler erklärte, er wolle folgende bindende Versprechungen abgeben:

- a) Der Ausgang einer Neuwahl zum Reichstag solle keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der jetzigen Reichsregierung haben,
- b) die nun bevorstehende Wahl zum Reichstag solle die letzte Neuwahl sein. Die Rückkehr zum parlamentarischen System sei unbedingt zu vermeiden.

Der Reichsminister der Finanzen [Schwerin-Krosigk] wies darauf hin, daß durch die Abstimmungen in den Ausschüssen des Reichstags für die Reichsregierung

⁴³ Nach Dok. Nr. 1 und den in Anm. 30 erwähnten Zentrumscommentaren demgegenüber erst gegen Schluß der Besprechung.

⁴⁴ Hier liegt eine Verkehrung der Tatsachen vor, da die Beantwortung der Fragen für die Zentrumsfraktion eine Grundlage für etwaige Verhandlungen über eine Tolerierungspolitik abgegeben hätte, nicht aber automatisch für eine langfristige Vertagung des Reichstags.

⁴⁵ Nach Dok. 1a und 1b stammte dieser Vorschlag von Hitler – was auch von der Sache her näherlag.

⁴⁶ Dieser Satz zeigt mit wünschenswerter Deutlichkeit, daß Hitler nicht gewillt war, überhaupt in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Ihm ging es um eine sofortige Reichstagsauflösung.

allmählich unmögliche Situationen entstanden. Die Regierungsparteien müßten sofort erklären, daß sie mit Rücksicht auf die politische Lage eine Vertagung der Ausschüsse verlangten. Sei diese Vertagung nicht zu erreichen, dann müßten die Vertreter der Regierungsparteien die Ausschüsse des Reichstags auflösen und auf diese Weise beschlußunfähig machen.

Bedenken gegen diesen Vortrag des Reichsministers der Finanzen wurden nicht geäußert.

Der Reichskanzler verlas hierauf einen inzwischen eingegangenen Brief des Prälaten Kaas, der die von diesem in Aussicht gestellten Fragen an die Reichsregierung enthielt. Der Reichskanzler erklärte, es sei nicht möglich, jetzt in die Details einzugehen. Ein befriedigendes Eingehen auf die einzelnen Fragen werde, wenn man es wirklich wolle, eine Arbeit mehrerer Wochen bedeuten. Nach seiner Ansicht könne eine sachlich eingehende Antwort nicht erfolgen. . . .⁴⁷

Während damit die von seitens Hitlers als Scheinverhandlungen geführten Besprechungen mit der Zentrumsführung endgültig abgebrochen waren⁴⁸, verhielt sich das Zentrum zunächst noch abwartend. In einer um 18.15 Uhr eröffneten Fraktionssitzung gab Kaas „Kenntnis von dem Schreiben, das von ihm namens der Fraktion an den Reichskanzler gerichtet worden ist“ und knüpfte daran „Ausführungen zur politischen Gesamtlage vom Standpunkt der Parteileitung“. In allgemein gehaltenen Formulierungen berichtet das Protokoll⁴⁹, der Vorsitzende habe den Kurs aufgezeigt, „den die Zentrumsparterie in Übereinstimmung mit ihrem Charakter als christliche und Verfassungspartei einzuschlagen habe“. Der daraufhin gefaßte Beschluß, eine „Entscheidung“ vorerst zu vertagen und nicht „früher als notwendig zu fällen“⁵⁰, zeigt, daß man sich immer noch der Hoffnung hingab, nicht gänzlich ausgeschaltet zu sein⁵¹. Hitlers Schreiben an Kaas vom folgenden Tage, ein taktisches Meisterstück in der berechneten Verkehrung der Argumente⁵² und in der zynischen Ausnutzung der Situation („[Da] die Zeit aber

⁴⁷ Dazu vgl. Morsey, Zentrumsparterie, S. 341, und Bracher, Machtergreifung, S. 48f.

⁴⁸ Vgl. Goebbels' Eintragung vom 31. Januar: „Von Verhandlungen mit dem Zentrum kann gar keine Rede mehr sein. Wir sprechen uns nach der Wahl wieder.“ Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 254. Offiziell wurde mitgeteilt, der Reichskanzler habe dem Kabinett über seine Verhandlungen mit den Zentrumsvertretern berichtet; eine Beantwortung der „nunmehr formuliert vorliegenden Fragen“ sei noch nicht erfolgt; vgl. „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar. Ferner Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 506.

⁴⁹ Von dem mir eine Abschrift vorliegt.

⁵⁰ Die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 32 vom 1. Februar 1933 kommentierte, die Zentrumsfraktion habe sich darauf beschränkt, „einen Bericht . . . Kaas' über die Entwicklung der letzten Tage entgegenzunehmen“. Bei der „vollkommenen Einheitlichkeit der Auffassungen“ habe die Fraktion „auf jede Debatte“ verzichtet; „zur Beschlußfassung lag noch kein Anlaß vor“.

⁵¹ Der zur Papenrichtung zählende frühere Zentrumspublizist Emil Ritter bezeichnete 1934 die Fragen des Zentrums als ein „Zeugnis der Entschlußlosigkeit und des Mißverstehens der Ereignisse“. Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland. Breslau 1934, S. 279.

⁵² Der erste Satz – nach einer Eingangsbestätigung des Kaas-Briefes – lautete: „Der Zweck der Unterhaltung war, zu klären, ob und unter welcher Voraussetzung das Zentrum bereit sein würde, der neuen Reichsregierung . . . eine für die Dauer eines Jahres zu be-

drängt und ich alle Möglichkeiten vor Gott und meinem Gewissen erschöpfen will . . .“), zog den Schlußstrich unter seine Besprechungen mit den Zentrumsführern, wobei er es nach außen hin geschickt verstand, andere Personen als Sündenböcke hinzustellen⁵³.

Die Zentrumsparlei, die dem neuen Kabinett keine Blankovollmacht ausstellen wollte, war „unter gewissen verfassungsmäßig wichtigen Einschränkungen“ bereit und „ernsthaft gewillt“ gewesen, der Regierung Hitler „Arbeitsmöglichkeit zu geben“ und ihr „entgegentzukommen⁵⁴“. Am Vormittag des 1. Februar hatte sie ihre politische Entscheidungsfreiheit zurückgewonnen. Hitler beantwortete den Fragekatalog des Zentrums mit der „Kriegserklärung“ der Reichstagsauflösung⁵⁵, die er noch am Abend des 31. Januar bei Hindenburg erreicht hatte, und dem Beschluß der Regierung, ein Ermächtigungsgesetz vorzubereiten. Die Zentrumsparlei aber ging – mit den Worten der „Germania“ vom 2. Februar – mit „reinem Gewissen“ in den Wahlkampf, der ihr letzter wurde. Der nachträgliche NS-Kommentar lautete: Das Zentrum habe sich dem „Appell des Führers“ und seiner Forderung nach einjähriger „Arbeitsfrist“ versagt und damit sein eigenes Grab gegraben⁵⁶.

Rudolf Morsey

messende Frist zur Arbeit ohne die Wechselfälle parlamentarischer Behinderungen[!] zu gewähren.“

⁵³ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 90 vom 3. Februar: „. . . können wir heute bestätigen, was wir schon gestern sagten, daß Hitler persönlich einem Abschluß mit dem Zentrum zuneigte, daß aber andere die Dinge überstürzten.“

⁵⁴ So „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 13, wo es u. a. weiter heißt: „Das Zentrum . . . hätte sich mit einer summarischen Antwort zufrieden gegeben, welche die Innehaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen und Grundrechte sichergestellt hätte.“ Vgl. ferner Kaas' Schreiben an Hitler vom 1. Februar (s. Anm. 2), besonders den Satz: „Wenn ihre [der Zentrumsfragen] Beantwortung auch nur im wesentlichen den Anforderungen entsprochen hätte, die unser Gewissen zur Sicherung gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente uns zu stellen befahl, würde die Zentrumsparlei . . . in uneigennütziger Sachlichkeit bereit gewesen sein, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen . . .“ In dem in Anm. 30 erwähnten „Mitteilungsblatt“ hieß es (S. 2), das Zentrum sei bereit gewesen, „die Regierung arbeiten zu lassen“, und habe „gewisse positive Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles“ gemacht.

⁵⁵ So „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Februar.

⁵⁶ Gerd Rühle, Das Dritte Reich, Bd. 1. Berlin 1934, S. 32.

ZENTRUM UND ERMÄCHTIGUNGSGESETZ 1933¹

Vorbemerkung

Das von E. Matthias und R. Morsey herausgegebene Sammelwerk „Das Ende der Parteien“ (1960) und die umfassenden Studien von K. D. Bracher, W. Sauer und G. Schulz über „Die nationalsozialistische Machtergreifung“ (1960) haben auch die Frage, wie die Haltung der demokratischen Politiker zum Ermächtigungsgesetz, das die Diktatur des Kabinetts Hitler formal legalisierte, zu beurteilen sei, wieder aufgeworfen. Zur Stellungnahme der Zentrumsparterie, die mit ihrem Ja am 23. März 1933 die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für die von Hitler geforderten Blankovollmachten sicherte, sollen hier zwei Zeugnisse verwertet werden, deren Inhalt die für dieses Votum bestimmenden Motive verdeutlichen und damit die Beantwortung der erwähnten Frage erleichtern dürfte.

Dokument Nr. 1 gibt an sich einen Text wieder, der bereits am 5. April 1933 anonym in der gesamten Zentrumspresse erschien². Als Verfasser kann jedoch mit Sicherheit der Parteivorsitzende Prälat Ludwig Kaas bezeichnet werden³. Da Kaas zwei Tage nach der Veröffentlichung dieses Artikels „resigniert“ in ein schließlich endgültiges Exil nach Rom ging⁴, stellt der Rückblick auf den „Weg des Zentrums“ gerade in seinen prinzipiellen Darlegungen eine Art politisches Testament des Mannes dar, der durch seine rechtsorientierte Parteiführung und maßgebliche Mitarbeit am Zustandekommen des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Weimarer Republik geworden ist⁵.

Als Dokument Nr. 2 werden Aufzeichnungen abgedruckt, die eine ehemalige Reichstagsabgeordnete des Zentrums in den letzten Kriegswochen 1945 nach 1933 entstandenen Tagebuchnotizen niederschrieb. Sie stellen das bisher ausführlichste zeitnahe Zeugnis aus den Reihen der Zentrumsfraktion über die Ereignisse vom „Tag von Potsdam“ bis zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz dar und

¹ Für freundliche Hilfe habe ich den Beamten der United Nations Library in Genf, der Staatsbibliothek Bremen und des Stadtarchivs Mainz zu danken. Einige Hinweise verdanke ich Herrn Dr. K. Koszyk, Westfälisch-Niederrheinisches Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, wesentliche sachliche Anregungen Herrn Dr. A. Hollerbach, Freiburg.

² Abdruck hier nach „Kölnische Volkszeitung“ (KVZ) vom 5. 4. 33. Vgl. auch R. Morsey, Die Deutsche Zentrumsparterie. In: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 373.

³ Diese Annahme ergibt sich nicht nur aus einer Stilanalyse (vgl. z. B. Kaas' Rede auf dem Katholikentag 1927 in: 66. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Dortmund, hrsg. vom Generalsekretariat des Zentral-Komitees, Dortmund, 1927, S. 82–91), sondern wird auch durch den ehem. stellv. Parteivorsitzenden, Herrn J. Joos, bestätigt, dem ich für freundliche Mitteilungen zu danken habe. Danach erschien der Artikel Kaas' ohne Kenntnis des Parteivorstandes.

⁴ Abreisedatum nach L. Kaas, Tagebuch, 7.–20. April 1933, hrsg. von R. Morsey. In: Stimmen der Zeit 85, 1959/60, S. 425; Zitat aus F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 314.

⁵ Vgl. Morsey a. a. O.

vermitteln einen unmittelbaren Eindruck von dem Ringen um die Entscheidung und von der Atmosphäre, in der sie schließlich fiel⁶.

Haltung und Votum des Zentrums am 23. März 1933 lassen sich nicht voll verstehen ohne einen Blick auf die Politik, welche die Partei in der Endphase der Weimarer Republik gegenüber der NSDAP verfolgt hatte. Grundsätzlich festgelegt war ihre Linie durch den Aufruf der Parteiführung zur Bildung einer „deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft“ im Oktober 1932⁷. Dieser „Ruf von Münster“ hatte einen letzten Versuch zur politischen Integration der „nationalen“ Rechten dargestellt, die seit der Revolution von 1918 in wechselnden Formen von einer stets relativ starken, zuletzt dominierenden Gruppe im Zentrum angestrebt worden war⁸. Ihr ursprüngliches Ziel war die endgültige Einordnung des Katholizismus in das deutsche Nationalbewußtsein auf der Basis einer konservativen Staats- und Kulturidee, die sich ebenso sehr von der wilhelminischen Reichswirklichkeit wie der Weimarer „Formaldemokratie“ distanzierte⁹. In der innenpolitischen Situation nach dem Sturz Brüning's bedeutete die „Sammelungs-idee“ allerdings wesentlich nur mehr den Versuch, mit dem „kleineren Übel“¹⁰ einer parlamentarischen Koalitionsregierung die Flut des Nationalsozialismus innerhalb der noch gültigen Verfassungsprinzipien zu „kanalisieren“.

Trotz ihres Scheiterns unmittelbar nach der Novemberwahl 1932 war die Idee der „nationalen Konzentration“ auch während der Regierung Schleicher Leitmotiv der Zentrumspolitik. In seinem Neujahrsaufruf 1933 gab Prälat Kaas dieser Zielsetzung erneut grundsätzlichen Ausdruck: „Wer in Deutschland führt“, so erklärte Kaas, „ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern nur, was er kann. Ob Generalstreifen ihm zieren, oder ob er die Schwielen

⁶ Es entspricht einem Wunsch der ehem. Abgeordneten, wenn ihr Name nicht genannt wird. Für die Erlaubnis zum Abdruck ihrer aus einem ganz persönlichen Anlaß entstandenen Aufzeichnungen möchte ich auch an dieser Stelle danken. Bei der Wiedergabe wurde nur auf historisch irrelevante bzw. solche kürzeren Abschnitte verzichtet, die auch anderwärts belegte Tatsachen mitteilen.

⁷ Vgl. Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, 1932, hrsg. von C. Horkenbach, Berlin 1933, S. 346f.

⁸ Es sei nur an das „Essener Programm“ Brüning's und Stegerwald's von 1920 (Gründung einer interkonfessionellen konservativen Volkspartei) erinnert und an die gemeinsamen Bemühungen von Kaas und Brüning um die DNVP, die im Januar 1927 zur Bildung der einzigen Koalitionsregierung mit den Deutschnationalen führten. Diese Entwicklung läßt sich indes kaum als eine „innere Ablösung von der demokratisch-republikanischen Substanz“ (Morsey a. a. O., S. 413) bezeichnen. Der von Wirth vertretene Kurs hatte in keiner Phase der Nachkriegsentwicklung eine größere Gefolgschaft aus innerer Überzeugung. Vgl. z. B. auch J. K. Zeender, The German Center Party During World War I, An Internal Study. In: The Catholic Historical Review 42, 1956/57.

⁹ Vgl. W. Gurian, Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich, Luzern 1936, S. 27f und H. Ullmann, In der großen Kurve. Berlin 1933, S. 35ff, 60ff. Zentraler Begriff war (vor und nach der Usurpation durch den Nationalsozialismus) die Idee der Volksgemeinschaft.

¹⁰ So K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl., Stuttgart-Düsseldorf 1957, S. 659.

der Arbeit an den Händen trägt, – entscheidend ist nur, wohin er führt und daß am Ende seines Weges der Friede steht und nicht der Kampf aller gegen alle¹¹.“ Prinzipielle Ablehnung durch das Zentrum finde nur der „sachlich nicht berechtigte und legal nicht durchsetzbare Ausschließlichkeitsanspruch dieser oder jener politischen Richtung, ... dieser oder jener Staatsauffassung...“¹².

Trotz dieses grundsätzlichen Vorbehaltes aber hat die Zentrumsführung gleich weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit¹³ den Totalitätsanspruch Hitlers damals schwerlich als eine akute Gefahr gewertet. Die Strasser-Krise und der erwartete finanzielle Ruin der NSDAP¹⁴ hatten ihre Besorgnisse eher auf eine „Wiederbelebung der Harzburger Front“ und einen „Kurs Hugenberg“¹⁵ abgelenkt, wovon neben den Gefahren für die Verfassung vor allem soziale und konfessionelle Kampfmaßnahmen befürchtet wurden¹⁶. Die Erwägung, Hitler könne „ausgerechnet Herrn von Papen zum Vermittler seiner Pläne“ machen, erschien offenbar zu „grotesk“¹⁷, als daß sie am 30./31. Januar mit dem nötigen Gewicht berücksichtigt worden wäre.

Indes, auch nach der überraschenden Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft hat Kaas an jener „Sammlung“ als Fernziel augenscheinlich festgehalten. Für die erste Zeit des Kabinetts Hitler war er jedenfalls – wohl in Übereinstimmung mit

¹¹ Zit. nach KVZ vom 1. 1. 33. Von Morsey (a. a. O., S. 334) in einer verkürzten Form wiedergegeben, die die Möglichkeit einer irrigen Interpretation nicht ausschließt. Problematisch wirkt auch die Folgerung, die Morsey aus seiner Wiedergabe des Neujahrserufes von Kaas zieht. Für das Zentrum bestand das Führungs- bzw. Führerproblem seit der Gründung des parlamentarischen Parteienstaates. Die Impulse aus der „Frontgeneration“ und der Jugendbewegung wie die „strukturelle Dauerkrise“ (Conze) der Weimarer Republik, in der sich die Regierungen zu einem „Ausschuß des Parlaments“ (so z. B. auch Höpker-Aschoff) zu entwickeln und die Fraktionen das „Verhandeln über das Handeln“ zu stellen schienen, waren wesentliche Momente für die relativ frühe Ausprägung eines Führergedankens, der durch die Konkurrenz der NS-Ideologie später noch akzentuiert wurde.

¹² KVZ vom 1. 1. 33. Noch an einer zweiten Stelle erklärte Kaas: „Eine Selbsttäuschung ist es, wenn irgendeine politische Richtung die Rettung Deutschlands als ihr Monopol betrachtet, wenn sie den politischen ‚Messias‘ der deutschen Zukunft nur aus ihrem Lager hervortretend denken kann.“

¹³ Vgl. A. Grosser, Hitler, La Presse et la Naissance d'une Dictature, Paris 1959, S. 104f.

¹⁴ Vgl. KVZ vom 11.–13. 1. 33; ferner H. Brüning, Ein Brief. In: Deutsche Rundschau 70, 1947, S. 9 und 14.

¹⁵ Vgl. KVZ vom 6. 1. und „Badischer Beobachter“ (BB) vom 1. 2. 33.

¹⁶ Die KVZ vom 21. Januar berichtet von einer Hetze in konservativen Blättern gegen den „Todfeind Zentrum“, dessen Herrschaft „Fremdherrschaft“ Roms sei. Bis in die letzten Januartage beschwört das Zentrumsblatt „Kulturkampfabsichten“ Hugenberg (KVZ vom 31. 1. 33). Man darf allerdings die taktische Seite dieser Meldungen nicht unterschätzen: die Erinnerung an „Kulturkampftraditionen und -pläne“ der DNVP gehört zum Argumentationsrepertoire der Gruppen, die aus sozialen oder politischen Gründen eine konservative Orientierung des Zentrums ablehnten. Vgl. auch die Warnung von Kaas „vor einer Betonung der konfessionellen Seite“ in der Fraktionssitzung vom 2. Februar (Morsey a. a. O., S. 344) und dazu den von Hitler unternommenen Versuch, in der Verhandlung am 31. Januar den „furor protestanticus“ als politischen Faktor ins Spiel zu bringen.

¹⁷ So die KVZ am 10. 1. 33.

Brüning¹⁸ und der Fraktionsmehrheit – zu einer vorläufigen Tolerierung bei verfassungsrechtlichen Mindestgarantien bereit¹⁹. Dem Zweck, diese Garantien wenigstens „summarisch“²⁰ zu erlangen, sollte die Formulierung eines „detaillierten Fragebogens“ über die Stellung der neuen Regierung „zu Verfassung und Republik, Sozialpolitik und Weltanschauung“ dienen.

Dieser Fragenkatalog war in der Fraktion am Nachmittag des 30. Januar beschlossen worden, nachdem ihr eine „Einladung“ Hitlers zugegangen war, „in sein Kabinett einzutreten und darin den Posten des Justizministers zu übernehmen“²¹. Es entsprach der weitgehenden Täuschung über die eigentliche Gewichtsverteilung innerhalb des Kabinetts, wenn in den Hitler vorgelegten Fragen das Mißtrauen der Parteilinken und speziell des Gewerkschaftsflügels prononcierten Ausdruck fand²²; mit seinen schriftlich überreichten Fragen verlangte das Zentrum immer noch in erster Linie Garantien gegen die Hugenberg (und Papen) zugeschriebenen Pläne²³. Mit dem bald eintretenden Machtzuwachs der Nationalsozialisten innerhalb der Regierung wurde nicht gerechnet, zumal da man anfänglich glaubte, eine Abneigung Hitlers gegen Neuwahlen voraussetzen zu können²⁴.

Mit der Entscheidung für die Reichstagsauflösung war auch die Entscheidung für ein generelles Ermächtigungsgesetz gefallen: Frick kündigte bereits unmittelbar nach der Vereidigung des Kabinetts eine entsprechende Vorlage an²⁵. Folgt man der englischen Ausgabe von Papens Erinnerungen, so liegt der Schluß

¹⁸ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ (FZ) Nr. 79 vom 29. 1. 33.

¹⁹ Vgl. den in FZ Nr. 84/85 vom 1. 2. 33 wiedergegebenen Kommentar des Bolz nahestehenden „Deutschen Volksblattes“; ferner jetzt Morseys Dokumentation in diesem Heft, S. 182, womit er seine frühere Deutung („Keine Tolerierung Hitlers“, a. a. O., S. 339 ff.) korrigiert.

²⁰ Kaas auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 5. Februar, zit. nach KVZ vom 6. 2. 33.

²¹ Mitteilungen eines ehem. Abgeordneten; daß Hitler in seinen Scheinverhandlungen mit dem Zentrum ein solches Angebot gemacht hat, war bisher noch nicht zu belegen.

²² So auch die Tageszeitung der christl. Gewerkschaften „Der Deutsche“ vom 3. 2. 33.

²³ Der Fragenkatalog teilweise bei Keesing 1933, S. 32 f; vgl. auch das Urteil von K. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, Zürich 1934, S. 114. „Der Deutsche“ hatte in einem ersten Kommentar zur Regierungsbildung die „Befürchtung“ geäußert: „Hitler wird der Gefangene Hugengebgs, Papens und der Großagrariere sein“ und „mit der preußischen Polizei . . . einen sozialreaktionären und gewerkschaftsfeindlichen Kurs Hugenberg-Seldte nicht verhindern“ können (am 31. 1.; ebenso vom 1. 2. 33). Der Eindruck einer deutschnationalen Präpondanz war in den ersten Tagen allgemein (vgl. Grosser, a. a. O., S. 131 ff und C. Rosten, Geschichte der nationalsozialist. Revolution, Berlin 1933, S. 123 ff).

²⁴ Der vom Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften unmittelbar nach der Regierungsbildung erlassene Aufruf sprach von der „vor allem von den Nationalsozialisten gefürchteten Reichstagsauflösung und nachfolgenden Neuwahl“ (zit. nach BB vom 1. 2. 33).

²⁵ In einem Interview mit der NS-Korrespondenz erklärte der neue Innenminister auf die Frage, ob es bei der vorgesehenen Einberufung des Reichstages bleibe: „Die Linksparteien werden wohl tagen wollen. Jedenfalls aber . . . kann mit den wenigen Vollmachten nicht mehr regiert werden. Wir werden dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, das dieser entsprechend den Bestimmungen der Verfassung der Reichsregierung ausstellen soll“ (vgl. FZ Nr. 84/85 vom 1. 2.; zit. nach dem Karlsruher NS-Blatt „Der Führer“ vom 1. 2. 33).

nahe, daß Hitler auch in den Vorverhandlungen des 28./29. Januar keinen Hehl aus diesem eigentlichen Zweck seiner Forderung nach Neuwahlen gemacht hat²⁶. Wenn Papen trotzdem glaubte, sein „Zähmungs“konzept durchhalten zu können, dann offensichtlich in der begründeten Annahme, das verfassungsmäßige Veto des Reichspräsidenten (vom Vizekanzler beeinflusst oder an diesen delegiert) würde auch im Rahmen der künftigen Ermächtigungsvollmachten gewahrt bleiben. Papens wie Brünings Angaben legen die Deutung nahe, daß Hitler eine entsprechende Zusage vor der Kabinettsbildung mündlich gegeben hat²⁷. Für Hitler wird bei dieser Konzession jedoch die Überzeugung den Ausschlag gegeben haben, daß er – gestützt auf sein plebisitäres Mandat und mit seiner Überredungskunst – das präsidentiale Veto als letztes Hemmnis seiner „legalen“ Diktatur um so leichter werde überspielen können, als Hindenburg selbst eine Entlastung von seiner bisher unmittelbar getragenen Verantwortung anscheinend wünschte oder von Meißner in diesem Sinne beeinflusst wurde²⁸.

Man muß wohl diese ursprünglich geplante Schlüsselstellung des Vizekanzlers bzw. des Reichspräsidenten im Auge behalten, um Kaas' vielumstrittene „Versöhnung“ mit Papen unmittelbar nach der Märzwahl im Hinblick auf das kommende Ermächtigungsgesetz richtig zu beurteilen. Jedenfalls gehen alle künftigen Bemühungen des Zentrums um eine Modifikation der Vollmachten Hitlers von der ebenso einfachen wie bedrückenden Erwägung aus, daß die Reste der Weimarer Verfassung mit der Haltung des 85jährigen Reichspräsidenten stehen und fallen würden²⁹. Von sekundärer Bedeutung waren demgegenüber die Versuche, in irgendeiner Form ein Kontroll- und Konsultationsrecht des Reichstags zu retten. Bei der prinzipiell möglichen Tragweite, die Kaas in seinem Rückblick auf den „Weg des Zentrums“ der Bildung eines parlamentarischen Arbeitsausschusses bei- mißt, liegt es nahe, die entsprechende Anregung Papens im Kabinett am 15. März, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der erwünschten „Eingliederung“ des

²⁶ Hitler „insisted [in den Ministerbesprechungen nach dem 5. März] that special powers would be needed, and had, in fact made no secret of this demand since the first moment when the possibility of his joining the Government had been canvassed“ (F. von Papen, *Memoirs*, London 1952, S. 273). In der deutschen Ausgabe, die bei den entscheidenden Passagen gegenüber der englischen Fassung divergierende Versionen enthält, fehlt der letzte Satz (a. a. O., S. 307); nach ihr hat Hitler erstmals am 31. Januar von der Notwendigkeit eines Ermächtigungsgesetzes (EG) für den wirtschaftlichen Aufbau gesprochen (a. a. O., S. 298).

²⁷ Vgl. Papen a. a. O., S. 310 und Brüning, Brief a. a. O., S. 15. J. W. Wheeler-Bennett datiert eindeutig auf die kritischen Stunden der Reichswehrputschgerüchte: „From Hitler was extracted the verbal undertaking that he would not make use of the extraordinary powers accorded him in any point to which the President objected, and, further . . . it was suggested that Papen should exercise this power of veto in his name“ (Hindenburg, London 1936, S. 432; vgl. ferner a. a. O., S. 450 und 453).

²⁸ Papen legt die Vermutung nahe, daß das Vetorecht Hindenburgs durch Meißner aufgegeben wurde (a. a. O., S. 295 u. 310). Vgl. auch Schulz in: Bracher / Sauer / Schulz, *Die ns. Machtergreifung*, Köln u. Opladen 1960, S. 418 und unten in diesem Text bei Anm. 47.

²⁹ Vgl. E. Matthias, *Die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums am 23. März 1933*, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 305 und unten im Text bei Anm. 44–49.

politischen Katholizismus vorgebracht wurde, als eine Konsequenz seines Gesprächs mit Kaas aufzufassen³⁰. Bei dem gleichzeitig durch Meißner erklärten Desinteresse Hindenburgs an einer Einschaltung in die Gesetzgebung³¹ konnte dieser von Hitler schließlich gemachten Konzession eines „verkleinerten Parlaments“ jedoch keine wesentliche Bedeutung mehr zukommen.

Dies mußte mit letzter Deutlichkeit klar werden, als am späten Abend des 20. März der Inhalt des Ermächtigungsgesetzes zusammen mit einem halbamtlichen Kommentar veröffentlicht wurde³². Dessen Tendenz ging unzweideutig dahin:

1. Die vom Reichstag geforderten Vollmachten beschränken die Rolle Hindenburgs auf reine Repräsentationsaufgaben. Der Reichspräsident wird aus der Gesetzgebung eliminiert und genießt wie Reichsrat und Reichstag lediglich eine institutionelle Garantie³³.

2. Die vorgesehenen Blankovollmachten gelten nicht der Gesamtheit des *Kabinetts*, sondern *Hitler* persönlich, da (wie es bezeichnenderweise hieß) eine „Ablösung“ der „gegenwärtigen Regierung natürlich nicht“ eintreten würde, wenn „die eine oder andere Umbildung“ erfolgen sollte; der „Bestand des Gesetzes“ ist mit der „Person“ des Kanzlers verknüpft³⁴.

Von der so geschaffenen Zwangslage, von dem in einer Atmosphäre des Terrors

³⁰ Vgl. IMT, Bd. XXXI, S. 406. Danach müßte Brachers Interpretation, Papens Äußerungen seien möglicherweise von Bedeutung für die Vorgeschichte und politische Beurteilung des Reichskonkordats, noch skeptischer beurteilt werden. (Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat. Wiesbaden 1956, S. 38f. und 44ff; vgl. jetzt auch in: Bracher / Sauer / Schulz, Die ns. Machtergreifung, S. 156, Anm. 151).

³¹ Vgl. unten Anm. 47.

³² Zur Wahl des Publikationstermins vgl. H. Wendt, Die Märzrevolution von 1933, Oldenburg 1953, S. 94. Der vom Conti-Dienst verbreitete halbamtliche Kommentar in FZ Nr. 216 vom 21. 5.; dazu dessen Erörterung in FZ Nr. 217/218 und BB vom 22. 5. 53.

³³ Vgl. noch die Erläuterung des halbamtlichen Kommentars: „Unverändert bleibt die Republik als Staatsform. Das ergibt sich daraus, daß nur in ihr ein Reichspräsident möglich ist, und seine Rechte bleiben ja nach Art. 2 unberührt“ (d. h. soweit sie nicht in ihren entscheidenden Teilen durch das EG liquidiert wurden). – Der Begriff „institutionelle Garantie“ bei C. Schmitt, Das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. In: Deutsche Juristenzeitung (DJZ) 58, (1935), S. 457.

³⁴ Vgl. dazu auch H. Schneider, Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, in dieser Zeitschrift. 1 (1953, S. 210). Zu dem gleichen Ergebnis kamen die frühesten Erläuterungen von O. Heilbrunn (abgeschlossen am 26. März, in: Fischers Zeitschrift für Verwaltungsrecht 69, 1935), C. Schmitt und G. Kaisenberg (abgeschlossen vor dem 1. April, in: DJZ 58, 1935); ebenso F. A. Medicus (Programm der Reichsregierung und Ermächtigungsgesetz, Berlin 1933). Neben Schmitt, der als Gutachter an der Ausarbeitung des EG beteiligt war, können auch die Ministerialreferenten Kaisenberg und Medicus als offiziöse Kommentatoren angesehen werden (vgl. H. Krüger, Die Verfassung der nationalen Revolution, 1953, 2). – Von den jüngsten Darstellungen halten noch Bracher und Schulz (in: Bracher / Sauer / Schulz, Machtergreifung, S. 160 und 422) sowie Morsey (a. a. O., S. 365) an der Auffassung fest, die außerordentlichen Vollmachten des EG seien dem Kabinett in seiner Gesamtheit zugebilligt worden. Sehr skeptisch gegenüber der politischen Verwertbarkeit des strittigen Vetorechts Hugenburgs schon Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien, S. 593 und 603.

mit krasser Eindeutigkeit empfundenen Fehlen jeder echten Alternative vermitteln die folgenden Aufzeichnungen der ehemaligen Zentrums-Abgeordneten über die entscheidende Sitzung zwischen Regierungserklärung und Abstimmung einen beklammenden Eindruck. Die Versuche, Vorbilder aus der historischen Erfahrung für die eigene Entscheidung zu gewinnen, wirken angesichts des absolut Neuen der totalitären Bewegung ebenso erschütternd wie die aus gleichsam letzten moralischen Positionen abgeleiteten Argumente für und wider ein Ja.

Brüning hat 1947 seine persönliche Stellungnahme gegen ein positives Votum damit begründet, daß ein von Hitler zugesagter Brief, der die Aufhebung der politischen Grundrechte durch den Reichstagsbranderslaß widerrufen sollte, nicht vor der entscheidenden Lesung des Ermächtigungsgesetzes eintraf. Nach der überzeugenden Aufhellung der Vorgeschichte dieses legendären Hitler-Briefes durch Morsey³⁵ wird man diesem Anlaß für Brünings Haltung in der Fraktion nicht mehr das Gewicht beimessen können wie bisher. Der Jurist Kaas seinerseits dürfte in einer zusätzlichen schriftlichen Bestätigung der Garantien, die Hitler nach Eingang der Zentrumsforderungen in seine Regierungserklärung aufgenommen hatte, wohl eine stärkere moralische Bindung, aber kaum eine effektivere politisch-rechtliche Verpflichtung erblickt haben; eine solche kam allenfalls den gegenüber der Kirche abgegebenen Garantieerklärungen zu³⁶. Von hier aus versteht sich Kaas' Zurückhaltung in der Vormittagsitzung der Fraktion am 23. März wie sein schließliches Eintreten für eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nach der Regierungserklärung³⁷. Ein Moment, das dafür in die Waagschale gefallen sein mag,

³⁵ A. a. O., S. 361 f. und 429 ff. Danach hat Hitler allen entscheidenden Forderungen des Zentrums, die dem Kanzler am Abend des 22. März schriftlich zugeleitet wurden, in seiner Regierungserklärung entsprochen – allerdings mit charakteristisch modifizierten Formulierungen. Nicht gehalten hat Hitler sein Versprechen, den schriftlichen Garantienkatalog des Zentrums unterzeichnet Kaas wieder zuzuleiten. Mit Wheeler-Bennetts Darstellung (a. a. O., S. 446 ff), die wohl als eine erste Fassung der Version in Brünings Brief an Pechel aufzufassen ist, lassen sich die letzten bei Morsey noch offenen Probleme klären: danach war (neben der – von Brüning allein genannten – Forderung nach Aufhebung von § 1 der Verordnung vom 28. Februar) die Einschaltung Hindenburgs Hauptgegenstand der Verhandlung am 22. März. Hitler versicherte dabei, er habe sein Versprechen gegeben, Gesetze von besonderer Bedeutung nur nach „consultation“ Hindenburgs zu erlassen. Kaas verlangte daraufhin eine schriftliche Bestätigung dieses Versprechens wie der anderen Zusagen Hitlers, „before the Centre Party voted for the Bill“. Hitler sagte zu, dieser Forderung des Zentrums nachzukommen. Die Identität des daraufhin Hitler überreichten Schreibens mit dem von Brüning genannten Brief ergibt sich aus folgendem Zusammenhang: Brüning gibt Bell als Mitautor des von der DNVP einzubringenden Amendements zum EG an (Brief a. a. O., S. 17); Bell hat diese Mitarbeit entschieden dementiert, war aber Mitverfasser der Hitler am Nachmittag des 22. März zugeleiteten Forderungen (Morsey a. a. O., S. 362, Anm. 56 und 361). Schließlich ist Wheeler-Bennetts zeitliche Einordnung der letzten Bemühungen um den Hitler-Brief überzeugend (Vormittag des 25. März und Beginn der Nachmittagsitzung). S. auch unten, Anm. 46.

³⁶ Vgl. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, S. 148.

³⁷ Morseys Argumentation scheint mir hier doch nicht den Kern der Sache zu treffen (a. a. O., S. 362). Vgl. auch Tagebuch Kaas a. a. O., S. 426; Heiden, Geburt des Dritten Reiches, S. 148 und R. Leiber SJ, Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei. In: Stimmen der Zeit, 86, 1960/61, S. 216.

wird Hitlers Appell an die „Sammlung“ gewesen sein, an den Kaas – bei unverkennbarer Abgrenzung gegenüber dem nationalsozialistischen „Sammlungs“begriff – in seiner Erklärung anknüpfte³⁸. Formal konnte das Ja zu den Blankovollmachten durch das legitimiert scheinen³⁹, was von Hitler und „von seiten des Reichspräsidenten“ an Zusicherungen gegeben war, letztlich begründet aber wurde es sicherlich durch die Überzeugung, daß auch ein von Brüning gefordertes heroisches Nein die Entwicklung nicht aufhalten könne⁴⁰, die geringste Chance einer Einflußnahme aber gewahrt werden müsse. Man wird diese Überlegungen nicht nur aus unserer heutigen Kenntnis des geschichtlichen Ablaufs beurteilen dürfen⁴¹. *Josef Becker*

Dokument Nr. 1

[Artikel in der Köln. Volkszeitung vom 5. 4. 33]

Der Weg des Zentrums

Die Erklärung, welche der Führer der Deutschen Zentrumspartei in der entscheidenden Reichstagssitzung zum Ermächtigungsgesetz abgab⁴², hat die Erstlingsphase der innenpolitischen Entwicklung nach Abschluß der Wahlen zu Ende geführt. Mit einem Ermächtigungsgesetz, das in diesem zeitlichen und sachlichen Ausmaß bisher ohne Beispiel ist, ist der im Amt befindlichen Reichsregierung⁴³ eine ungewöhnlich umfangreiche Vollmacht erteilt worden.

Mit dieser Vollmacht verbindet sich ein gleiches Maß von Verantwortung, eine Verantwortung, die rein rechtlich nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes lediglich auf den Schultern der Regierung⁴⁴ ruht, die aber nach den Erklärungen des Reichskanzlers⁴⁵ sowohl wie nach anderen Informationen⁴⁶ sachlich und moralisch

³⁸ Vgl. FZ Nr. 225 vom 24. 3. 33: Kaas „sprach nobel wie immer und hatte es verhältnismäßig leicht, die richtigen Worte zu finden, denn gerade er hatte oft genug die nationale Sammlung gepredigt, wobei ihm freilich etwas anderes vorschwebte, als was er heute gutzuheißen hatte“.

³⁹ Daß Kaas den Zusicherungen Hitlers gegenüber skeptisch blieb, scheint mir auch aus dem Tenor von Dokument Nr. 1 hervorzugehen; vgl. ferner K. Heiden, *Der Fuehrer*. Boston 1944, S. 576f; Papen, *Wahrheit*, S. 315 und R. Morsey, *Briefe zum Reichskonkordat*. In: *Stimmen der Zeit* 86, 1960/61, S. 11, Anm. 1.

⁴⁰ S. unten im Text bei Anm. 56 und 74; ferner Heiden, *Geburt des Dritten Reiches*, S. 160.

⁴¹ Vgl. die grundsätzlichen Feststellungen von G. Ritter, *Wissenschaftliche Historie, Zeitgeschichte und „politische Wissenschaft“*. Heidelberg 1959, S. 20. — Nach Abschluß dieser Dokumentation erschien im Februarheft 1961 von „Hochland“ eine die historische Diskussion fruchtbar fördernde Untersuchung von E.-W. Böckenförde, „Der deutsche Katholizismus im Jahre 1935“.

⁴² *Sten. Berichte*, Bd. 457, S. 37; auch abgedruckt in: *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, hrsg. von J. Hohlfeld, Bd. IV, o. J., S. 36f.

⁴³ Zu diesen Formulierungen siehe oben im Text bei Anm. 34.

⁴⁴ Vgl. Anm. 43.

⁴⁵ Vgl. Hitlers Versicherung in der Regierungserklärung: „Die Stellung und Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein“ (zit. nach Hohlfeld a. a. O., S. 35f; Sperrung vom Bearbeiter dieser Dokumentation. Vgl. auch die entsprechende Forderung des Zentrums nach Morsey a. a. O., S. 431).

⁴⁶ Wenige Tage nach dem 25. März erhielt Brüning folgenden Brief Hindenburgs:

„Ich kann Ihnen nur bestätigen, daß der Herr Reichskanzler mir seine Bereitwilligkeit

auch das Staatsoberhaupt selbst mit einbegreift. Der vorübergehend auch innerhalb der Regierung selbst erwogene Gedanke eines formalen Vetorechts des Reichspräsidenten gegenüber den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchzuführenden Maßnahmen ist später wieder aufgegeben worden⁴⁷. Die Erklärungen des Reichskanzlers lassen jedoch mit hinreichender Deutlichkeit erkennen, daß die formalrechtliche Freiheit der Regierung nicht gleichbedeutend ist mit einer faktischen Desinteressiertheit des Staatsoberhauptes an der Gestaltung der Ermächtigungsgesetzgebung, daß vielmehr dieserhalb zwischen ihm und dem verantwortlichen Führer der Regierung Klarstellungen erfolgt sind, die jederzeit die Möglichkeit einer sachlichen Einflußnahme des Reichspräsidenten sichern⁴⁸.

Wir glauben Grund für die Annahme zu haben, daß gerade letzterer Gesichtspunkt für das Ja der Zentrumsfraktion des Reichstages und vor allem für die Stellungnahme derjenigen Zentrumsvertreter, die bis zum letzten Augenblick einem Nein das Wort redeten, von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist.

Neben dieser Sicherung einer sachlichen Einflußnahme von Seiten des Reichspräsidenten ist für die Zentrumspartei zweifellos auch der Umstand von besonderer Bedeutung gewesen, daß für eine Reihe von möglichen Anwendungsgebieten der Ermächtigung durch Erklärungen des Reichskanzlers eine nicht unwesentliche de facto-Einschränkung erfolgt ist⁴⁹. Wer die Reichskanzlerrede unter diesem Gesichtspunkt genau durchprüft, wird deutliche Anzeichen nach dieser Richtung hin nicht verkennen können⁵⁰.

Des weiteren ist wohl auch der Umstand nicht außer Betracht zu lassen, daß anscheinend ein Weg gefunden worden ist, um Vertretern der Zentrumspartei bzw. einem von ihr beschickten Arbeitsausschuß die Möglichkeit zeitiger Einsichtnahme in die wichtigeren, auf Grund der Ermächtigung in Frage kommenden Gesetze zu ermöglichen⁵¹. Diese Dinge sind allerdings erst im Anfangsstadium der Ent-

erklärt hat, auch ohne formale verfassungsrechtliche Bindung die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu ergreifenden Maßnahmen nur nach vorherigem Benehmen mit mir zu treffen. Ich werde hierbei stets bestrebt sein, enge Zusammenarbeit zu wahren und getreu meinem Eide ‚Gerechtigkeit gegen jedermann‘ zu üben. von Hindenburg“ (zit. bei Wheeler-Bennet a. a. O., S. 448; Sperrung vom Bearbeiter dieser Dokumentation).

Daß „dringende Meinungen aus der Umgebung des Reichspräsidenten“ den Zentrumsabgeordneten ein positives Votum nahelegten, hat schon der SPD-Abgeordnete Ulrich bestätigt (Württembergisch-Badischer Landtag, Wahlperiode 1946–1950, Beilagen Bd. 1, o. J., S. 101). S. auch Brüning, Brief a. a. O., S. 20. Ferner Morsey a. a. O., S. 366f.

⁴⁷ S. dazu oben im Text bei Anm. 26–29. In der Kabinettsitzung vom 15. März hatte Hugenberg die Frage aufgeworfen, ob eine Mitwirkung des Reichspräsidenten bei den Gesetzen auf Grund der Ermächtigungsvollmachten vorgesehen sei. Meissner erledigte diesen „letzten Diskussionsversuch“ mit der Feststellung, die Autorität des Reichspräsidenten sei, einem Wunsche Hindenburgs gemäß, nur bei „einigen Gesetzen von besonderer Bedeutung“ einzuschalten. (IMT, Bd. XXXI, S. 407; vgl. Bracher in: Bracher / Sauer / Schulz, Machtergreifung, S. 156f.)

⁴⁸ Vgl. oben im Text bei Anm. 27 und 35.

⁴⁹ Nach der geltenden Staatsrechtslehre gehörte eine Regierungserklärung lediglich dem Bereich der „politischen Tatsächlichkeiten“ an, schuf also keine staatsrechtliche Verpflichtung (vgl. G. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches. 14. Aufl. 1933, Erl. zu Art. 56 WRV). Hitlers Garantieverprechen hatten demnach Rechtscharakter lediglich im Sinne einer Selbstbindung.

⁵⁰ Vgl. die Gegenüberstellung der schriftlichen Zentrumsforderungen mit den Zusagen Hitlers bei Morsey (a. a. O., S. 429ff); ferner Wheeler-Bennett a. a. O., S. 446.

⁵¹ Vgl. oben Anm. 30; dazu die Meinung Heidens, die entscheidende Zusage Hitlers sei die

wicklung, so daß das Urteil über den sachlichen Wert dieser Einrichtung noch nicht abschließend sein kann⁵². Immerhin liegen hier Verbindungslinien für die Ermöglichung einer künftigen sachlichen Zusammenarbeit und eines Ausgleichs der Auffassungen, die für die Fortgestaltung der innenpolitischen Konstellation unter Umständen nicht ohne Bedeutung sein können.

Die Erklärung, welche der Parteiführer vor dem Reichstag abgab, war wohl mit Bewußtsein auf einen rein sachlichen Ton und auf ein äußerlich so knappes Maß eingeschränkt. Es war die Erklärung einer Partei, die in einem entscheidenden und für Deutschland nicht ungefährlichen Augenblick der Nachkriegsentwicklung⁵³ aus ihrem inneren staatspolitischen und sittlichen Muß heraus ihre Mitarbeit selbst dann zu leihen bereit ist, wenn die Gesamtumstände sowohl als auch die Sondervorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung führten, ihr normalerweise hätten Anlaß sein können, sich zurückzuhalten. Diese Erklärung war der starke und überzeugende Ausfluß der Sammlungsparole, die ein halbes Jahr vorher in Münster an alle deutschen Parteien gerichtet wurde, wo Prälat Kaas sagte, an dem Tage, wo drei, vier, fünf Führer deutscher Parteien erkennen würden, was die Stunde von ihnen fordert, und den Mut hätten, das Erkannte in die Tat umzusetzen, wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Vernunft geschlagen⁵⁴. Aus dieser Erkenntnis hat die Zentrumsparole ohne jeden Egoismus, unter Hintansetzung jeden Ressentiments, unter bewußtem Vergessen mancher Kämpfe und Gegensätzlichkeiten, dem Sammlungsgedanken ein Opfer gebracht, wie es in ihrer Geschichte wohl selten zu verzeichnen ist. Die Märzentscheidung der Zentrumsparole rückt die Ernsthaftigkeit ihres Sammlungswillens in ein Licht, in dem das Nichtzustandekommen der Sammlung im August und November 1932 wie im Januar 1933 einwandfrei der Verantwortung anderer politischer Gruppen und Führer zufällt.

*

Mit dieser Erklärung vom 23. März hat die Zentrumsparole dem deutschen Staat und der neuen Staatsführung an loyaler Chance alles gegeben, was sie geben konnte, außer ihrer Ehre und ihrer Treue zu sich selbst. Die Zentrumsparole ist keine Partei wie andre. Sie ist der zwar historisch gewordene, in vielen Einzelheiten auch historisch bedingte, in manchen Einzelheiten auch korrektur- und entwicklungsfähige, in seiner Substanz jedoch weltanschaulich fundierte und statische Ausdruck des politischen Kredos derjenigen deutschen Katholiken und gläubigen Christen, die auch in den veränderten Verhältnissen der Gegenwart glauben, daß die Mitgestaltung am Staat und an dem, was des Staates ist, aus dem Glauben heraus möglich und notwendig ist. Diese ihre Eigenart gibt ihr gegenüber dem rein zeitlich Bedingten eine Spannkraft und Anpassungsfähigkeit, die andre politische Rich-

des Arbeitsausschusses als eines „verkleinerten Parlaments“ gewesen (Der Fuehrer, S. 576 f und Hitler, Zürich 1937, Bd. II, S. 228).

⁵² Der Arbeitsausschuß hat zweimal getagt – am 31. März und 2. April 1933. Seine Zusage war als erstes der Versprechen Hitlers durch den badischen Zentrumsführer Prälat Föhr bekannt geworden (vgl. FZ Nr. 250 vom 2. 4. 33). – Welchen Eindruck Kaas nach den ersten beiden Sitzungen von den Möglichkeiten des Arbeitsausschusses hatte, dürfte aus der vorsichtigen Formulierung des folgenden Satzes unschwer abzulesen sein.

⁵³ Vielleicht ein Hinweis auf polnisch-französische Präventivkriegserwägungen, die nach Brüning ebenfalls für eine Zustimmung zum EG ins Gewicht fielen. Gegen Morseys (a. a. O., S. 366, Anm. 79) Skepsis hinsichtlich dieser Behauptung Brünings spricht auch die Bedeutung, die „Der Deutsche“ (16. 3. 33) dem „Spiel mit dem Präventiv-Krieg“ beimißt.

⁵⁴ Vgl. Horckenbach a. a. O., S. 346 f.

tungen nicht besitzen. Sie bewahrt sie vor der Gefahr, das politisch jeweils Gewordene zu verabsolutieren und zum Selbstzweck ihrer Arbeit werden zu lassen. Aus dieser Einstellung heraus findet sie in so umwälzenden Momenten politischen Geschehens, wie im gegenwärtigen, ohne ihr inneres Gleichgewicht zu verlieren oder die Substanz ihres politischen Erbguts zu gefährden, die realpolitisch richtige und staatspolitisch pflichtmäßige positive Haltung auch solchen Entwicklungen gegenüber, die sie nicht zu verantworten hat.

Für sie ist die Mitarbeit am Staat nicht abhängig von der jeweiligen Gestaltung der Staatsform oder des Staatsregimes. Sie sieht die *particula veri* in jeder Staatsform und in jedem Regime und sieht den Sinn ihrer Arbeit in jedem Fall darin, das Entwicklungsfähige und Unterstützungswürdige zur Entfaltung, das Gefährliche und Zersetzende zur Ausscheidung zu bringen. Nichts wäre weniger verantwortlich gewesen, als wenn eine politische Gruppe von der Vergangenheit, von dem staatspolitischen und religiösen Ethos der deutschen Zentrumspartei aus begrifflicher Skepsis gegenüber gewissen äußeren Formen, in denen die neue Umwälzung sich vollzog, sich in passive Abstinenz geflüchtet hätte. Eine solche Haltung würde weder ihrem eigenen inneren Gesetz noch dem staatspolitischen Imperativ der Stunde entsprochen haben. Insofern glauben wir annehmen zu können, daß trotz vieler und begrifflicher Einzelbedenken die überwiegende Mehrzahl der Zentrumsanhänger in Reich und Ländern den Beschluß vom 23. März innerlich verstanden und gebilligt hat.

*

Darüber hinaus liegen die Dinge so, daß die bisherigen Formen des in Weimar geborenen demokratischen Staates, gleichgültig aus welchen Gründen, faktisch unanwendbar geworden waren⁵⁶. Wer die umstürzenden Realitäten von heute nicht sieht und aus ihnen nicht nüchtern die Konsequenzen zieht, der verliert die Möglichkeit der Mitgestaltung und der Einschaltung gerade der mäßigenden und ordnenden Kräfte, ohne die eine gesunde Weiterentwicklung unvorstellbar ist. Wir stehen, wenn nicht in einer Krise des demokratischen Gedankens überhaupt, so jedenfalls in einem Evolutionsprozeß, in welchem die bisherigen Betätigungsformen des demokratischen Systems und der demoliberalen Einrichtungen in einen Umschmelzungsprozeß von grundlegendem Ausmaß hineingezogen werden. Das unleugbare Übermaß formaler Freiheiten, die überall auf dem rein staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiet zu Entartungen und Schwächungen geführt haben, wird eine herbe, vorübergehend zweifellos auch übertriebene staatliche Disziplinierung all dieser Lebensgebiete ablösen. An die Stelle des demokratischen Homöopathen wird vorübergehend der scharfe Zugriff des Operators treten, der auch vor lebensgefährlichen Eingriffen nicht zurückschrecken wird. Die Normalisierung dieser Übergangszeit, die nicht ohne Fehlgriffe und vereinzelte Exzesse verläuft, und die schnelle Rekonstruktion des deutschen Staatswesens auf neuen und zukunftsgerichteten Grundlagen wird sich um so eher vollziehen, je entschlossener auch diejenigen Kräfte ihre Mitarbeit leihen, von denen die Erstlings-Initiative zu diesem revolutionären Umschwung nicht ausgegangen ist. Aus solchen Erwägungen heraus konnte es für die Zentrumspartei kein Zögern geben, als nach den ohne ihre Schuld verpaßten Sammlungsmöglichkeiten des November 1932 und des Januar 1933 in der letzten Märzwoche die große Konsolidierungsidee in anderer Form an sie herantrat. Nur ein Ja konnte schöpferisch sein. Ein Nein hätte weder innen- noch außenpolitisch dem staatsmännischen Kredo der Zentrumspartei entsprochen. Statt Vergangendem

⁵⁶ Vgl. das bei Morsey (a. a. O., S. 374) in einer anderen Fassung wiedergegebene Zitat aus diesem Satz.

nachzutruern, haben ihre Führer die Pflicht gefühlt, mit den anderen Sämänner der Zukunft zu sein⁵⁶.

*

Große Umbildungsprozesse soll man nicht hemmen, sondern mitzugestalten suchen⁵⁷. Was sich in der neuesten Entwicklung Deutschlands besonders manifestiert, ist die Sehnsucht nach einem starken Staate, der im Rat der Völker aus dem Paria-Dasein der Nachkriegszeit, das durch Brünnings zielklare Arbeit bereits grundsätzlich gekündigt war, zu gleichberechtigter Mitarbeit vordringen will. Die Welt muß begreifen, daß hinter der Dynamik dieses deutschen Wollens sich eine Sehnsucht verbirgt, die in dieser oder anderer Form in jedem gesunden Volke vorhanden ist und vorhanden sein muß. Dutzende und dutzende Male wurde in der Vergangenheit gerade von dem Führer der Zentrumsparlei, vor allem Frankreich gegenüber, der Gedanke ausgesprochen, daß die rechtliche und faktische Diskriminierung Deutschlands, der Versuch seines dauernden Ausschlusses aus der normalen Gleichberechtigungslinie der europäischen Großmächte ein verhängnisvoller Irrweg sei. Auch das neue, das heute in Deutschland entstanden ist, hat keine aggressiven Tendenzen gegenüber Frankreich. Wir kämpfen nicht gegen Paris, wir kämpfen nur gegen Versailles, weil wir wissen, daß ein Europa, das auf den verfehlten und von Tag zu Tag in ihrer Irrigkeit offenbar werdenden Grundlagen von Versailles weiterzuleben sucht, auf die Dauer nicht in Frieden wird bestehen können.

Nicht der Revisionsgedanke als solcher – mit den Mitteln des Friedens und des Rechtes vertreten – ist für Europa eine Gefahr, sondern die unerleuchtete Hartnäckigkeit und Enge, mit der von gewisser Seite jede revisionistische Tendenz abgelehnt und bekämpft wird. Hätte der Völkerbund dieser Tendenz, die in seinem Statut in Artikel 19 einen theoretischen Platz hat, auch praktisch frühzeitiger Raum gegeben, statt seine Maschinerie nur gegen ihn zu kehren, die Spannungen von heute würden nie entstanden, jedenfalls frühzeitig gemildert worden sein. So aber stehen wir vor einer Feststellung, die un bequem sein mag, die aber deshalb nicht aufhört, wahr zu sein: ein Versagen des Völkerbundes, ein unleugbares Nachlassen seiner Operationsfähigkeit gerade gegenüber denjenigen Problemen, die Lebensprobleme des europäischen Kontinents und wesentliche Voraussetzungen des Weltfriedens sind. Nachdem Genf bewiesen hat, daß es aus eigener Initiative zu diesem schöpferischen Werk wenigstens zurzeit nicht fähig ist, sollte es jedenfalls die Selbstbescheidung und Einsicht aufbringen, es nicht von sich aus zu verhindern.

*

Es war zweifellos und ist in gewissem Sinne auch heute noch ein Vorzug des Völkerbundes, eine weitgehende Gleichschaltung der Groß- und Kleinstaaten durchgeführt zu haben. Diese Gleichstellung hat grundsätzlich ihre ethische Bedeutung und wird sie weiter haben müssen. Es gibt aber auch im politischen Raum gewisse Gravitationsgesetze, die nicht unbestraft außer acht gelassen werden dürfen. Der Unterschied zwischen Großstaaten und Kleinstaaten ist eine Realität. Die Hierarchie der Werte und der Kräfte ist ein Faktum auch im internationalen Bereich. Man kann sie vorübergehend ignorieren, aber damit nicht aus der Welt schaffen. Man kann Europa nun einmal nicht auf Dauer um Warschau oder Prag, um Bukarest oder Belgrad

⁵⁶ Vgl. unten im Text bei Anm. 74.

⁵⁷ Umschreibung einer vielzitierten politischen Maxime Windthorst's. Zu Kaas' außenpolitischen Vorstellungen vgl. seine Beiträge in: Politisches Jahrbuch, hrsg. von G. Schreiber, M. Gladbach 1926–1928.

kreisen lassen. Die großen Kraftzentren der europäischen Politik liegen nun einmal in der Achse London und Rom, Berlin und Paris. Das friedliche Quadrumvirat der europäischen Großmächte, das Mussolini vorschwebt, soll den Völkerbund nicht ersetzen und auch nicht sprengen⁵⁸. Es soll ihm lediglich die Initiativkraft einhauchen, die er aus sich selbst offenbar nicht findet. Ohne diese von den Großmächten ausgehende „Initialzündung“ wird das europäische Friedenswerk nie zu einem sauberen Start kommen. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die europäische Konzeption, die vor allem Mussolini seit langem vertreten hat und die nunmehr in den Plänen McDonalds eine Auferstehung feiert, ernsthaftester Berücksichtigung und Unterstützung wert. Ihre Wiederaufgabe würde das Zurückfallen in eine internationale Lethargie bedeuten, aus der friedensichernde und legale Auswege kaum noch erblickt werden können.

Ohne eine langfristige *Treuga Dei* zwischen den europäischen Mächten ist die wirtschaftliche Krisenüberwindung eine Unmöglichkeit. Ohne Anbahnung vernünftiger Revisionsmöglichkeiten an den entscheidendsten Fehlstellen der Versailler Europa-konstruktion ist diese *Treuga Dei* psychologisch und taktisch nicht vorstellbar. Aus diesen Konnexen heraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit der Wunsch, daß die führenden Männer der großen europäischen Staaten den Ernst der Stunde begreifen, daß sie sich über das mechanische Spiel der Zahlen emporheben und den Mut zur Führung besitzen, dem auch im internationalen Leben in der gegenwärtigen Gesamtlage allein ein Erfolg beschieden werden kann.

*

Die Deutsche Zentrumspartei hat sich mit Bewußtsein trotz nicht geringer innenpolitischer Bedenken der neuen werdenden deutschen Staatsführung als Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Neben der vorübergehend vielleicht etwas stürmischen Dynamik der soeben erst aus der Opposition zu verantwortlicher Regierungstätigkeit gelangten Kräfte wird die mehr statische Einstellung anderer Volksgruppen ein ausgleichendes und regulierendes Moment sein. Aber darüber möge man sich im Auslande keinem Zweifel hingeben: ob mehr statisch, ob mehr dynamisch eingestellt, alle deutschen Gruppen, die hinter der gegenwärtigen Regierung stehen, wissen, und nicht erst seit heute – die Führer der Zentrumspartei haben seit Jahren derartige Gedanken ausgesprochen und es genügt, auf Brüning hinzuweisen, der diesem deutschen Willen sowohl in der Reparations- wie in der Abrüstungsfrage zum ersten Male nachdrücklich und erfolgreich Ausdruck gegeben hat –, daß eine europäische Befriedung nicht vollzogen werden kann, ohne daß man sich von gewissen Konstruktionsfehlern der Versailler Konzeption frei macht.

Es gilt, auf den Wegen Mussolinis und MacDonaldis in loyaler Zusammenarbeit mit einem dem neuen Geiste sich erschließenden Frankreich eine andere europäische Konzeption zu schaffen, deren Magna Charta die Überschrift trägt: Rückkehr zur Gleichberechtigung; Abkehr von der Dogmatisierung des Status quo in all seinen, auch den verfehltesten Einzelheiten; Mut, aus den Erfahrungen, die zwischen 1918 und 1933 liegen, zu lernen und die Folgerungen zu ziehen, die verantwortungsbewußtes Führertum, Gerechtigkeit und politischer Wirklichkeitssinn gebieterisch fordern, etwa in dem Sinne des Wortes MacDonaldis, das allerdings auf Gewaltdiktate eher in seinem zweiten Teil anwendbar ist als in seinem ersten: Alle Verträge sind heilig, aber kein Vertrag ist ewig.

⁵⁸ Der im März von Mussolini vorgeschlagene Viererpakt zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien; paraphiert in Rom am 7. Juni 1935.

Dokument Nr. 2

[Aufzeichnungen einer ehem. Zentrumsabgeordneten zum Ermächtigungsgesetz]

Am 21. [März] war ich früh wieder in der Karlskirche, dann Frühstück im „Kie-ler Hof“, und wir – die Zentrumsabgeordneten, die dort wohnten – gingen zusammen nach dem Reichstag. Vor dem Reichstag standen die Autos zur Fahrt nach Potsdam. Als wir im Auto saßen, kamen Herren und sagten, sie müßten mit Ausnahme der Damen die Insassen auf Waffen untersuchen, die Damen möchten sich entfernen⁵⁹. Die Herren protestierten, und wir erklärten, daß wir das Auto nicht verlassen würden. Prälat Dr. Kaas rief Göring an, und Göring bedauerte das Mißverständnis. So ging die Fahrt an, vorbei an endlosen Menschengespinnnen.

Wir hielten vor der St. Peterskirche⁶⁰ in Potsdam. Sie hatte weiß-gelbe Fahnen von den Türmen wehen, keine Hakenkreuzfahne. Die Reichsregierung war vertreten durch den Reichsminister von Eltz⁶¹, in den vordersten Reihen saßen die Nationalsozialisten⁶², wir knieten in den hinteren Bänken. Als wir dann im Zuge von der St. Peter-und-Paulskirche nach der Potsdamer Garnisonskirche gingen, sagte ich zu Prälat Schreiber⁶³, ich könne mich nicht auseinandersetzen mit den Geschehnissen, ich habe die Kraft nicht mehr; ich könne nur beten. Unterwegs gab es eine Panik, die Kette der Polizisten riß⁶⁴. Wir hörten Schmährufe: „Pfu! Zentrum!“, auch Schmährufe gegen Brüning⁶⁵. In der Garnisonkirche hörte ich, wie Hindenburg seine Rede vorlas. Den Vorbeimarsch sah ich nicht; ich hatte keine Kraft, diese militärische Aufmachung anzuschauen, ich dachte an den Krieg und sein Elend und sein Leid;

⁵⁹ Vgl. Morsey a. a. O., S. 359 f.

⁶⁰ Hier begann um 10.50 Uhr der Festgottesdienst für die katholischen Teilnehmer am Potsdamer Staatsakt. Zur gleichen Stunde fanden sich die evangelischen Teilnehmer – unter ihnen Hindenburg, Frick, Göring, Rust, Hugenberg, Seldte, von Neurath, von Blomberg und Schacht – in der Nicolaikirche ein. (Vgl. Rosten a. a. O., S. 350 f. und FZ Nr. 217/218 vom 22. 3. 33).

⁶¹ Neben dem Post- und Verkehrsminister (1932–37) Eltz von Rübenach nahm auch Papen an dem Gottesdienst teil.

⁶² Unter ihnen General von Epp, Hermann Esser und Himmler. Der für Hitler reservierte Stuhl blieb leer. Entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit nahm er (wie auch Goebbels) nicht an dem Gottesdienst teil, sondern legte auf dem Luisenstädtischen Friedhof an den Gräbern von SA-Männern einen Kranz nieder. In einer gleichzeitig veröffentlichten Erklärung wurde das Fernbleiben mit der religiösen Ächtung der Nationalsozialisten durch den katholischen Episkopat begründet (vgl. FZ Nr. 217/218 und „Völkischer Beobachter“ vom 22. 3. 33; ferner H. Picker, Hitlers Tischgespräche, hrsg. von G. Ritter, Bonn 1951, S. 96. Hitlers und Goebbels' Erklärung ist abgedruckt bei E. Deuerlein, Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956, S. 298, Anm. 355).

⁶³ Prof. D. Dr. Georg Schreiber; MdR 1920–1933.

⁶⁴ In der Nähe der Nicolaikirche, als sich der Zug der katholischen mit dem der evangelischen Teilnehmer vereinigte und Hitler mit dem Kabinett und den NS-Mitgliedern die Spitze übernahm. Von der Peterskirche bis zur Nicolaikirche hatten Hitler mit Papen und Goebbels mit Eltz von Rübenach die katholischen Abgeordneten angeführt. (Vgl. die sich ergänzenden Berichte der „Badischen Presse“ Nr. 156, FZ Nr. 217/218 und des BB vom 22. 3. 33; ferner die Schilderung bei Meißner/Wilde, Die Machtergreifung. 1958, S. 244 f. Brachers Angaben über den Zug zur Garnisonskirche in: Bracher / Sauer / Schulz, Machtergreifung, S. 150, sind irreführend).

⁶⁵ Vgl. H. Wendt, Die Nationalversammlung von Potsdam, Berlin 1933, S. 7 und Morsey a. a. O., S. 359, Anm. 44.

ich stand vor dem Potsdamer Waisenhaus mit einigen Kolleginnen – wir fuhrten nach Berlin zurück in die Krolloper zum Mittagessen. [...]

Am 22. [März] hatten wir Fraktionssitzung – immer wieder war Prälat Kaas beim Reichskanzler wegen der Fragen der religiösen Sicherungen, die wir unbedingt verlangen mußten⁶⁶. Wir hofften auf bindende Erklärungen, ohne welche die Annahme des Ermächtigungsgesetzes nicht einmal diskutabel war. Den Text zum Ermächtigungsgesetz hatten wir immer noch nicht⁶⁷. Bevor wir nach Hause gingen, sagte Kaas: „Schaut, daß ihr noch einmal vor einem Tabernakel beten könnt, es stehen unsagbar schwere Stunden bevor.“

Der Vormittag [des 23. März] galt der Fraktion⁶⁸, der Wortlaut der Ermächtigung war noch nicht da⁶⁹. Wir konnten noch keinen Entschluß fassen. Man befaßte sich mit der Regierungserklärung⁷⁰. Nachmittags gingen wir hinüber zur Krolloper⁷¹. Die Regierungserklärung wurde vom Reichskanzler verlesen – wir merkten und spürten in der Rede den Einfluß von Prälat Kaas. Nach der Regierungserklärung gesichert waren: Die beiden Konfessionen als Grundlagen des Staates, der Religionsunterricht in der Schule, der Bestand der Länder, zum Teil der Parteien, die freie, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl des Reichspräsidenten. Nach der Rede 2 1/2-stündige Pause zur Beratung⁷². [...] In mir lebte nur ein „Nein“.

Wir gingen in das Reichstagsgebäude⁷³ zur schwersten Stunde, die dieses Fraktionszimmer je gesehen. Es war keine Einheit in der Auffassung. Kaas sagte: „Unser Schnittfeld ist dahin“⁷⁴ – wir müssen Gottes Willen tun und Gottes Willen erfüllen, wo wir auch hingestellt sind. Keine Härte des Schicksals macht uns frei von der Erfüllung unserer Pflicht. Das Vaterland ist in höchster Gefahr, wir dürfen nicht versagen. – Um mich herum hörte ich sprechen von drohendem Bürgerkrieg, die Straße würde freigegeben werden, wenn wir nicht die Ermächtigung annehmen würden. Wirth sprach von seinem Kampf gegen den Spartakus, wie er allnächtlich von einer Kaschemme in die andere ging, um zu reden, um zu dämpfen. Er habe in den größten Versammlungen für Ruhe und Ordnung geworben, aber auch die nächste Nähe der Spartakisten nicht gefürchtet, ohne Schutz. Die Weimarer Verfassung sei ihm Gewähr für Ruhe und Ordnung – die schwarz-rot-goldene Fahne das Reichsbanner. [...] Wirth weinte, er sprang auf und ging zur Tür hinaus. Staatspräsident Schmitt⁷⁵ sagte zu mir: „[...] springen Sie ihm nach, holen Sie ihn herein.“ Ich sprang hinaus und erreichte ihn vor dem Reichstag. Ich sagte ihm: „Die Fraktion wünscht Sie zu-

⁶⁶ Diese Verhandlungen hatten am Vormittag des 20. März begonnen und wurden am Nachmittag des 22. März fortgesetzt (vgl. Morsey a. a. O., S. 358 ff).

⁶⁷ Vermutlich handelt es sich hier um eine Verwechslung mit dem Hitler-Brief. Die Reichstagsdrucksache mit dem Wortlaut des EG trägt das Ausgabedatum vom 21. März (Sten. Berichte, Bd. 457).

⁶⁸ Beginn der Fraktionssitzung um 10.15 Uhr (vgl. Protokoll-Entwurf in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 306).

⁶⁹ S. Anm. 67.

⁷⁰ Deren Mitteilung war von Hitler in seinem Gespräch mit Kaas am Vortage zugesagt worden. Auch diese Absprache hat Hitler nicht eingehalten. In der Fraktionssitzung konnten daher nur Teile der Regierungserklärung erörtert werden, die den Abgeordneten Bell und Hackelsberger bei einer vorausgegangenen Unterredung mit Frick vermutlich mitgeteilt worden waren (vgl. Morsey a. a. O., S. 361 f).

⁷¹ Sitzungsbeginn 14.05 Uhr.

⁷² Dauer der Pause 15.12 bis 18.16 Uhr.

⁷³ Das Fraktionszimmer war beim Reichstagsbrand verschont geblieben.

⁷⁴ Stellung der Anführungszeichen wie im Original; vgl. oben die korrespondierende Metapher in Dokument 1 bei Anm. 56.

rück, wir können Sie nicht entbehren. Sie haben im November 18 das Vaterland retten helfen, Sie dürfen Ihr Vaterland jetzt nicht verlassen.“ Ich erinnerte ihn kurz an seine Verdienste um Frieden und Brot – an seine Gänge und Arbeiten auf den Konferenzen von London und Spaa bis Locarno von 1919 bis 1925, daran, daß er mit als erster ein Verdienst habe, daß Rußland aus der Reihe der Reparationsgläubiger ausgeschieden sei. Er sagte weinend: „Und jetzt“ – [. . .]. Wir gingen in die Fraktion zurück.

Prälat Kaas [. . . erklärte], daß niemand die Verantwortung für eine Einzelabstimmung übernehmen könne, diese Verantwortung sei zu schwer – das Votum könne nur entpersönlicht sein, nur ein einheitliches Votum schaffe Entpersönlichung in der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Ersing⁷⁶ sprach von den Gefahren der Zertürmmerung der Gewerkschaften, der sozialen und politischen Grundrechte⁷⁷ – er ging hinaus, es waren führende Männer aus den Gewerkschaften im Haus, ebenso auch Führer der Landwirtschaft. Brüning sagte unter anderem: „Ich habe Millionen aufgerufen, den Herrn Reichspräsidenten zu wählen, ich trage die Verantwortung für diese Millionen, die um den Bestand des Reiches willen den Herrn Reichspräsidenten gewählt haben – was wird mit diesen Millionen geschehen? Die Mehrheitssozialdemokratie hat den Herrn Reichspräsidenten gewählt auf meine Veranlassung⁷⁸.“ Brüning sprach nicht viel in dieser Stunde.

Ersing kam zurück. Er sagte, er habe verhandelt, und die Vertreter der Arbeiterschaft hätten ihn beauftragt – trotz allem – aus Liebe zum Volk der Ermächtigung die Zustimmung zu geben. Man solle wieder sagen, daß in der Stunde der Gefahr der ärmste Sohn der getreueste war. Daraufhin sagte Wirth weinend: „Wenn die Arbeiter dieses Opfer bringen, werde auch ich es bringen“. Brüning sagte mir: „Ich werde in der Krolloper sein.“ Kaas dankte tiefbewegt für dieses einheitliche entpersönlichte Votum⁷⁹. Die Erklärung Brünings war auch meine Entscheidung.

Auf dem Wege von der Krolloper zum Reichstag⁸⁰ sagte mir Wirth, man habe ihm heute den Diplomatenpaß abgenommen – er ginge heute abend noch weg.

⁷⁶ Dr. Joseph Schmitt, badischer Staatspräsident 1928–1933, MdR 1932 (VI Wahlperiode) – 1935. Vgl. auch Morsey a. a. O., S. 364, Anm. 65.

⁷⁷ Joseph Ersing, seit 1911 Sekretär der christlichen Gewerkschaften für den Bezirk Südwestdeutschland, MdR 1920–35, seit Februar 1931 stellv. Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

⁷⁸ Vgl. dazu auch Ersings Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Württembergisch-Badischen Landtag (Wahlperiode 1946–1950, Beilagen, Bd. 1 o. J., S. 95f): „Bis dahin waren die Gewerkschaften noch unbehelligt. Wenn die Gewerkschaften . . ., die SPD und das Zentrum sofort zerschlagen werden, wird das so große Nachteile haben, daß wir, ehe wir es dazu kommen lassen, den Versuch machen wollen, das aufzuhalten. Das war unsere Auffassung“.

⁷⁹ Vgl. die aus dem Protokoll-Entwurf der Vormittagssitzung bekannte Stellungnahme Brünings: „Er habe sich für die Wahl Hindenburgs besonders mit dem Argument eingesetzt, er – Hindenburg – sei Garant und Treuhänder der Verfassung. Nun beständen die größten Gefahren für die gesamte Verfassung, besonders da sich Hindenburg mit dem Ermächtigungsgesetz abgefunden habe. Er – Brüning – könne sich kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn man anerkenne, daß man eine moralische Entscheidung für eine Zustimmung nicht trage“. In dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 307.

⁸⁰ Bei einer Probeabstimmung waren von 72 Abgeordneten 12–14 Nein-Stimmen abgegeben worden (vgl. Morsey a. a. O., S. 364); das hier gemeinte Votum bezieht sich auf den Beschluß einer einheitlichen Stimmabgabe.

⁸¹ Nach dem Ende der Sitzung, in der Göring gegen 20.00 Uhr das Ergebnis der Abstimmung über das EG verkündet hatte.

Forschungsbericht

THILO VOGELSANG

NEUERE LITERATUR ZUR GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK

Vor sechs Jahren hat sich Karl Dietrich Erdmann in dieser Zeitschrift mit der wissenschaftlichen Problematik der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1933 auseinandergesetzt¹. Drei große Themenbereiche unterscheidend, durchleuchtete er kritisch das bisher erschienene Schrifttum und gab vor allem einer künftigen Forschung wesentliche Anregungen zur Behandlung des Grundproblems, „der Frage nämlich, warum der deutsche Versuch einer freiheitlichen Staatsgestaltung so bald in sich zusammenbrach“. Mit Recht konnte er damals sagen, daß „die Stunde der Geschichtsschreibung, der . . . das deutsche Leben in diesem Zeitraum in allen seinen inneren und äußeren Bezügen umfassenden Darstellung“, noch nicht gekommen sei. Und er betonte, es sei „eine Illusion zu glauben“, daß sich ein Bild der Weimarer Zeit erarbeiten ließe, „das nicht auf unser eigenes Schicksal heute bezogen wäre“². Diese Feststellung ist seither gültig geblieben. Wie der Begriff „Zeitgeschichte“ im deutschen Bereich seit mehr als hundert Jahren fast immer unter dem Eindruck vorangegangener neuartiger und übermächtiger Entwicklungen gestanden hat, so sind auch alle Bemühungen, die Geschichte der ersten deutschen Republik zu erforschen und nachzuzeichnen, unter entsprechenden Vorzeichen durchgeführt worden.

Sehr bald schon (Ende 1955) faszinierte Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“ als eine ebenso großangelegte wie gründliche Analyse des Staatsgefüges weite Fachkreise des In- und Auslandes. Obgleich das Werk in der Folgezeit kritische Äußerungen grundsätzlicher Art erleben mußte³, eröffnete es dennoch, als ein bewunderungswürdiger Beitrag von seiten der Politischen Wissenschaft, die Reihe der Standardwerke für diesen Abschnitt deutscher Geschichte. An weiteren Gesamtdarstellungen hat es seither nicht gefehlt. Es wurden sowohl Zusammenfassungen des bisherigen Wissens in erzählender Form wie auch Neubearbeitungen älterer Untersuchungen gegeben. In die erste Gruppe gehört die „Geschichte der Weimarer Republik“ von Erich Eyck⁴, dessen schriftstellerisches

¹ K. D. Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 1–19.

² Andererseits weisen gegenwärtig in der Bundesrepublik wesentliche innenpolitische Entscheidungen (von der Erarbeitung des Grundgesetzes 1948 bis zur Diskussion über die Notstandsgesetzgebung 1960) oder historisch-politische Rückblicke auf die Entwicklung der Nachkriegszeit eine stets ausdrücklich betonte Bezogenheit zum Schicksal der Weimarer Republik auf.

³ So etwa durch W. Conze, in: Hist. Z. 183 (1957), S. 578 ff.

⁴ E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd 1.2, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1954–56.

Lebenswerk sich damit von Bismarck über Wilhelm II. bis zu Hindenburg spannt: eine erste repräsentative Zusammenfassung der Geschichte des Zweiten Reiches von 1871 bis 1933. Zur anderen Gruppe haben wir die zweite Fassung des schon 1946 als Einführungslektüre beliebten Buches von Ferdinand Friedensburg⁵ sowie die Neuausgabe der Studien Arthur Rosenbergs, von Kurt Kersten besorgt und in einem Bande vereinigt, zu zählen⁶. Gleichzeitig wuchs die Zahl der etwa seit 1950 in Gang gekommenen Einzeluntersuchungen und Quellenpublikationen stark an. Als daher die beiden großen Handbuch-Unternehmungen, zunächst die des Athenaeon-Verlages (herausgegeben von Leo Just) und wenig später der altbewährte „Gebhardt“ (unter der Leitung Herbert Grundmanns) eine Ausdehnung der Einzelbeiträge bis in die Mitte des XX. Jahrhunderts in ihre Planung einbezogen, konnten die jeweiligen Bearbeiter ihre Darstellungen auf einer ansehnlich gewordenen Literatur- und Quellenbasis aufbauen. Damit haben – gegen Ende dieses Berichtszeitraums – nun auch Vertreter der Geschichtswissenschaft die ersten abgerundeten Schilderungen der Zeit zwischen 1918 und 1933 geliefert.

Der zum Brandt-Meyer-Justschen Handbuch gehörige Beitrag „Die Weimarer Republik“ stammt von dem Freisinger Historiker Albert Schwarz⁷. Es ist ein Werk, in welchem an vielen Stellen das stille Bedauern des Verfassers deutlich wird, die Geschichte eines kurzlebigen Staates an Stelle derjenigen einer aufstrebenden und sich bewährenden Demokratie schreiben zu müssen. Breit angelegt und vielfältig durchgegliedert, dabei den Wechsel der innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkte unter weitgehender Beobachtung der Chronologie berücksichtigend, wird der Stoff dem Leser wie dem Benutzer dargeboten. Die Stärke der (auch als Buchausgabe zu beziehenden) Arbeit liegt u. a. in der ausführlichen Aufbereitung der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung; die Einfügung eines eigenen Abschnittes über die allgemeine Kulturgeschichte ist ein besonderes Verdienst. Nahezu die Hälfte des Gesamtumfangs ist den schwierigen Anfangsjahren (bis 1923) gewidmet; die Analysen der revolutionären Vorgänge von 1918/19, des Versailler Vertrages sowie der Reichsverfassung wirken sehr überzeugend. Das Ende der Republik wird – der Anlage nach – hauptsächlich als Folgeerscheinung der großen Depression rubriziert, ein Verfahren, das allerdings bei ungeschulten Lesern zu Fehlschlüssen verleiten kann. In diesem letzten Teil hätte sich eine gesonderte Auseinandersetzung mit dem Aufkommen der sogenannten „nationalen Bewegung“ und ihren Gründen gelohnt, zumal bekanntlich die NSDAP nicht allein durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise großgeworden ist. Wohl hat Schwarz das Phänomen der „Konservativen Revolution“ erwähnt (S. 144), jedoch, weniger als

⁵ F. Friedensburg, *Die Weimarer Republik*, Neuauflage, Hannover und Frankfurt a. M. 1957, 295 S.

⁶ A. Rosenberg, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt a. M. 1955, 502 S.

⁷ A. Schwarz, *Die Weimarer Republik*, Konstanz 1958, 232 S. (= *Handbuch der Deutschen Geschichte*, begr. von O. Brandt, fortgeführt von A. O. Meyer, neu hrsg. von L. Just, Bd 4, Abschnitt 3.)

knapp skizzierend, nur als eine „Geistesrichtung“ und ohne Hinweis auf ihre Nebenerscheinungen, die sich um 1929/30 etwa in Republikverdrossenheit, Rufen nach dem „starken Mann“ und in einem hochgespielten Staatskrisen-Bewußtsein äußerten. Gerade beim Übergang zur Ära Brüning haben ja neben sicht- und „meß“baren Faktoren, wie dem offen zur Schau gestellten Verhalten der Parteien und der versagenden Mehrheitsmechanik des Reichstages, auch weniger auffällige mitgewirkt, die sich damals – von Treviranus bis zum linken Bürgertum – in einer Umorientierung von Blickrichtungen und Maßstäben geäußert haben, kurz gesagt: zwischen dem „Trend nach rechts“ im allgemeinen und dem Aufstieg Hitlers im besonderen bestehen vielfältige Zusammenhänge. Da aber Hitler nach 1930 von der Reichsführung niemals konsequent bekämpft, vielmehr oft genug als Verhandlungspartner gewertet wurde, ist dem Kern der innerdeutschen Problematik der Brüning- und Papenzeit wohl eher mit der Frage nach dem Verhalten der Machtinhaber gegenüber einer staatsverneinenden Partei beizukommen, und nicht so sehr – mindestens nicht in erster Linie – durch Hinweise auf die Neigung Berlins, gewisse Artikel der Verfassung häufig anzuwenden oder mit deren Hilfe Positionen zu verbessern.

Schwarz hat mit seiner „Weimarer Republik“ eine beachtliche Leistung vollbracht, die durch den imponierenden sechsendreißseitigen Teil „Quellen und Literatur“ (etwa bis zum Erscheinungsjahr 1957) noch unterstrichen wird. Man findet dort, wenngleich allzuoft durch eine Bibliographienummer verschlüsselt, auch Buch- und Aufsatztitel, die zwar der organisierten marxistischen Geschichtsforschung in Ost-Berlin und Leipzig entstammen, andererseits jedoch die Möglichkeit bieten, mit Quellenmaterial, das zur Zeit nicht jedem Historiker zugänglich ist, direkt oder indirekt bekannt gemacht zu werden.

Gleichfalls eine Leistung besonderer Art stellt der 4. Band des jetzt in 8. Auflage erscheinenden Gebhardt'schen Handbuches dar. In ihm hat es Karl Dietrich Erdmann auf sich genommen, die Zeit der Weltkriege als „Erstbearbeitung“ im Alleingang zu behandeln⁸. Mit Recht hat der Herausgeber auf die Fülle der Mühen hingewiesen, die zur Bewältigung dieses dreißig Jahre umspannenden Themenbereiches aufgewandt werden mußten. Sie verdienen um so mehr unsere Anerkennung, als bei manchen Partien mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß deren sachlicher Gehalt auf die Dauer nur als Zwischenergebnis, abgezogen von einer ständig sich ändernden Quellenbasis, zu betrachten ist. Es dürfte nun wenig sinnvoll sein, beide Handbuch-Beiträge einander gegenüberzustellen (der Erdmannsche Abschnitt B „Die Weimarer Republik“ [S. 80–176] ist ungleich kürzer gehalten), und wenn überhaupt, dann müßte man die dem Fachmann ohnehin bekannten Eigentümlichkeiten der Handbücher selbst bei Namen nennen. Sicher ist – und Stichproben haben es erwiesen –, daß beide Arbeiten sich ergänzen. Erdmann fügt Charakteristiken, Betrachtungen über bestimmte Entscheidungs-Situationen und

⁸ B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 8. Aufl., hrsg. von H. Grundmann. Bd 4: K. D. Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart 1959, VIII, 362 S.

die Schilderung des historischen Ablaufs zu einem glücklich komponierten Ganzen zusammen; sein prägnanter Stil kann nur als vorbildlich bezeichnet werden. Die dabei zuweilen auftretende Gefahr, daß in der Sache ursprünglich weitergespannte Zusammenhänge gleichsam verkürzt erscheinen und damit klarer dargestellt werden, als sie sich der Forschung heute bereits zu bieten vermögen, wiegt nicht schwer. Das Urteil Erdmanns ist zurückhaltend und abgewogen, und gerade deshalb darf man die Hoffnung aussprechen, eine Neuauflage möge am Schluß des Weimarer Abschnittes noch Raum für eine zusammenfassende Würdigung der Zeitspanne zwischen 1918 und 1933 gewähren.

Von gelegentlichen Ungenauigkeiten und Irrtümern soll hier nicht die Rede sein. Sie beeinträchtigen jedenfalls nicht den Rang, den die Arbeiten Schwarz' und Erdmanns' beanspruchen dürfen: als Standardwerke zur Geschichte der Weimarer Zeit gesellen sie sich der Analyse Brachers bei. Darüber hinaus wird, für sich allein betrachtet, der vierte „Gebhardt“-Band sogar die Funktion eines „Handbuches zur deutschen Zeitgeschichte“ schlechthin übernehmen und somit vielen in diese Richtung gehenden Wünschen der letzten Zeit entsprechen können.

Verglichen mit den Handbüchern stellt das fast gleichzeitig unter dem Titel „Die verratene Republik“ erschienene Buch Wilhelm Hoegnens⁹ einen sehr anderen Typus dar. Mit ihm hat der bekannte bayerische Politiker ein schon 1934 in der Emigration fertiggestelltes Manuskript über die „Geschichte der Gegenrevolution“ der Öffentlichkeit übergeben. Es ist durchaus als Vorteil zu betrachten, daß er es bewußt unterlassen hat, Veränderungen am damals niedergeschriebenen Text, die sich aus den Forschungsergebnissen unserer Tage ergeben könnten, vorzunehmen. So ist das Werk trotz seines darstellenden Charakters im großen ein Buch persönlicher Erinnerungen geblieben, im strengeren Sinne eine „Quelle“, aber durchdacht und geformt in der strengen gedanklichen Zucht eines prominenten Sozialdemokraten. Von Kapitel zu Kapitel spiegelt sich das Schickdal eines nicht gerade „verratenen“, aber gleichwohl unverteidigt gebliebenen Staates wider, dem die Hoffnungen und der Einsatz des Verfassers gegolten hatten, ein verkleideter Rechenschaftsbericht gleichsam auch über die Politik der SPD, in manchem vergleichbar etwa den 1933 im Lübecker Gefängnis entstandenen Aufzeichnungen Julius Lebers¹⁰ oder mehr noch dem ebenfalls 1934 konzipierten Résumé deutscher Republikgeschichte aus der Feder Friedrich Stampfers¹¹.

Die Vorzüge des Hoegnenschen Buches liegen in der zumeist sicheren politischen Beurteilung der allzu zahlreichen innerdeutschen Zwangssituationen; diese Vorzüge sollten für den Leser die auf häufigen sachlichen Unrichtigkeiten beruhenden Schwächen aufwiegen und ihn zum Kern dessen führen, was der Autor zu be-

⁹ W. Hoegner, *Die verratene Republik, Geschichte der deutschen Gegenrevolution*, München 1958, 397 S.

¹⁰ Wiedergegeben in: J. Leber, *Ein Mann geht seinen Weg, Reden und Briefe*, hrsg. von seinen Freunden, Berlin 1952, S. 185 ff.

¹¹ F. Stampfer, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, 3. Aufl., Hamburg 1952, XII, 690 S.

richten hat. Mit Erschütterung lernt man besonders im vierten Teil die Entwicklung der inneren „Gegenrevolution“, die Auswirkungen der „politischen Justiz“ und vor allem Einzelheiten über den Blut- und Gesinnungsterror namentlich des rechten Radikalismus kennen. Hier findet man das entsprechende Material in einer seltenen Vollständigkeit zusammengetragen, wobei die Monate der sogenannten „Machtübernahme“ im Frühjahr 1933 mit eingeschlossen sind. Eine weitere Eigentümlichkeit des Werkes besteht schließlich in der Herausarbeitung bayerischer Entwicklungen besonders der ersten 20er Jahre; als damaliger bayerischer Landtagsabgeordneter und Mitglied im Untersuchungsausschuß für den Hitler-Putsch vermag Hoegner viele Erlebnisse und Erkenntnisse zur Frühgeschichte der NSDAP beizusteuern.

Ebenfalls eine betonte Berücksichtigung der Politik des Landes Bayern finden wir in dem kleinen Abriß, den unlängst Karl Buchheim über Grundlagen und Geschichte der Weimarer Republik verfaßt hat¹². Freilich liegt sein Schwerpunkt auf der Entstehung des neuen Staates und auf dessen Krisen bis etwa 1924, dargestellt in einem knappen, aber lebhaften Stil und vielfach gemessen mit den Maßstäben des föderalistischen Prinzips. So erscheint das Ende der Republik, die Jahre zwischen 1929 und 1933, eigentlich unangemessen verkürzt; etwas mehr Ausführlichkeit wäre hier wohl am Platze gewesen. Doch man wird das Büchlein gern zur Hand nehmen, zumal wesentliche Erkenntnisse in bündiger Form mitgeteilt werden. Wenn beispielsweise bei Hoegner infolge des bei der Niederschrift noch zu geringen zeitlichen Abstands die zentrale Bedeutung des „Zweckbündnisses“ zwischen Ebert und Groener so gut wie gar nicht herauskommt, so spricht Buchheim aus, was in derartiger Eindeutigkeit bislang noch niemals niedergeschrieben worden ist: die Republik sei eine gemeinsame „Schöpfung der Sozialdemokratie und des Heeres“ gewesen (S. 29), ein Faktum, das sich während der späteren Entwicklung der Republik zur Konsequenz einer von der Reichswehrführung in Anspruch genommenen Mitverantwortung für das Schicksal des Staates, teils angemaßt, teils aus der „Mitgründer“rolle verständlich, auswirken mußte. Wir wissen, daß ein solches Bewußtsein, wenn auch mit zuweilen differierender Zielsetzung, von Seeckt über Groener zu Schleicher wirklich vorhanden war.

In einer Leserschrift hat der frühere Reichskanzler Hans Luther, einer der wenigen überlebenden Staatsmänner der zwanziger Jahre, zum Ausdruck gebracht, in Buchheims Schrift sei die „Macht des Wirtschaftlichen“ (gemeint ist: die wirtschaftliche Komponente der Staatsgeschichte) „vernachlässigt“ worden¹³. Nachdem Luther sich schon früher bemüht hatte, zu einzelnen Fragen der Vergangenheit Stellung zu nehmen, kommt er jetzt in seinem großen Erinnerungswerk, das im wesentlichen bis zum Ende seiner ersten Kanzlerschaft im Dezember 1925 reicht, ausführlich „in eigener Sache“ zu Wort¹⁴. Man tritt dem Verfasser wohl nicht zu

¹² K. Buchheim, Die Weimarer Republik, Grundlagen und politische Entwicklung, München 1960, 140 S.

¹³ Süddeutsche Zeitung, Nr. 220 vom 13. September 1960.

¹⁴ H. Luther, Politiker ohne Partei, Erinnerungen, Stuttgart 1960, 437 S.

nahe, wenn man ihm das ehrliche Bedürfnis zuschreibt, seine aktive Rolle in höchsten Reichsämtern zwischen 1922 und 1926 nachhaltiger gewürdigt zu wissen, als es bislang in der Literatur geschehen ist. Vielleicht hat auch wirklich – in den Augen anspruchsvoller Betrachter der Weimarer Geschichte – der Name Luther unberechtigterweise zu sehr im Schatten des „Zauberers“ Schacht und des „Besessenen“ Stresemann gestanden? Da Luther Vorgeschichte wie Ablauf der Währungsstabilisierung als „die größte politische Arbeit im Dienste des deutschen Volkes“ betrachtet, die zu vollbringen ihm bestimmt gewesen sei, ist in diesem Memoirenbande die wirtschaftliche und finanzielle Wiedergenesung Deutschlands aus dem Taumel der Inflation eindringlich beschrieben worden. Er schildert seinen auf eigener Überlegung und Initiative – zunächst als Ernährungsminister – beruhenden Anteil an der Schaffung der „Rentenmark“ und rückt, die Polemik nicht scheuend, die Verdienste Schachts an der Weiterentwicklung zur „Reichsmark“ in ein den eigenen Vorarbeiten als Finanzminister „ohne Partei“ angemessenes Verhältnis; auch von einer führenden Mitwirkung Hilferdings, wie sie noch von Stampfer betont worden ist¹⁵, bleibt wenig übrig. Welche schwierigen Situationen zur Erhaltung der durch das „Loch im Westen“ bedrohten Rentenmark im Oktober und November 1923 noch durchzustehen waren, wird in der Darstellung der seinerzeit mit Vertretern des besetzten Gebietes geführten Gespräche besonders deutlich. Luthers Sach- und Personenkenntnis befähigen ihn, über das, was damals und später an offenen oder geflüsterten Vorwürfen über den sogenannten Separatismus „führender rheinischer Persönlichkeiten“ und die angebliche „Versackungspolitik“ der Reichsregierung erhoben wurde, ein abschließendes Urteil abzugeben. Auf außenpolitischem Gebiet interessiert neben Einzelheiten zur Londoner Dawesplan-Konferenz vor allem die Vorgeschichte des Locarno-Vertrages, wobei letztere auch die Praxis der Zusammenarbeit Luther-Stresemann zu veranschaulichen vermag. Was den Kanzler in den Sommermonaten 1925 zuweilen von seinem Außenminister trennte, war das Bestreben Luthers, auf dem schwierigen Wege nach Locarno (und womöglich auch nach Genf) die Deutschnationalen unter allen Umständen in der Regierungsverantwortung zu halten.

Es war eine Einstellung, die Luther nach seinen eigenen Worten (S. 358) später, bei anderer Gelegenheit, im Gespräch mit einem französischen Bankier bestätigt fand. Dieser sagte zu ihm, als es um die Verhandlungen über ein „Stillhalteabkommen“ und eine bestimmte Erklärung der Reichsregierung ging: „in dieser wichtigen Angelegenheit sei es mit der bloßen Mehrheit nicht getan, sondern es komme darauf an, wie diese Mehrheit aussehe; echten geschäftlichen Wert für die Welt habe sie nur, wenn die Deutschnationalen dabei seien“. Wohl hat die DNVP durch ihr abruptes Ausscheiden aus dem Kabinett im Spätherbst 1925 Geduld und Vertrauen des Kanzlers schlecht gelohnt, doch dürfen wir sagen, daß Luther den Kernpunkt der innerdeutschen politischen Problematik klar erkannt hat. Der Staat, so schien es jedenfalls, vermochte nur zu bestehen, wenn es gelang,

¹⁵ F. Stampfer, a. a. O. (vgl. Anm. 11), S. 366 ff.

die oppositionelle Rechte zu verantwortungsvoller Mitarbeit in Pflicht zu nehmen und somit die parlamentarischen Kombinationen auf drei gleichermaßen verwendbare Fundamente (Weimarer Koalition, Große Koalition, Bürgerliche Koalition) zu stützen. Zugleich wird evident, wie weit in der Ära Luther bereits Auffassungen und Motive anklingen, die fünf Jahre später im Stadium der wirklichen Staatskrise Gegenstand neuer Überlegungen wurden: so etwa der heute von Luther schlicht „konstruktiv“ genannte Gedanke, 1925 ein Kabinett zu bilden, das zwar mit den Parteien fest verbunden, aber doch kein „Parteienkabinett“ sein sollte. Hieraus resultierte u. a. die ehrlich zugegebene Tendenz, besonders gern mit „Fach“ministern zu arbeiten, sowie die – an anderer Stelle¹⁶ – im Rückblick bezeugte positive Einstellung zum Artikel 48 RV. „Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden“: dieser ungeduldige Zwischenruf Luthers fiel in den Tagen, als sein zweites Kabinett unter Schwierigkeiten zusammengestellt wurde. Mit solchen Worten und mit seiner Neigung, die eigene Autorität „immer spürbarer zu vertreten“¹⁷, rückt Luther, der „Politiker ohne Partei“, in eine gewisse Nachbarschaft zu den präsidentialen Methoden einer späteren Reichsführung, mit welcher gemeinsame Nöte zu meistern er als Reichsbankpräsident wieder Gelegenheit finden sollte.

Jene Jahre zwischen 1930 und 1932, gekennzeichnet durch die Kanzlerschaft Brüning, finden eine in hohem Maße beachtliche Interpretation in der Habilitationsschrift Waldemar Bessons, obschon diese von der Position des Landes Württemberg ihren Ausgang nimmt und in der Hauptsache auf Quellen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart aufbaut¹⁸. Das Werk erfüllt eine dreifache Funktion: einmal als Beitrag zur württembergischen Geschichte, zum anderen als Versuch, den historisch relevanten Gehalt der Berliner Präsidentialregierungen herauszuarbeiten, und zum dritten (wie bereits der Untertitel erraten läßt) durch Demonstration der Methoden als Stellungnahme der Historie zur oben erwähnten Studie Karl Dietrich Brachers. Einleitung und Schlußbetrachtung Bessons betonen daher das notwendige Nebeneinander von Geschichts- und Politischer Wissenschaft, ziehen aber auch deutliche Abgrenzungen zu der Auffassung eines „geradlinigen Zerfallsprozesses“, dem die Republik ausgesetzt gewesen sein soll, und zum alleinigen, andere Kategorien nahezu ausschließenden Denken in „Modellen“ und „Typen“. Den konstruierten Kausalreihen wird der von Menschen aus Fleisch und Blut, von Menschen „in ihren Widersprüchen“ geformte Ablauf der Geschichte gegenübergehalten. Wenn Besson im Blick auf die Aufgabe der Historie die Wichtigkeit der „individuellen Zeitpunkte“ betont (S. 21), so ergibt sich einmal mehr eine Verbindung zu Auffassungen Erdmanns, der für die Zeitgeschichte als Wesensmerkmal die „Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden“ geradezu in Anspruch

¹⁶ H. Luther, Weimar und Bonn, München 1951, S. 32 ff.

¹⁷ So das Urteil bei O. Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 585.

¹⁸ W. Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1935, Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, 425 S.

nimmt¹⁹. Besson geht es darum, den Männern der Weimarer Republik, mochten sie in Stuttgart oder Berlin agieren, Bolz oder Brüning heißen, zu einer „situationsgerechten“ Beurteilung durch die Geschichte zu verhelfen, in einer Betrachtungsweise freilich, die Wertungen nirgends ausweicht.

Bei der Schilderung des Jahres 1923 hat Luther die nachträgliche Feststellung getroffen (S. 135): „In der Zeit der Ermächtigungsgesetze entstand ein natürliches Vorwiegen des, ich will schlicht sagen, beamtlichen Aspekts der Dinge.“ Damit weist der frühere Reichskanzler auf die Bürokratie als eines der Grundelemente im staatlichen Leben hin, deren Verhältnis zueinander in den letzten Jahren der Republik wie auch des alten Freistaats Württemberg den Hauptinhalt des Buches von Besson ausmacht, dargestellt etwa an den Polaritäten Bürokratie / Politik oder Staat/gesellschaftliche Kräfte. Die Ära Brüning erscheint dem Leser als ein Zeitabschnitt der Machtsteigerung der Bürokratie, der Kanzler selbst als ein „sachgerechter“ Amtswalter der Staatsautorität. Auch das württembergische Kabinett „regierte“ spätestens seit 1931 „nach den Prinzipien Brünings“. Schon die zeitgenössischen Bewunderer Brünings haben ja gelegentlich angemerkt, daß dieser „wie Bismarck“ am liebsten „nur“ mit Staatssekretären (in deren Eigenschaft als sachverständiger Ressortchefs) die damaligen Krisen zu überwinden trachtete. Wenn also Besson meint, daß sich zwischen den am Ende der zwanziger Jahre lahmgelegten Parteienstaat und das totalitäre Regime Hitlers „noch einmal das 19. Jahrhundert“ geschoben habe, und wenn eine Charakterisierung der Weimarer Republik als „Spätzeit des Bismarckschen Reiches“ richtig ist²⁰, dann hat – politisch gesehen – für Deutschland das 20. Jahrhundert erst im Jahre 1933 begonnen, obgleich das Gefüge der Welt seit 1914 von Grund auf verändert war.

Die Bedeutung des Bessonschen Buches liegt, abgesehen von der Aufhellung wesentlicher, bislang unbekannter Einzelheiten, vor allem darin, daß die Grenzen der „Anwendbarkeit“ Brüningscher Konzeptionen sichtbar gemacht und die unterschiedlichen Wesensgehalte in der autoritären Staatsführung eines Brüning und eines Papen in scharfer Kontrastierung herausgearbeitet werden. Die Zäsur des 30. Mai 1932 wird dabei nicht mehr – wie bislang – ausschließlich auf die Geschichte der parlamentarischen Demokratie angewandt, sondern fungiert auch als Datum für den Methodenwechsel der Gruppe Schleicher-Meißner. Vom Reichspräsidenten, der Zentralfigur in dieser Epoche präsidialer Kabinette, ist, bedingt durch den württembergischen Ausgangspunkt, allerdings nur sehr am Rande die Rede.

Gesprächs- und Verhandlungspartner der Länderregierungen wurde das Staatsoberhaupt erst zu einem Zeitpunkt, da die über den Abgang Brünings schockierten und Papen mit gehörigem Mißtrauen beegnenden Länderchefs die Aufhebung des SA-Verbots durch wirksame Eigenmaßnahmen abzuschwächen hofften (12. Juni 1932). Der Amtsführung Hindenburgs ist eine Dissertation von Friedrich

¹⁹ K. D. Erdmann, a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 3.

²⁰ Th. Vogelsang, *Der Machtverfall in der Demokratie*, in: *Neue Polit. Lit.* 1 (1956), Sp. 53.

J. Lucas aus der Schule Max Braubachs gewidmet²¹. Ein Blick auf das bisherige Echo zeigt, wie sehr diese Arbeit angesichts des spärlichen Hindenburg-Schrifttums als ein besonderer kritischer Beitrag zur Lebensgeschichte des Marschall-Präsidenten gewertet wird, obgleich die Hindenburg-Kritik selbst durchaus nicht etwa jüngeren Datums ist. Denn Gegner hat der „Alte Herr“ auch im Lager der politischen Rechten gehabt, und der Kenner der neueren Memoirenliteratur weiß, wie oft Hindenburg der Vorwurf der „Undankbarkeit“ gegenüber Mitarbeitern gemacht worden ist.

Da sich die Zeitgeschichte auch mit den Handlungen oder Unterlassungen von Einzelpersonen auseinanderzusetzen hat, erscheint uns die Frage nach dem historischen Wirken Hindenburgs, die Beurteilung des „Mythos“ wie des „Menschen“, als notwendig. Wenn aber Lucas (mit Recht) betont, es sei „dabei irrelevant, ob Hindenburgs eigene Entschlüsse oder die Aktivität einer Camarilla es waren, welche diese Wirkungen hervorbrachten“, dann wird die Selbstaufgabe, die der Verfasser sich gesetzt hat, schwer verständlich: es gelte, „von den subjektiv-psychologischen Umständen abzusehen und in isolierender Abstraktion das Wirken Hindenburgs als Reichspräsident aus dem Geflecht der Geschehnisse herauszuheben“. Wir meinen, daß eine solche Methode sehr bald auf ihre Grenzen stößt. Lucas hat das sicher erkannt und deshalb das Objekt seiner Betrachtung auf weiten Umwegen, nämlich durch das „Geflecht der Geschehnisse“ eingekreist. Das persönliche Regiment des Feldmarschalls ist ohne die anderen Figuren des (von Besson S. 11 so bezeichneten) „Polygon“ ebensowenig zu begreifen wie das – unterschiedliche – Wesen der drei präsidentialen Regierungen ohne ein Eingehen auf die personellen Verknüpfungen innerhalb der bis zum Frühjahr 1932 funktionierenden Reichsführung. Es ist eben die Frage, wie weit bei Kenntnis der Quellen und Vorgänge das Amt des Reichspräsidenten noch eine „isolierte“ Betrachtungsweise zuläßt.

Den Schlußfolgerungen über den Anteil Hindenburgs an „historischer Verursachung“ wird man zustimmen können. Sie waren unter Beachtung der persönlichen Voraussetzungen aus den Kausalitäten und Ereignissen der großen Krise, besonders seit 1929/30, zu „abstrahieren“. Aber da zeigt es sich, daß die dazu erforderliche Rekonstruktion der Haupt- und Staatsaktionen nicht immer gelungen ist. Manche Einzelheiten sind falsch, andere erscheinen in schiefer Beleuchtung. Es wird etwas zuviel von „Amateur“- und „Kryptopolitik“ gesprochen; überhaupt gehen die – zumal oft überscharf formulierten – Urteile im zweiten Teil des zweiten Kapitels („Die Autorität ohne Programm“) entschieden zu weit. Es ist, um ein Beispiel zu nennen, kaum angängig, die Präsidentsalkabinette schlichtweg als „inkompetent“ zu bezeichnen (S. 103). Zu fragen ist auch, ob sich Lucas über den unterschiedlichen Wert gewisser Quellen im klaren war. Gerade eine knappe kritische Würdigung der bisherigen, seit 1925 erschienenen Hindenburg-Literatur hätte das Gewicht seiner Arbeit, die wir im übrigen nicht missen wollen, nur verstärkt.

²¹ F. J. Lucas, *Hindenburg als Reichspräsident*, Bonn 1959, 157 S. (Bonner Historische Forschungen, Bd. 14.)

Eine Ergänzung findet Lucas durch die Untersuchung Klaus Revermanns²², der es unternahm, die hauptsächlich durch „Maßnahmen“ Hindenburgs in Etappen erfolgte Durchbrechung der Weimarer Verfassung bis zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom staatsrechtlichen Standpunkt her zu beleuchten. Die Daseinsberechtigung derartiger Analysen versteht sich von selbst (der Hinweis auf die Bestimmung des Buches, „eine wissenschaftlich seriöse, aber schonungslose Diskussion über die behandelte Problematik anzuregen“, mutet freilich etwas merkwürdig an), ebenso aber auch ihre nur subsidiäre Rolle für die Urteilsbildung des Historikers. Das Ergebnis ist hart. Revermann beweist, wie uns scheinen will, schlüssig, daß nahezu alle präsidialen Akte von politischer Bedeutung Verstöße gegen die Verfassung gewesen sind: die Berufung Papens, die Reichstagsauflösung vom 4. Juni 1932, das Eingreifen in Preußen, die Berufungen Schleichers und Hitlers sowie die Verordnung vom 6. Februar 1933 (endgültige Absetzung der alten Preußen-Regierung). Im Einklang mit der Verfassung dagegen standen – so Revermann – die Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 und die berüchtigte Verordnung vom 28. Februar 1933. In der richtigen Erkenntnis aber, daß die Entscheidungen in jener Zeit nicht allein mit juristischen Maßstäben gemessen werden können, fügt er den „Fällen“ als stereotypes Gliederungselement eine „politische Würdigung“ an. Und hier findet sich der im Sachzusammenhang wichtige Gedanke, daß eine formell verfassungswidrige Kanzlerernennung nicht unbedingt eine politische Fehlentscheidung sein müsse (S. 74 und 89). Er gibt, wenn auch in dem Büchlein nicht weiter verfolgt, Raum für eine freie Beurteilung der Reichspolitik, für die Frage nämlich, ob eine im rechten Augenblick vorgenommene Maßnahme gegen die Verfassung mit einer wirksamen Abwehr des Nationalsozialismus hätte gleichbedeutend sein können. Leider war es aber so, daß die Ereignisse des Jahres 1932 diese „ultima ratio“, die zum Instrument der Defensive hätte werden können, vor den Augen der Zeitgenossen zu früh und – wie es ihnen scheinen mußte – mit innerer Berechtigung diskreditiert haben.

Mit den „Zeitgenossen“ meinen wir in erster Linie die Politiker der Weimarer Parteien der Mitte und der Linken, jene Männer also, deren Einflußmöglichkeiten und Initiativfreudigkeit vollends mit der Ära Papen weitgehend zurückgedrängt worden waren. Ihren Weg der Irrtümer und Hoffnungen, der Resignation und – des Leidens zwischen 1930 und 1933 haben neuerdings berufene Sachkenner nachgezeichnet; die Arbeiten sind von den auch als Autoren mitwirkenden Herausgebern Ernst Matthias und Rudolf Morsey in einem umfangreichen Sammelband²³ vereinigt worden. Es ist ein Werk, dessen hoher Gesamttrag innerhalb der wissenschaftlichen Literatur zur Zeitgeschichte außer Frage steht. Insgesamt sieben Mono-

²² K. Revermann, Die stufenweise Durchbrechung des Verfassungssystems der Weimarer Republik in den Jahren 1930 bis 1933, Eine staatsrechtliche und historisch-politische Analyse, Münster i. W. 1959, VIII, 175 S.

²³ Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, XV, 816 S. (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.)

graphien behandeln die Deutsche Staatspartei (Erich Matthias und Rudolf Morsey), die SPD (Erich Matthias), das Zentrum (Rudolf Morsey), die Bayerische Volkspartei (Karl Schwend), die Deutsche Volkspartei (Hans Booms), die Deutschnationalen (Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen) und die KPD (Siegfried Bahne), jeweils in den letzten Jahren und Monaten ihrer reichsrepublikanischen Existenz. Bewunderung verdient die Rührigkeit der Bearbeiter in der Erschließung bislang unbekannter Quellen (Akten, Nachlässe, Niederschriften), welche jetzt, zum ersten Male ausgewertet, einer interessierten Öffentlichkeit unterbreitet werden. Den Abschnitten voraus geht als Einführung eine glänzende Deutung der Gesamtparteiengeschichte durch Werner Conze, in Fortsetzung seiner vor sechs Jahren niedergeschriebenen Gedanken über den Weimarer Parteienstaat²⁴; eine wahlstatistische Untersuchung aus der Feder Alfred Milatz' schließt den Band ab.

Die den einzelnen Beiträgen zugrunde liegende Quellendichte gestattet eine nahezu erschöpfende Behandlung der jeweiligen Parteigeschichte und damit ein scharfes Nachzeichnen mannigfachen persönlichen Verhaltens. So mag seit Erscheinen des Buches bei einigen Überlebenden der früheren parlamentarischen Prominenz ein Gefühl der Betroffenheit, ja des Unwillens Platz gegriffen haben, das die immer noch vorhandenen Bedenken gegen „die“ Zeitgeschichte neuerlich zu „bestätigen“ scheint, weil hier ihre Vertreter offenbar nicht hätten nachempfinden können, mit welchen inneren und äußeren Belastungen und Unsicherheitsfaktoren eine ältere Generation zu ringen gehabt habe, zumal an der Schwelle der Entscheidungen von 1932/33. Demgegenüber sei soviel eingeräumt, daß ein gewisses Maß an Fehldeutungen und Irrtümern der damaligen Politiker in bezug auf die Beurteilung der nationalsozialistischen Gefahr immer menschlich verständlich bleiben wird, denn, um mit Besson zu sprechen: „das neue Land“, das dem heutigen Historiker (und nicht nur ihm) nahezu vertraut ist, war den Parteiführern der Republik weitgehend unbekannt, auch wenn sie zuweilen düstere Vorahnungen hatten.

Wegen der Bedeutung der von ihnen vertretenen Parteien verdienen die Beiträge von Matthias und Morsey besondere Hervorhebung. In dem der Sozialdemokratie gewidmeten Abschnitt fällt neues Licht auf die Anfänge der Tolerierungspolitik nach den Wahlen vom 14. September; instruktiv ist ferner die Schilderung des persönlichen Verhältnisses von Braun zu Brüning. Dagegen läßt der wenig ausgefüllte Zwischenraum zwischen dem 20. Juli 1932 und der Berufung Hitlers die Frage zu, ob hier ausnahmsweise ein Mangel an Quellen vorliegen mag. Sehr ausführlich ist hingegen die Auseinandersetzung Matthias' mit der Haltung Severings und derjenigen der damaligen linksrepublikanischen Kräfte über die Frage, ob ein gewaltsamer Widerstand gegen den „Preußenschlag“ Papens möglich und ratsam gewesen wäre. Gleich Bracher kommt er zu dem Schluß, daß im Interesse eines demokratischen Selbstbehauptungswillens ein solches Aufbegehren, in Ver-

²⁴ W. Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: Hist. Z. 178 (1954), S. 47–83.

bindung mit einem Generalstreik und mit der preußischen Landespolizei als gleichsam militärischem Kern, hätte gewagt werden müssen (S. 127 ff.). Zu dieser Auffassung einige Worte. Daß das Vorgehen der Reichsregierung auf durchweg leichtfertigen Überlegungen beruhte und daß der Akt selbst einen Verfassungsbruch darstellte, steht außer jedem Zweifel. Wir sind dabei mit Matthias der Meinung, daß „Spekulationen dieser Art dem Historiker schlecht genug“ anstehen. Dennoch geben wir ihnen nach, da sie „zur Beurteilung einer Lage nicht zu entbehren“ sind, und fragen: zu wessen Gunsten hätte ein Widerstand mit Waffengewalt sich letzten Endes ausgewirkt? Man soll doch nicht glauben, daß bei aufflackernden Schießereien in Berlin oder anderswo die Reichswehr auf der einen und die Verbindung Schuflo (-Reichsbanner) - Hammerschaften (-Gewerkschaften) - SAJ (-SPD) auf der anderen Seite ohne „Bundesgenossen“ geblieben wären. Zu welchen „Bataillonen“ sich die Standarten und Sturmabteilung Röhms geschlagen hätten, dürfte heute offenkundig sein; daß andererseits Teile der KPD die damit sich bietende Gelegenheit zur Wiederaufnahme der „Einheitsfronttaktik“ und zur Bildung von antifaschistischen Aktionseinheiten „von unten“ wahrgenommen hätten, dabei vielleicht gar die goldene Brücke des Staatssekretärs Abegg benutzend²⁵, ist mindestens nicht von der Hand zu weisen²⁶. Wer also, über Matthias hinausgehend, solche Aspekte, die ja nur die letzten Konsequenzen vieler Kampfkonstellationen der damaligen Zeit darstellen, in Rechnung setzt, wird dazu neigen, den Standpunkt Severings anzuerkennen.

Gleichwohl wird man Matthias Dank wissen für die gründliche und auch urteils-sichere Arbeit, die den Leser schließlich in die Einzelheiten des Untergangs der alten Sozialdemokratie führt. Der Beitrag Morseys umfaßt, ebenfalls mit Ziel-punkt auf die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1933, als Ganzes die Ge-schichte des Zentrums unter der verantwortlichen Leitung des Prälaten Kaas, des-sen seit 1929 immer deutlicher werdende Orientierung nach rechts den politischen Weg der Partei trotz starker Gegenströmungen in den eigenen Reihen bestimmt hat. Bereits am Ende der Brüning-Zeit ist das Zentrum keine spezifisch „Weima-erer“ Partei („Verfassungspartei“) mehr gewesen. Dabei währte die relativ innere Geschlossenheit der Führungsprominenz bis in den Hochsommer 1932 und er-reichte in der vielfältigen, im Wahlkampf sich noch steigernden Abwehrkampagne gegen Papen ihren letzten Höhepunkt. Aber die bereits damals viel gescholtenen Koalitionsbesprechungen mit der NSDAP, welche bis in den Dezember dauerten und zunächst einer parlamentarischen Regierung in Preußen und später (nach dem 31. Juli) auch im Reiche galten, ja selbst eine Einigung unter präsidentalem „Vor-

²⁵ Auf die ominöse Bereitschaft der SA-Einheiten, „mit Hilfe der Wehrmacht ... zur aktiven Betätigung im Staatsapparat“ gerade im letzten Juli-Drittel zu gelangen (so eine Formulierung Bredows vom 5. August 1932), sowie auf den Inhalt des Gesprächs zwischen Abegg, Torgler und Kasper werde ich demnächst im Rahmen einer größeren Arbeit eingehen.

²⁶ Zur Politik der KPD vgl. den Beitrag von S. Bahne im Sammelband S. 670 ff.; ferner J. Petzold, Der Staatsstreik vom 20. Juli in Preußen, in: Z. Geschichtswiss. 4 (1956), S. 1151 ff.

zeichnen“ nicht auszuschließen schienen, haben die Einheitlichkeit der Parteilinie gelegentlich in Frage gestellt und die ersten schwachen Stellen offenbart. Interessant ist die Haltung Brünnings, dem wohl nur an einer Kooperation auf „Reichsebene“ gelegen war und der die preußische Polizei lieber dem „Kommissar“ Bracht als einem Nationalsozialisten unterstellt wissen wollte (S. 318f.): einer der nicht wenigen Fälle, zu deren Klärung die noch ausstehenden Memoiren des Kanzler-Professors herangezogen werden müßten. Wie Morsey diese Verhandlungen beurteilt, ist etwas schwer zu erkennen; uns scheint, daß er in ihnen weder Chancen noch Sinn im Hinblick auf eine zugleich abwehrende „Zähmung“ der NSDAP zu erblicken vermag (S. 414). Conze (S. 25) meint dagegen, das Zentrum sei zu solchen Fühlungen „in der damaligen Situation geradezu verpflichtet gewesen“. Nun mochte in der Tat eine Rechtfertigung darin liegen, daß es darauf ankam, gewisse Erfahrungen zu sammeln, mit denen sich künftig gegen die Machtansprüche und Intransigenz Hitlers argumentieren lassen würde. Wir haben jedoch Zweifel, wenn die vom Zentrum durchaus ernst gemeinten Gespräche nachträglich nur im Sinne einer geschickten Taktik der „Abnutzung“ gewertet werden, geführt, um mit ihnen Papen „einen gewaltigen Schrecken einzujagen“ und um die NSDAP zu schwächen²⁷.

Die Darlegungen Morseys zeigen wieder einmal, wie sehr die Fehleinschätzung der Person Hitlers und seiner militanten, kadermäßig auf die „Machtübernahme“ vorbereiteten Massenbewegung in verhängnisvoller Weise Geschichte machte. Weder hat sich das Zentrum, als es die Verhandlungen begann, durch den Potempa-Fall und die Ergebnisse des 13. August beeindrucken lassen, noch hat Kaas die in den Monaten August und September gesammelten „Erfahrungen“ seiner Unterhändler beachtet, als er im November vor dem Reichspräsidenten die „Notgemeinschaft“ von, wie er sagte, „beherzten Parteiführern“ als die große Rettung hinstellte.

Es ist, neben der besonderen historischen Relevanz dieser beiden Themenkreise, lediglich Raumgründen zuzuschreiben, wenn wir die anderen Beiträge nicht in derselben Ausführlichkeit behandeln. In ihrer Gediegenheit und gründlichen Sachkenntnis schließen sie sich den Untersuchungen der beiden Herausgeber würdig an. Der Beitrag Schwends rundet seine vor längerer Zeit erschienene Monographie über die bayerische Geschichte während der Weimarer Zeit²⁸ wirksam nach der parteipolitischen Seite ab. Hans Booms wird seiner verhältnismäßig kurzen Darstellung der Deutschen Volkspartei eine umfassende Untersuchung in Buchform folgen lassen. Die Arbeit Friedrich von Hillers über die DNVP modelliert die Person Hugenberg und dessen persönlichen Anteil an dem Schicksal dieser Partei samt ihrem Untergang scharf heraus. Das der KPD gewidmete Kapitel (Siegfried Bahne) endlich ist der seit dem Buche Flechtheims erste größere Versuch,

²⁷ K. Buchheim, Warum das Zentrum unterging, in: Hochland 53 (1960/61), H. 1, S. 23f.

²⁸ K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954. Vgl. dazu: H. Gollwitzer, Bayern 1918–1933, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 363–387.

einen Teil der kommunistischen Parteigeschichte wissenschaftlich zu erschließen; er reicht sogar, um die Phase der „ultralinken Taktik“ vollständig umreißen zu können, bis in die Zeit der Illegalität (1935) hinein. Abschließend sei noch einmal gesagt, daß die Bearbeiter des Sammelbandes die nunmehr zur inneren Geschichte der Weimarer Republik nachweisbaren Primärquellen nicht nur durch ihre Umsicht vermehrt, sondern auch in ihren sorgfältig angelegten Anmerkungsapparaten sichtbar gemacht haben. In vielen Einzelpunkten und in manchen am Rande aufgetauchten Problemen wird die wissenschaftliche Diskussion ihre Fortsetzung finden. So liegt der Wert des im Vorwort bescheidenerweise „Zwischenbilanz“ genannten Werkes nicht zuletzt auch in den vom ihm ausgehenden Anregungen.

Notizen:

Professor Alexander Dallin, Columbia University in the City of New York, bittet uns um Veröffentlichung folgender Berichtigungen, die sein Buch „Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945“, Düsseldorf 1958 (amerikanische Originalausgabe „German Rule in Russia 1941–1945“, New York 1957) betreffen:

1. Das auf S. 342 der deutschen Ausgabe (S. 350 der englischen Ausgabe) gebrachte Zitat betr. Unmöglichkeit der Aufteilung des Landes unter Kolchosniken stammt aus einem Arbeitsbericht Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabes Ost, aber nicht unmittelbar von Herrn Professor Dr. Otto Schiller, dessen Auffassung dieses Schriftstück (meines Wissens) nicht entsprach. Somit ist meine einführende Formulierung (betr. „his line of reasoning“) wie auch die deutsche Übersetzung („um

mit seinen [d. h. Schillers] Worten zu sprechen“) unzutreffend.

2. Auf S. 89–90 behandle ich eine „Vortragsnotiz Leningrad“ vom 21. 9.1941. Irrtümlicherweise gab ich General Warlimont als ihren Verfasser an, da das Dokument als NOKW–211 mit der von Warlimont unterschriebenen Verfügung über „Operation Taifun“ zusammen in Nürnberg unter seinem Namen registriert und abgelegt wurde. Es ist mir jetzt klar, daß die Paraphe am Schluß der „Vortragsnotiz Leningrad“ (die aus der Abteilung Landesverteidigung stammt) nicht die Warlimonts ist.

Ich möchte versichern, daß es sich in beiden Fällen um ehrliche, aber sehr bedauerliche Fehler handelt, und bin dankbar für die Gelegenheit, sie hiermit richtigzustellen.

gez. Alexander Dallin

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Josef Becker, Assistent am Lehrstuhl für Geschichte der Technischen Hochschule Karlsruhe, Karlsruhe, Hertzstr. 16.

Dr. Werner Conze, Professor für neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, Heidelberg-Ziegelhausen, Nördlicher Panoramaweg.

Dr. Hartmut Lehmann, Assistent am Historischen Seminar der Universität Köln.

Dr. Rudolf Morsey, Mitarbeiter der Kom-

mission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, Schedestr. 9.

Dr. Ernst Nolte, Bad Godesberg, Robert-Koch-Str. 53b.

Dr. Theodor Schieder, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln, Köln-Lindenthal, Gyrhofstr. 21.

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstr. 26.

einen Teil der kommunistischen Parteigeschichte wissenschaftlich zu erschließen; er reicht sogar, um die Phase der „ultralinken Taktik“ vollständig umreißen zu können, bis in die Zeit der Illegalität (1935) hinein. Abschließend sei noch einmal gesagt, daß die Bearbeiter des Sammelbandes die nunmehr zur inneren Geschichte der Weimarer Republik nachweisbaren Primärquellen nicht nur durch ihre Umsicht vermehrt, sondern auch in ihren sorgfältig angelegten Anmerkungsapparaten sichtbar gemacht haben. In vielen Einzelpunkten und in manchen am Rande aufgetauchten Problemen wird die wissenschaftliche Diskussion ihre Fortsetzung finden. So liegt der Wert des im Vorwort bescheidenerweise „Zwischenbilanz“ genannten Werkes nicht zuletzt auch in den vom ihm ausgehenden Anregungen.

Notizen:

Professor Alexander Dallin, Columbia University in the City of New York, bittet uns um Veröffentlichung folgender Berichtigungen, die sein Buch „Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945“, Düsseldorf 1958 (amerikanische Originalausgabe „German Rule in Russia 1941–1945“, New York 1957) betreffen:

1. Das auf S. 342 der deutschen Ausgabe (S. 350 der englischen Ausgabe) gebrachte Zitat betr. Unmöglichkeit der Aufteilung des Landes unter Kolchosniken stammt aus einem Arbeitsbericht Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabes Ost, aber nicht unmittelbar von Herrn Professor Dr. Otto Schiller, dessen Auffassung dieses Schriftstück (meines Wissens) nicht entsprach. Somit ist meine einführende Formulierung (betr. „his line of reasoning“) wie auch die deutsche Übersetzung („um

mit seinen [d. h. Schillers] Worten zu sprechen“) unzutreffend.

2. Auf S. 89–90 behandle ich eine „Vortragsnotiz Leningrad“ vom 21. 9.1941. Irrtümlicherweise gab ich General Warlimont als ihren Verfasser an, da das Dokument als NOKW-211 mit der von Warlimont unterschriebenen Verfügung über „Operation Taifun“ zusammen in Nürnberg unter seinem Namen registriert und abgelegt wurde. Es ist mir jetzt klar, daß die Paraphe am Schluß der „Vortragsnotiz Leningrad“ (die aus der Abteilung Landesverteidigung stammt) nicht die Warlimonts ist.

Ich möchte versichern, daß es sich in beiden Fällen um ehrliche, aber sehr bedauerliche Fehler handelt, und bin dankbar für die Gelegenheit, sie hiermit richtigzustellen.

gez. Alexander Dallin

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Josef Becker, Assistent am Lehrstuhl für Geschichte der Technischen Hochschule Karlsruhe, Karlsruhe, Hertzstr. 16.

Dr. Werner Conze, Professor für neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, Heidelberg-Ziegelhausen, Nördlicher Panoramaweg.

Dr. Hartmut Lehmann, Assistent am Historischen Seminar der Universität Köln.

Dr. Rudolf Morsey, Mitarbeiter der Kom-

mission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, Schedestr. 9.

Dr. Ernst Nolte, Bad Godesberg, Robert-Koch-Str. 53b.

Dr. Theodor Schieder, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln, Köln-Lindenthal, Gyrhofstr. 21.

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstr. 26.